

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertikalsektion Hamburg (040) 347-1

Belgien 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dir., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 55 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 26,00 Rfr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 1,50 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 1,50 skr., Spanien 125 Ptas., Tschechien 150 Pts.

Sechs „DDR“-Flüchtlinge frei. Kohl dankt allen Beteiligten

Ausreise mit Privatwagen von Rechtsanwalt Vogel nach West-Berlin

POLITIK

In Freiheit: Nach mehrstündigen diplomatischen Tauschen hat die „DDR“-Führung eingewilligt, die sechs Deutschen nach West-Berlin fahren zu lassen, die in der Botschaft der USA in Ost-Berlin Zuflucht gesucht hatten.

Haushaltsprobleme: Präsident Reagan verlangt Vollmachten vom Kongress, entgegen der bisherigen Praxis der Blockentscheidung über Etatvorlagen künftig auch Einzelposten aus dem Budget streichen zu können. (S. 1)

Popularität: Zu Beginn des Wahljahres in den USA wird die Politik Präsident Reagans von 56 Prozent der Amerikaner gebilligt, ermittelt Gallup im Auftrag von „Newsweek“.

Glots zu Medien: Bedenken gegen eine „Verdoppelung“ des Monopols von Zeitungen bei Gestaltung privaten Hörfunks durch Zeitungsverlage hat der SPD-Bundesgeschäftsführer geäußert.

Meise Nachfolger Smiths: Der Berater Präsident Reagans ist zum Nachfolger des zurückgetretenen amerikanischen Justizministers ernannt worden.

ZITAT DES TAGES



Die Bundesregierung steht in der geschichtlichen Verantwortung, die sie auch bei Verhandlungen über Waffenlieferungen in den Nahen Osten bindet.

Der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, zum Besuch von Bundeskanzler Kohl in Israel.

WIRTSCHAFT

Werften: Trotz höherer Subventionen müssen die deutschen Werften ihre Kapazitäten weiter anpassen. Das Bundeswirtschaftsministerium lehnt eine Teilnahme am Subventionswettbewerb mit anderen Schiffbauländern ab. (S. 9)

Frankreich: Die Konkurrenzelle hat in den letzten Monaten zugenommen; nach 1703 Firmenzusammenbrüchen im Oktober auf 2017 im November und 2031 im Dezember. Neuer Jahresrekord: 22 708 Insolvenzen in 1983.

Daimler: Die Daimler-Benz AG übernimmt eine Mehrheitsbeteiligung am südafrikanischen Fahrzeughersteller UCCD.

KULTUR

Komposition: Zum Jahr der europäischen Musik 1985 haben die Berliner Kirchen mit finanzieller Unterstützung der Gemeindeförderung einen Kompositionswettbewerb für geistliche Chormusik ausgeschrieben.

SPORT

Segeln: China hat den Deutschen Seglerverband um Entwicklungshilfe gebeten. In Kiel soll ein Lehrgang für chinesische Segler stattfinden; ein deutscher Trainer wurde nach China eingeladen.

AUS ALLER WELT

Kahlschlag: Spätestens in einem Jahrzehnt werden die Folgen des Raubbaus an den tropischen Wäldern Asiens für die dortige Landwirtschaft spürbar werden, heißt es in einer UN-Studie. Wenn der Kahlschlag im bisherigen Tempo weitergeht, werden bis zum Jahr 2000 zwei Drittel der heutigen Baumbestände verschwinden. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt, im Flachland teils Schnee, teils Regen; im Bergland durchwegs Schneefall.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Enoch Powell - der Mann von gestern, der seine Zukunft verspiele. Von F. Wirth S. 2
- FDP: Irmgard Adam-Schwartz - der „Prellbock“ weicht aus der Gefahrenzone S. 3
- Baden-Württemberg: Initiative im Bundestag: Steuerentlastungen für umweltfreundliche PKW S. 4
- Uganda: Chaos und Mord gehören zum Alltag. Wer hat die vier Entwicklungsbeirater ermordet? S. 5
- Forum: Personalien und Leserbrief: An die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- Ski Alpin: Luxemburg beherrscht den Slalom - dank Marc Girardelli aus Österreich S. 7
- Fernsehen: Ein Tupper herlicher Banalität; die kleinen Geschichten um „Jakob und Adele“ S. 8
- Friedensbewegung: Gegen einseitige Ablehnung: Zusammenarbeit mit DKP beendet S. 8
- WELT-Report Tee: Vom Boom vergangener Jahre ist nur noch wenig zu spüren S. 14-16
- Musiktheater: Max Brandts Arbeiteroper „Maschinen Hopkins“ in Bielefeld aufgeführt S. 17

Schnee und Glotzeln behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungsverstellung.

CDU: Volle Unterstützung für Wörner

Aber Strauß wartet auf Beweise / Kießling dürfe „nicht im Zwicklicht“ bleiben

Nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes geht Bundesverdragsminister Manfred Wörner mit der Rückendeckung von Partei und Regierung in die diese Woche beginnende parlamentarische Auseinandersetzung um die Affäre Kießling. Vor der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages am Donnerstag sprach der CDU-Vorstand dem Minister das Vertrauen aus und sagte ihm „volle Unterstützung“ zu, nachdem Wörner dem Parteigremium einen Bericht darüber erstattet hatte, unter welchen Bedingungen er die vorzeitige Pensionierung des Generals entschieden hätte.

In der nach der CDU-Vorstandssitzung veröffentlichten Erklärung fiel auf, wie demonstrativ das Parteigremium der Union Wörners Leistungen als Minister herausstellt. Nachdrücklich bekräftigte der CDU-Vorstand, daß für die Sicherheit des Landes keine Risiken in Kauf genommen werden dürften. Die öffentliche Debatte über mögliche homosexuelle Beziehungen Kießlings sei „ohne jegliches Zutun“ des Verteidigungsministers entstanden, in dieser Sache müsse „rückhaltlos Aufklärung“ geschaffen werden. Die Ehre eines Mitbürgers habe solange unangetastet zu gelten, solange nicht zwingende Beweise dem entgegenstünden. Weiter sprach sich der Vorstand für eine „unverzügliche“ Aufklärung für den Fall aus, daß im Militärischen Abschirmdienst (MAD)

Reagan verlangt mehr Etat-Vollmacht

Präsident möchte Veto für Einzelposten / Kapitol kämpft um Zuständigkeiten

HORST-A. SIEBERT, Washington In seinem Bericht zur Lage der Nation und in seinem Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1984, fällig an diesem und nächsten Mittwoch, will der amerikanische Präsident Ronald Reagan dem Kongress eine weitreichende Reform des gesetzgeberischen Entscheidungsprozesses vorschlagen. Einmal wird er, wie er in einem Interview mit der „Washington Post“ durchblicken ließ, seine alte Forderung nach einem Verfassungszusatz, der ein ausgeglichenes Budget auch beim Bund vorschreibt, wiederholen. Zum anderen verlangt Reagan die Vollmacht, jeden Einzelposten ohne Zurückweisung des gesamten Bewilligungspaketes („Appropriation“) streichen zu können. Bisher ist es Reagan nicht gelungen, in der US-Verfassung eine Verpflichtung zum Haushaltsausgleich zu verankern, weil führende amerikanische Politiker der Auffassung sind, daß Washington fiskalpolitisch flexibel bleiben müsse und sich auf diese Weise das verlorene Defizitproblem ohnehin nicht lösen ließe. Hier werden sich die Positionen kaum ändern, außerdem müßten zwei Drittel der 50 Bundesstaaten zustimmen. Eine solche Mehrheit ist nicht in Sicht, zumindest in der näheren Zukunft nicht. Neu ist in der US-Hauptstadt Reagans Versuch, sogenannte Line-Items-Vetos (Streichung von Einzelposten) durchzusetzen. Er wird im Wahljahr weitgehend die wirtschaftspolitische Diskussion bestimmen. Was Reagan korrigieren möchte, ist ein typisch amerikanisches Haushaltsrecht, das im Prinzip seit der Gründung der Republik vor 208 Jahren praktiziert wird. Darüber aufge-regelt hatte sich schon damals der erste Präsident der USA, George Washington. Das System schreibt vor, daß der kontrollierbare Teil der Bundesausgaben vom Kongress in Blöcken bewilligt wird. Gefällt dem Weißen Haus, als der Exekutive, ein Posten nicht, weil Steuergeld verschwendet wird, muß es gegen die gesamte Zuweisung ein Veto einlegen. Automatisch werden dann aber auch alle anderen vom Präsidenten gewünschten Einzelposten zu Fall gebracht. Benutzt wird diese Art deshalb nur selten. Laut Reagan hilft sein Vorschlag, die Ausgabenflut unter Kontrolle zu bringen. Möglich würden dadurch chirurgische Schnitte, ohne gleich die gesamten Regierungsgeschäfte lahmzulegen. Enthalten ist der Vorschlag auch im gerade veröffentlichten Bericht der Grace-Kommission, die dem Präsidenten 236 Empfehlungen unterbreitet hat, durch die in den nächsten drei Jahren 341 Milliarden Dollar (962 Milliarden Mark) eingespart werden könnten. In der Reagan-Ära enthielten die „Appropriations“-kostenspielige Staatsämter und andere Projekte, gegen die das Weiße Haus ohne Erfolg Sturm gelaufen ist. Während die „Line-Items-Vetos“ im Bund nicht zugelassen sind, gehören sie in 43 amerikanischen Staaten zum politischen Tagesgeschäft. Sie gelten als eine mächtige Waffe, schon ihr Vorhandensein, so meinen Experten, zwingt die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten zur Sparsamkeit. Reagan benutzte sie während seiner achtjährigen Amtszeit als Gouverneur von Kalifornien. Mit seinen Einsparungen drückte er die Ausgaben jedes Jahr im Durchschnitt um zwei Prozent. In den meisten Bundesstaaten

Vor Kohls Besuch Mahnung aus Israel

Shamir: Wir können nicht vergessen / Umfangreiche Sicherheits-Maßnahmen

AFP/DW, Jerusalem/Bonn Unmittelbar vor dem sechstägigen Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls in Israel hat der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir vor möglichen deutschen Waffenlieferungen an arabische Staaten gewarnt. „Wir können nicht zulassen, daß deutsche Waffen von arabischen Armeen gegen den jüdischen Staat eingesetzt werden“, sagte Shamir in einem gestern von der Illustrierten „Stern“ vorab verbreiteten Interview. Shamir bezog sich dabei offenbar auf die von Kohl im Oktober mit Saudi-Arabien vereinbarte langfristige Rüstungskooperation. Die militärische Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Experten und arabischen Ländern mache Israel Sorgen“, sagte Shamir weiter, der die Bundesrepublik Deutschland mahnte, hier „ihre Verantwortung vor der Geschichte“ zu begreifen. „Wir können nicht vergessen, und wir werden niemals vergessen... da spielt das Alter ihres Regierungschefs keine Rolle.“ Die israelischen Behörden haben zum Schutz des heute in Israel ein-

DER KOMMENTAR

Zurück nach Wien

HEINZ BARTH

Immerhin - ein Datum für die Wiederaufnahme der Wiener Gespräche über den beiderseitigen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa hätten wir nun. Am 16. März soll der MBFR-Dialog wieder aufgenommen werden, der seit dem Türknallen eingestellt ist, das die Sowjets im Dezember veranstalteten. Eine Überraschung ist das kaum zu nennen, nachdem der sowjetische Außenminister schon auf der Stockholmer Konferenz signalisiert hatte, daß aus der Sicht des Kreml, soweit es Wien betrifft, kein Abbruch, sondern nur eine Unterbrechung der Gespräche stattgefunden habe.

Tabula rasa an allen Verhandlungstischen zu machen interessiert die Sowjets aus verständlichen Gründen nicht. Natürlich möchten sie nicht so frühzeitig nach der Niederlage, die sie in der Stationierung der ersten Pershing-Raketen sehen müssen, wieder nach Genf zurückkehren. Dazu könnte es nur kommen, wenn Präsident Reagan bereit wäre, Moskau dieses Einlenken zu erleichtern, indem er sich bereit erklärte,

die Gespräche über die Mittelstrecken-Raketen mit denen über die Interkontinental-Raketen zu koppeln - ein Schritt, der es der Sowjetführung erlauben würde, das Gesicht zu wahren.

Mit der Wieder-Begegnung an der Donau ist nicht viel getan. Ein Zugeständnis Moskaus ist darin nicht zu erblicken, nachdem man über den Truppenabbau schon seit 1973 ohne ein nennenswertes Ergebnis, abgesehen vom Ausbau der konventionellen Überlegenheit Rußlands, verhandelt hatte. Für den Kreml kann es nur darum gehen, den Fuß wieder in eine der Türen zu schieben, mit denen man vor ein paar Wochen so vernehmlich knallte.

Einen Spaltbreit muß die Tür schon offen bleiben, wenn die Sowjetführung ihren Einfluß auf die ansprechbaren Partner der westlichen Allianz behalten will - und das sind allemal die Europäer, deren Hoffnungen auf Deutschland unzerstörbar sind, besonders seit Andrej Gromyko zu ihnen mit sanfteren Tönen sprach als zur Reagan-Administration.

USA planen vorerst keine MBFR-Initiative

Washington Schneller als erwartet scheinen die Sowjets auf die westlichen Signale zu erneuerter Dialogbereitschaft zu reagieren. Die im Dezember unterbrochenen Wiener Ost-West-Verhandlungen über einen beiderseitigen Truppenabbau in Europa (MBFR) werden nach Angaben von US-Außenminister George Shultz am 16. März wiederaufgenommen. Shultz bestätigte nach seiner Unterredung mit Andrej Gromyko zwar noch einmal, daß über den Abbau der Mittel- und Langstreckenwaffen zumindest vorerst nicht weiter verhandelt werde, ansonsten aber gebe es zwischen den Supermächten einen informellen Sicherheitsdialog, der „recht gut“ funktioniere.

Präsident Reagan hatte ohne Zögern den sowjetischen Vorschlag zur Wiederaufnahme der MBFR-Gespräche angenommen. Er zeigt sich aber zurückhaltend gegenüber einigen seiner Berater, die sofort mit einer neuen Initiative an den Wiener Verhandlungstisch zurückkehren wollen.

Diese neue Initiative war bereits mit den Sowjets 1983 durchgesprochen worden. Beide Seiten sollen danach unter Überwachung der jeweils anderen Seite je 16 000 Mann einer Panzerdivision aus dem zentral-europäischen Bereich abziehen.

Reagan will dagegen zuerst die sogenannte „Datendiskussion“ weiterbringen. Sie geriet ins Stocken, als die Sowjets für die Armeen der Warschauer Paktes über 100 000 Soldaten weniger angaben, als der Westen nach seinen Unterlagen glaubt berechnen zu können.

König Marokkos verkündet nach Unruhen Preisstopp

Israel und Iran beschuldigt / Zwischenfälle in Casablanca

AP/Rtr, Rabat König Hassan II. von Marokko hat einen allgemeinen Preisstopp für Grundnahrungsmittel verfügt und eine Garantie für die Beibehaltung der Schuldenfreiheit gegeben. Er bestritt jeden Zusammenhang zwischen den blutigen Unruhen und den geplanten Preiserhöhungen. Statt dessen warf der König Israel, Iran und den marokkanischen Kommunisten vor, sie hätten die Unruhen geschürt, um die islamische Gipfelkonferenz in Casablanca zu sprengen.

In einer Fernsehansprache sagte Hassan, er habe die Regierung angewiesen, die Pläne für Preiserhöhungen fallenzulassen, nachdem er eine Studie über die sozialen Folgen gesehen habe. Die Weltbank verlangt von Rabat die Senkung des Etatdefizits über den Abbau der Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Speiseöl und Zucker.

Der Monarch teilte mit, daß es in Marrakesch, Nador, Oujda, Tetuan, El Hoceima und Ksar El Kebir Demonstrationen gegeben habe. Wie verlautete, soll es in Casablanca, der größten Stadt des Landes, kurz vor Beginn der Rede des Königs zu neuen Unruhen gekommen sein. Reisende berichteten, der Bahnhof von Ksar El Kebir sei niedergebrannt. Aber, so sagte Hassan, Gesetze und Ordnung würden mit aller Härte erzwungen werden. Er verlas Auszüge aus regierungsförmlichen Flugblättern. Diese hätten den Aufruhr ausgelöst, der nach unbestätigten Berichten 150 bis 200 Todesopfer forderte. In einem der Flugblätter wurde der König als „Mörder“ bezeichnet. Ein den Anhängern Khomeinis zugeschriebenes Flugblatt bezeichnete die islamischen Länder als Opfer der Herrschaft „des großen Teufels USA und Sowjetunion“. Die für die Flugblätter Verantwortlichen seien festgenommen worden, berichtete der Herrscher. Unter ihnen befänden sich auch mehrere Rechtsanwältinnen. Zu den Unruhen hätten auch Schmuggler beigetragen, die an den Grenzen zu den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta ihr Unwesen trieben. Spaniens Außenminister Fernando Moran wird am Donnerstag zu einem Kurzbesuch in Rabat erwartet. Seite 5: Rabats Finanzen belastet

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer sucht, der findet

Von Enno von Loewenstern

Was sind Umfragen, Enquêtes usw. wert, wenn sie mehr aussagen wollen als die berühmte Alltagsfrage, wie man am Sonntag zu wählen gedenkt? Die Jugendkammer der Evangelischen Kirche versuchte beispielsweise in der Akademie Mülheim/Ruhr zu klären, wie ihr zum Teil - auch in der WELT vom 12. November 1982 - scharf kritisierte Bericht über die Jugend („Gesichtspunkte zum Gespräch zwischen den Generationen“) einzuschätzen sei.

Er beschäftigt sich praktisch nur mit der Protestjugend und kommt zu Aussagen wie: daß „die Kriegsgefahr dramatisch wächst“. Oder: daß „wohl keine Generation bisher mit solch beängstigenden Aussichten für die Zukunft des menschlichen Zusammenlebens auf ihren Lebensweg entlassen worden“ sei. Während der Tagung wurde allen Ernstes die Ansicht verteidigt, daß beispielsweise die Generation von 1945 es leichter gehabt habe als die Jugend von heute. Natürlich führte dies zu scharfen Vorhalten, daß man die Lage der Jugend - und andere sogenannte Befindlichkeiten - nicht im Rückblickverfahren ermitteln und nicht nach den lautesten Vertretern beurteilen könne. Aber natürlich haben diese simplen Techniken ihre Anhänger, eben weil sie simpel sind.

Schließlich erbrachten zwei Referate die Pointe. Zuerst berichtete ein Vertreter der Umfrage-Firma Sinus über (gemeinsam mit Infratest gemachte) Erhebungen, deren Bild er gleich selber als düster beschrieb. In der Jugend halle sich ein gefährliches Konfliktpotential zusammen, warnte er seine Zuhörer. Anschließend trug ein Vertreter des Instituts der Deutschen Wirtschaft ein Ennid-Umfrageergebnis vor. Es erbrachte eine haushohe Mehrheit der Jugend für die Marktwirtschaft, für Arbeit, Leistung, Selbstbehauptung.

Die betroffenen Diskussionsteilnehmer wollten wissen, ob es sich vielleicht um zwei verschiedene Befragungsgruppen handelte. Keineswegs; beide Sprecher erklärten ihre Umfragen als repräsentativ (1900 bzw. 2000 Befragte). Es war eine eindrucksvolle Bestätigung der so lange verdrängten Lehre, daß Umfragen die eigene Lebenserfahrung, die eigene Urteilsfähigkeit nicht ersetzen können. Eine Lehre nicht nur für die Kirche.

Stockholm vis-à-vis

Von Carl Gustaf Ström

Zwei Männer und eine Frau sind in der Sowjetrepublik Estland wegen „antisowjetischer Propaganda“ zu fünf bzw. sechs Jahren Konzentrationslager und anschließender mehrjähriger Verbannung - sprich: Deportation nach Sibirien - verurteilt worden, und zwar weil sie in Briefen für Sacharow und andere russische und estnische Bürgerrechtler Stellung bezogen, weil sie für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa unter Einschluss des Territoriums der baltischen Staaten und weil sie in einem Brief Lech Walesa gratuliert sowie von der Notwendigkeit demokratischer Reformen im gesamten sozialistischen Lager gesprochen hatten.

Gerade während der Stockholmer Abrüstungskonferenz, die ja auch zur „Vertrauensbildung“ zwischen Ost und West beitragen soll, ist es sehr lehrreich, diesen Strafprozeß und seine drakonischen Urteile näher zu betrachten. Das liegt schon deshalb nahe, weil Stockholm ungefähr gegenüber von Reval, der estnischen Hauptstadt, liegt. Was drüben, am anderen Ufer der Ostsee, geschieht, kann gerade an diesem Augenblick und an diesem Ort nicht gleichgültig sein.

Menschen wegen des Schreibens von Briefen und wegen des Äußerns einer politischen Meinung einzusperren und ins KZ zu schicken, sollte im zivilisierten Europa nicht mehr möglich sein. Die drei verurteilten Esten haben nicht zu Gewalt aufgerufen. Sie haben nicht Waffen versteckt oder Attentate vorbereitet, sondern nach Reformen verlangt. Die Frage muß sich stellen: Welches Vertrauen kann sich zu einem Regime bilden, das derart unmenschlich mit seinen eigenen Untertanen umspringt?

Zum anderen hat der Revaler Prozeß ein Licht auf die Zustände in den baltischen Republiken geworfen. Estland, Lettland und Litauen waren unabhängige Staaten. Ihre Völker hatten jenes Selbstbestimmungsrecht für sich verwirklicht, das heute - nicht zuletzt durch die sowjetische Propaganda - für jeden afrikanischen Eingeborenstamm gefordert wird. Wenn die baltischen Völker ihre Unabhängigkeit verloren haben, dann nur durch das „Recht des Stärkeren“ - das heißt der Sowjetunion.

Steckbrief

Von Eberhard Nitschke

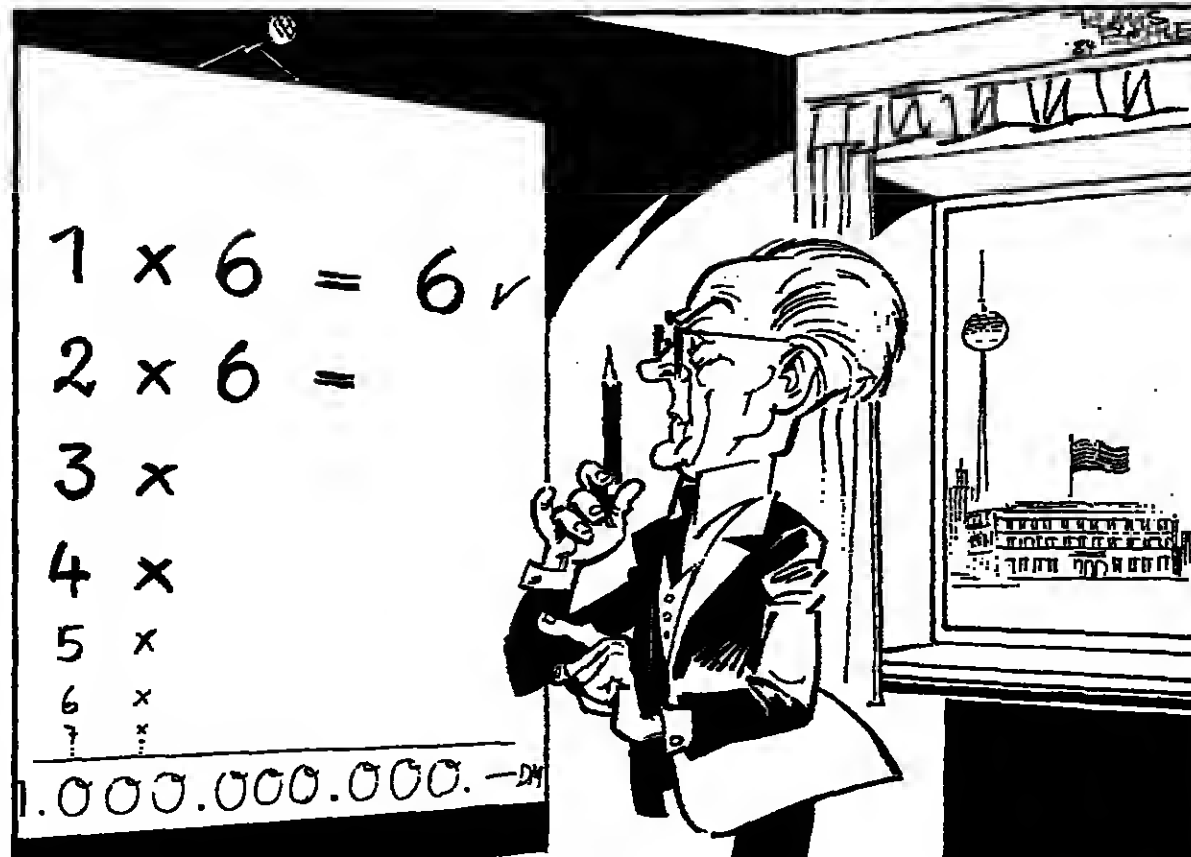
Zehn Tage lang werden zwei große Augen von Plakatsäulen und Großwerbeflächen die Bürger ansehen, dazu wird die vorwurfsvolle Frage gestellt: „Haben Sie auch schon einen Lehrling eingestellt?“ Die Plakataktion, angezettelt vom „Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung“ will die letzten Reserven mobilisieren, um für rund 730 000 Jugendliche, die dieses Jahr auf den Markt drängen, Ausbildungsplätze freizuschlagen.

Daß alle Bereiche, auch die öffentliche Hand und die Verwaltungen, dabei bedrängt werden müssen, in den meisten Fällen ganz sicher in den vom Kuratorium in Bonn erwähnten „gezielten persönlichen Ansprachen“, hat die mitunterzeichnenden Spitzenverbände nicht gehindert, sich an die ganze Bevölkerung zu wenden. Die Werbung ist auch ein Steckbrief: Wo ist der Ausbildungsplatz, der bisher noch nicht registriert worden ist?

Unterlaufen werden solche Bemühungen von jenen Doppelbewerbern um Lehrstellen, die ihre Unterlagen gleich an drei oder vier Arbeitgeber schicken, angenommen werden, und dann aus den verschiedensten Gründen nichts mehr von sich hören lassen. 30 000 sind es im Jahre 1983 gewesen - das sieht nach jener Zahl aus, die damals als „Zuviel“ auf dem Markt war und für deren Unterbringung sich Bundeskanzler Kohl besonders eingesetzt hat.

Man hat jetzt verschiedentlich erwogen, solchen Vielschreibern das Handwerk zu legen, indem man jeden Schulabgänger verpflichtet, nur noch Originalzeugnisse mit seiner Bewerbung abzugeben. Das Ergebnis wäre allerdings voraussehen, die „Annahmekarte“, wie sie jetzt Lehrherren für Schulabgänger empfehlen, sicherlich die bessere Lösung - ohne Karte keine Bedienung und kein Lehrvertrag.

Daneben scheint der Appell an die Arbeitsämter sinnvoll, auf lokaler Ebene mit Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Betrieben, Schulen und Gewerkschaften regelmäßig „Ausbildungsplatz-Konferenzen“ abzuhalten. Die Zurückhaltung, wenn nicht sogar Angst vor dem Arbeitsamt, vor Anmeldefristen dort und vor Beratungen unter vier oder sechs Augen ist immer noch groß. Das Kuratorium tut mit seiner Aktion auch dieser Institution einen Gefallen.



Wie man sich was ausrechnet

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

In die Freiheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Sechs Deutsche aus Honeckers Machtbereich haben sich den Weg in die Freiheit geöffnet. Sie schafften es, weil sie Zivilcourage und zugleich ein diplomatisches Geschick, das auch professionellen Diplomaten Ehre machen würde, bewiesen haben. Ihre Zivilcourage bestand darin, ihr Schicksal dem amerikanischen Präsidenten anzuvertrauen, ohne zu wissen, wie ihr Abenteuer aussehen werde. Mit ihrem diplomatischen Geschick minderten sie jedoch ihr Risiko, aus folgenden Gründen:

1. Sie stellten einen zeitlichen Zusammenhang ihrer Flucht in die Ostberliner US-Botschaft mit der Stockholmer Konferenz her, wo soeben zwischen Shultz und Gromyko ein neuer zaghafter Auftakt zum Ost-West-Dialog vereinbart worden ist. Es konnte weder im Interesse Andropows noch Honeckers liegen, diesen weltpolitischen Ansatz dadurch zu zerstören, daß Ost-Berlin durch ein solches Verhalten als Asylbegleiter der Sechse sich zu einem Menschenrechtsverstoß des Westens an die Adresse des Sowjetblocks auswachsen ließ.

2. Mit ihrem Hilferuf an den Präsidenten der Vereinigten Staaten hoben sie ihren Wunsch nach einem Leben in Freiheit auf die höchste politische Ebene. Ihr Brief ist so kling abgefaßt, daß sie sicher sein konnten, den humanitären Nerv der Amerikaner anzurühren.

3. Sie stellten Honecker vor die Entscheidung, ob er die mehr oder minder positive Einschätzung seiner Person und seiner moderaten Politik gegenüber Bonn, die seit dem Mauerdenkmal nur am Rhein fürsprecher findet, durch starre Ablehnung der freien Ausreise eigenhändig über den Haufen werfen wolle.

4. Ebenso gaben sie Honecker die Überlegung auf, ob er die Quelle weiterer dringender benötigter Kredite aus der Bundesrepublik selbst auf unabsehbare Zeit verschütten wolle, indem er Bonn vor die Tatsache eines deutsch-deutschen Menschenrechtskonflikts stellt.

Es zeigt sich, daß die Sechse eine wohl einmalige Konstellation nutzen konnten, die möglichen Nachbarn ihrer Unternehmung schwerlich in gleicher Weise geboten sein wird. Aus diesem Grunde ist es richtig, solche Nachahmungen nicht zu ermutigen. Das heißt aber zugleich, daß sich die Lobpreisungen Honeckers in Grenzen halten sollten. Er hat mehr unter Zwängen, als etwas aus persönlicher Humanität gehandelt.

Auch nach ihrer Befreiung bleibt die Anklage gültig, welche die Sechse in ihrem Brief an Ronald Reagan gegen jenen Staat gerichtet haben, dessen oberster Repräsentant Honecker ist. „Aufgrund unserer inneren Überzeugung ist uns ein Leben in der DDR unmöglich geworden. Die völlige Entmündigung und Unfreiheit der Menschen in der DDR können wir nicht ertragen.“ Und es bleibt die bittere Wahrheit über die wirklichen Zustände in der „DDR“, wenn die Sechse in ihrem Brief die Flucht in die US-Botschaft wie folgt begründeten: „Nach jahrelangen Bemühungen, persönlichen Entbehrungen und Gefängnisstrafen haben wir immer noch keine Aussicht, aus der DDR entlassen zu werden.“

Bei dieser Sachlage kann man sich, wie Richard von Weizsäcker, sehr wohl über die „geräuschlose Verurteilung“ freuen, die das glückliche Ende dieses Ausbruchs aus den Fängen der „DDR“-Sicherheitsorgane möglich gemacht hat. Der Anteil der Amerikaner daran ist, so weit Einzelheiten bisher bekannt sind, nicht hoch genug einzuschätzen. Ganz und gar unmöglich ist es jedoch, den Standpunkt hinzunehmen, den Klaus Bölling, einst Schmidt-Vertrauter und Ständiger Vertreter Bonn in Ost-Berlin, öffentlich zum besten gibt. Die Art der Sechse, meint er, ihre Ausreise zu erzwingen, sei bei allem Verständnis der Motive nicht die richtige; denn hier seien zwei Regierungen

unter Druck gesetzt worden. Dem ist entgegenzuhalten:

„Das Recht eines jeden Menschen auf persönliche Freiheit geht allen Bedürfnissen von Regierungen in Ost und West, von niemand unter Druck gesetzt zu werden, vor.“

Wenn die „DDR“-Deutschen die Freizügigkeit im eigenen Vaterland nicht zukommende politische Entscheidungen gefällt hätte: Er entließ alle Paredes ergebenen Minister. Gleichzeitig erzwang die Nationalgarde ein neues Gesetz, das ihre nach einer kurz vorher angenommenen Verfassungsreform schon verloren geglaubte dominierende Stellung stärker denn je machte. Der verrätene

Man kann es Bölling zugute halten, daß nicht er die Schamerei erlitten hat, die Verstöße gegen die Menschenrechte im Sowjetblock, vor allem aber in der „DDR“, nicht mehr laut und deutlich beim Namen zu nennen. Die Spekulation, auf geräuschlose Art mehr für bedrückte Menschen erreichen zu können, wird durch die Erfahrung nicht überzeugend gestützt. Im Jahre 1977 griff der damalige Präsident Frankreichs, Giscard, den US-Präsidenten Carter hart an, weil dieser mit seiner klaren Sprache über die Menschenrechte Brechschwierigkeiten zwischen den USA und der Sowjetunion geherrscht haben soll. Die Wahrheit ist, daß sich Nixon und Breschnew 1972 in Moskau auf einen solchen Verhaltenskodex der beiden Supermächte zur Vermeidung eines Atomkrieges verpflichtet hatten, die Sowjetunion jedoch diesen üblichen Vorschlag schon 1973 brach, indem sie aus Anlaß des von ihr mitverschuldeten Yom-Kippur-Krieges den Konflikt mit den USA auf die Spitze beiderseitiger Mobilisierung der strategischen Streitkräfte trieb.

Glaubt Bölling tatsächlich, Sacharow wäre mit Stillschweigen besser zu helfen als mit dem Aufschrei der Weltöffentlichkeit? Glaubt er, die aus der evangelischen Kirche heraus protestierenden Friedensfreunde in der „DDR“ wären vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane Honeckers wirksamer geschützt, wenn die Presse in der Bundesrepublik kein Wort für sie fände? Meint er wirklich, Honecker hätte jetzt die Sechse so schnell in die Freiheit entlassen, wenn er keinerlei Geräuschentfall im Westen hätte befürchten müssen?



Was hilft den Bedrängten am meisten? - Freikauf-Vermittler Wolfgang Vogel, Ost-Berlin. FOTO: KLAUS MEHNER

IM GESPRÄCH Ruben Paredes

Panamas dritter Kandidat

Von Günter Friedländer

Der Vater nannte seinen Sohn nach dem mittelamerikanischen Poeten Ruben Dario, der als Begründer des „Modernismus“ die spanische Literatur von Lateinamerika aus in die Neuzeit führte. Aber Ruben Dario Paredes (49) wurde kein Dichter, sondern Soldat. Dabei fiel ihm die Rolle eines politischen Erneuerers in Mittelamerika zu, als er eine Politik völliger politischer Unabhängigkeit mit der Freundschaft für die USA verband, in denen er den natürlichen Verbündeten Zentralamerikas sieht. Nachdem das Souveränitätsproblem am Panamakanal gelöst war, fand er Formeln, die militärische Anwesenheit der USA zur Sicherung der Verteidigung des Kanals zu verlängern. Als politischer Erbe des Architekten der panamaischen Revolution, General Omar Torrijos, hatte er die Autorität, eigene neue Wege zu gehen.

Als er nach 26 Dienstjahren die Nationalgarde verlassen mußte, schloß er mit deren Offizieren und seinem Nachfolger Noriega ein Gentlemen-Abkommen: Er würde als Kandidat des Torrijismus bei den kommenden Wahlen Panamas Präsidentschaft suchen und das Land zur Demokratie zurückführen, in dessen Politik die Nationalgarde nicht mehr eingreifen sollte.

Nicht alle waren Gentlemen: Die Garde ließ ihn wenige Wochen später fallen. Panamas Präsident rächte sich für Demütigungen, die er von dem eigenwilligen General hatte einstehen müssen, der in der Vergangenheit über seinen Kopf hinweg ihm nicht zukommende politische Entscheidungen gefällt hatte: Er entließ alle Paredes ergebenen Minister. Gleichzeitig erzwang die Nationalgarde ein neues Gesetz, das ihre nach einer kurz vorher angenommenen Verfassungsreform schon verloren geglaubte dominierende Stellung stärker denn je machte. Der verrätene



Wirft um die Stimmen der Nichtwähler: Ruben Dario Paredes. FOTO: AP

General verzichtete auf seine Kandidatur, um den Wahlkampf „von Haß, Rachdurst und Verbitterung“ freizuhalten.

Nun aber überraschte der General die Öffentlichkeit mit einem Abkommen, das ihn zum Präsidentschaftskandidaten der Nationalistischen Volkspartei (PNP) macht, und warf die Rechnung der Politiker über den Haufen. Er wird den Torrijistas, die ihn ja ursprünglich als Kandidaten haben wollten, Stimmen wegnehmen und auch bei denen Anhänger finden, die nur halbherzig den greisen Arnolfo Arias unterstützen.

Paredes will viele der 40 Prozent Panamas gewinnen, die meistens nicht wählen. Manche werden in ihm den Mann sehen, der die Nationalgarde in Schranken halten kann. Von den Offizieren verraten worden zu sein, wird nun zu einem politischen Kapital: Lateinamerikaner haben etwas für verrätene Helden übrig. Der Ausgang der für den Mai geplanten Wahlen ist nun wieder vollkommen offen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Das Bonner Blatt schreibt zum raschen Ende der Ostberliner Asyl-Affäre:

Der diplomatische Manövriere war gering. Denn die bedingungslose „Auslieferung“ der sechs DDR-Bürger durch die Amerikaner wäre nach mehr als sechzig Stunden des Bedenkens und Verhandelns nicht vorstellbar gewesen. Und auf die Bedingungen der Straffreiheit in diesem Fall versuchte „Republikflucht“ hätte die DDR, ohne die eigene Staatsraison öffentlich ad absurdum zu führen, eigentlich nicht eingehen können. Daß sie dennoch bereit war, die Flüchtlinge ziehen zu lassen, mag die Gründe haben, die zur Veröffentlichung nicht taugen. Aber das Ende des Alptraumes einer auch für die DDR peinlichen Wirklichkeit war offenkundig den Preis wert.

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Hier heißt es zur Abschließung der Flüchtlings- und der US-Botschaft in Ost-Berlin:

Daß der Staatsratsvorsitzende und Parteichef die komplizierte Angelegenheit selber in die Hand genommen hat, beweist die Einschaltung von Rechtsanwalt Vogel, der als enger Vertrauter des SED-Vorsitzenden die Freikäufe von Häftlingen und Verurteilten arrangiert. Aber diesmal kam es Honecker sicherlich nicht auf harte Devisen an. Er stand vor der schwierigen Aufgabe, innen- wie außenpolitisch sein Gesicht zu wahren.

NÜRNBERGER Nachrichten

Das Blatt schreibt zur Asyl-Affäre:

Die DDR-Behörden haben gehandelt, bevor der Fall für Ost-Berlin zum Skandal und für den zaghaft wie-

derinsetzenden Ost-West-Dialog zur Belastung werden konnte. ... Was die Entscheidung sicher positiv beeinflusst hat, war die sowohl in Bonn als auch in Ost-Berlin vorhandene Befürchtung, die Affäre könne neue Störungen auslösen.

THE TIMES

Die Zeitung aus London schreibt zur Israel-Debatte:

Wenn Kanzler Kohl in Israel ankommt, wird er am Anfang eines fünfjährigen Besuchs stehen, der sowohl für Westdeutschland als auch für Israel von beträchtlicher moralischer und symbolischer Bedeutung ist. Er wird alle seine diplomatischen Fähigkeiten erfordern. Denn so sehr auch Bonn seine politischen Beziehungen zu Jerusalem als nicht verschieden von denen zu anderen befreundeten Ländern betrachten möchte, so sind sie doch besonderer Natur und werden das auch für lange Zeit bleiben.

TAGESANZEIGER

Für die in Zürich erscheinende Zeitung haben die deutschen Verleger in Marokko nicht unwichtig:

„Zum massiven Aufbruch hat zweifellos die „Brotpreiserhöhung“ in Tunesien beigetragen, in der das Volk durchgesetzt hat, doch damit sind die Vergleiche mit Tunesien schon erschöpft, denn Marokkos Lage ist weit dramatischer: 8 Millionen der 20 Millionen Einwohner leben in absoluter Armut. ... Weil die politischen und sozialen Organisationen direkt vom Willen des Monarchen abhängig sind, richtete sich der Unmut der Bevölkerung nun immer unerbittlicher gegen den König selbst. Kaum jemand macht sich Illusionen: Mit der Person des Königs würde auch die ganze von ihm aufgebaute Fassadendemokratie verschwinden und das Feld für abenteuerliche Lösungen frei.“

Der Mann von gestern, der seine Zukunft verspielte

Die Schwanengesänge des britischen Nationalisten Enoch Powell / Von Fritz Wirth

Auch die Politik bedarf der Auserwählten und Hofnarren. Leute mit einem Spürsinn für Fettnäpfchen, für Provokationen, für Unerhörtes. Die Briten, mit ihrem besonderen Sinn für Humor und Zynismus, leisten sich gleich eine ganze Managerie dieser Spezies.

Arthur Scargill, beispielsweise, den Chef der Bergarbeiter, der nimmermüde von der Revolution der Arbeiterklasse tagträumt, oder Ken Livingstone, den Herren der Londoner Stadtverwaltung, der regelmäßig von der anderen Seite der Themse Frau Thatcher marxistische Grüße ins Haus schickt. Oder Tony Benn, der mit sehr linkslastigen Vokabular selbst seine eigene Labour-Party in Verlegenheit bringt oder eben Enoch Powell, der sich mit seinen politischen Denkbildungen in den letzten 15 Jahren um Ministerämter, Parteizugehörigkeit und langjährige Freundschaften gebracht hat.

Sie alle sind sehr respektable Figuren und niemand ist es mehr als Enoch Powell. Selbst seine ärgsten

Gegner vermögen nicht über ihn zu sprechen, ohne sich zunächst vor dem bemerkenswerten Intellekt dieses Mannes zu verbeugen. Es gibt halt nicht viele britische Politiker, die griechische Gedichte schreiben, Deutsch mit dem feierlichen Vokabular eines Goethe sprechen, es im Krieg bis zum Generalmajor brachten und später von ihrem politischen Ziehvater, in diesem Fall „Rab“ Butler, das Zeug zum Premierminister attestiert bekamen.

Keiner der genannten vier Männer verfügt über nennenswerte politische Macht. Ihre schärfste und für sie zugleich frustrierendste Waffe ist das Wort, und niemand bedient sich dieser Waffe so virtuos wie Enoch Powell. Er beherrscht die Kunst, sich ohne Macht und Einfluß im politischen Gespräch zu halten, weil er gekonnter als andere das Wort mit dem Schock verbindet.

Beispielsweise, indem er öffentlich die Königin attackiert. So übte er, mit fast vierwöchiger Verspätung, kürzlich an der Weihnachtsrede der Queen im Fernsehen herum, in der

die Königin im ausführlichen Gespräch mit der indischen Ministerpräsidentin Gandhi zu besichtigen war. Sie habe in dieser Botschaft mehr Interesse für andere Commonwealth-Länder denn für die eigene Nation gezeigt, mälerte Powell. Und da er selbst Mitglied des Kronrats ist, nahm er die Königin aus der Schußlinie seiner Kritik heraus und zielte direkt auf jene Minister, die ihr die Weihnachtsbotschaft angeblich schreiben, obwohl bekannt ist, daß sie bei diesen Weihnachtsbotschaften nicht die Hand mit im Spiel haben. Wie auch immer: Powell erreichte sein Ziel. Die Zeitungen räumten ihm Platz auf Seite 1 ein und bemühten die Leitartikel.

Was steht hinter dieser Kritik Powells? Zielscheibe sind nicht die Queen und nicht einmal ihre angeblichen ministeriellen Redeschreiber. Sie sind lediglich Vehikel seiner Attacke. Gemeint sind vielmehr die gleichen Minderheiten, deren Existenz und wachsende Zahl Po-

well schon vor 15 Jahren Anlaß zur Horrervision gaben, daß es einst „Ströme von Blut“ ihrerwegen geben werde: die farbige Minderheit des sogenannten „neuen Commonwealth“ in Großbritannien.

Vor 15 Jahren veranlaßte diese Attacke den damaligen Oppositionsführer Edward Heath, zu Powell auf Distanz zu gehen und ihn aus seinem Schattenkabinett zu entfernen. Heute reagierten Frau Thatcher und ihre Minister wortlos. Enoch Powell ist zum Propheten der falschen und fragwürdigen Visionen, zum Feldzügler der „lost causes“ geworden.

Nach seiner Rassenrede des Jahres 1969 machte er den britische EG-Beitritt zum Thema seines Nationalismus und überdrehte dabei so sehr, daß er als ehemaliger konservativer Kabinettsminister 1974 den britischen Wählern den Rat gab, Labour zu wählen. Er mußte die Tories verlassen und fand politischen Unterschlupf im harten und unbeugsamen Konservatismus der nordischen Protestanten. Sein Europa-

Feldzug scheiterte, als sich Labour im letzten Jahr entschloß, den bisher angestrebten Auszug aus der EG aus dem Wahlprogramm zu streichen.

Zum gleichen Zeitpunkt versuchte sich Powell zum Wortführer eines neuen Anti-Amerikanismus in Großbritannien zu machen. Die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten die letzte und beste Hoffnung für die Menschheit seien, nannte er eine Legende und stellte sie in Kontrast zu sowjetischer Friedfertigkeit mit der Behauptung, daß sich mit Ausnahme Afghanistans heute kein sowjetischer Soldat auch nur einen Zentimeter jenseits jener Grenzen befände, hinter denen die Sowjets im Jahre 1948 standen. Als gäbe es heute keine sowjetischen Soldaten in Vietnam, der Mongolei, Äthiopien oder Kuba.

Das alles summiert sich immer mehr zum Schwanengesang eines einst hochtalentierten Politikers. Ein Mann von gestern, der seine Zukunft verspielte. Ein Visionär, der an den engen Horizonten seines Kleinstadtlebens hingefallen ist.

Der „Prellbock“ weicht aus der Gefahrenzone

Ihr Stern ging auf, als sich über der Partei ein schweres Gewitter zusammenbraute: Bei der FDP wird anerkannt, daß Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaezter nicht unwesentlich zum Wahlerfolg im März 1983 beitrug. Dennoch: Sie gibt ihr Amt ab. Hinter der „Amtsmüdigkeit“ indes stecken Differenzen mit Parteichef Genscher.

Von STEFAN HEYDECK

Ich werde kein Karriereweib. Im Gegenteil. Das hatte Irmgard Adam-Schwaezter selbstbewußt im Oktober 1980 nach den Bundestagswahlen verkündet. Damals war sie zu ihrer eigenen Überraschung im zweiten Anlauf – nach 1976 – über den eigentlich aussichtslosen Platz 14 der nordrhein-westfälischen FDP-Landesliste ins Bonner Parlament eingezogen. Tatsächlich aber verlief der politische Weg der promovierten Apothekerin und früheren Managerin eines Kölner Pharma-Konzerns bisher fast unauffällig steil nach oben.

Jetzt zeichnet sich in ihrer Laufbahn ein Knick ab: Die 41jährige Generalsekretärin will auf dem Parteitag der Liberalen Anfang Juni in Münster nicht wieder für dieses Amt kandidieren.

Das hatte sie FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, der nach der Satzung allein den Generalsekretär zur Wahl vorgeschlägt, vertraulich schon zwischen Weihnachten und Neujahr angekündigt.

Indiskretion aus den eigenen Reihen

Trotz der vereinbarten Vertraulichkeit mußte sich bereits am letzten Montag die FDP-Führung unfreiwillig mit der Rücktrittsabsicht der „Generalin“ befassen. Deren Festlegung war zielerreicht in die Öffentlichkeit lanciert worden, und zwar von Gegnern aus den eigenen Reihen.

So meldete der „Spiegel“, daß Genscher Kritik an ihr nach außen hin zwar abwehre und sie als „Sympathieträgerin“ bewerte. Aber: „Intern wurde der Vorsitzende deutlich: Sie hat noch eine steile Karriere vor sich“ – dabei (so der „Spiegel“) weiter zeigte er mit der Hand schräg nach unten. Es kam daraufhin die Frage auf, ob eine Intrige bewußt gestartet worden war, sogenannte „offene Rechnungen“ beglichen werden sollten.

Allerdings telefonierte Genscher prompt schon am Sonntag, bevor das Magazin an den Kiosken war, alle erreichbaren Präsidiumsmitglieder an. Er stellte die ihm zugeschriebenen Negativ-Meldungen über „FDP-Imagard“ (so „Bild“) energisch und ausdrücklich in Abrede. Schmölling ließ er am nächsten Tag erklären, daß die Generalsekretärin auch in Zukunft Mitglied der Führungsmannschaft sei und in der Partei weiter eine wichtige Rolle spielen solle.

Denkbar ist, daß er ihr einen der drei Beisitzerposten im neunköpfigen Präsidium anbietet. Denn im Thomas-Dehler-Haus in Bonn gehen in diesen Tagen immer wieder Anrufe aus Kreis- und Bezirksverbänden und sogar aus Ortsvereinen ein, die sich gegen die Mandatsniederlegung wenden.

Allerdings war „hinter vorgehaltener Hand“ sogar aus der Parteispitze

heraus versucht worden, die noch Generalsekretärin für die NRW-Landtagswahlen 1985 als Spitzenkandidatin „wegzulenken“. Das für den Fall, daß Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zurücktreten müßte, Genscher dessen Amt übernehmen würde und der NRW-Landesvorsitzende, Staatsminister Jürgen Möllemann, Außenminister werden sollte. Hier hat jedoch Irmgard Adam-Schwaezter bereits eindeutig abgewinkt.

Von der FDP-Führung wird offiziell demontiert, daß hinter dem Verzicht auf eine zweite Amtszeit als Generalsekretärin private oder politische Gründe stehen. Welche denn dann? fragt sich der überraschte Beobachter. Tatsächlich ist Irmgard Adam-Schwaezter wegen ihrer hohen Arbeitsbelastung und der vielen Dienstreisen von ihrem Mann schon seit geraumer Zeit zu dem jetzt bekannt gewordenen Schritt gedrängt worden. So ließ Wolfgang Adam sie im letzten Oktober sogar von der Polizei suchen, weil sie wegen kurzfristiger zusätzlicher Verpflichtungen nicht nach Hause nach Düren gekommen war und er sie in der Bonner Zweitwohnung nicht erreichen konnte. Der Vorgang war einer Boulevard-Zeitung sogar eine Schlagzeile wert.

Verstärkt wurde die nunmehr bekannte „Amtsmüdigkeit“ dadurch, daß es zwischen der Generalsekretärin und ihrem Parteivorsitzenden die eigentlich engsten und vertrauensvoll zusammenarbeiten sollten, seit etwa Mai nicht unerhebliche Spannungen gibt. In der ersten Jahreshälfte 1983 waren interne Überlegungen der Parteispitze über die Frage durchgefallen, wer bei einem möglichen Scheitern der FDP bei der Hessen-Wahl vom 25. September die Nachfolge des damals sichtbar angeschlagenen FDP-Chefs antreten könnte.

Dahinter hatte einerseits zu diesem Zeitpunkt ein gewisser Unmut über Genschers Führungsstil gestanden. Andererseits hatte er selbst damals signalisiert, daß wegen der Doppel-funktion als Außenminister und Parteivorsitzender seiner Belastbarkeit Grenzen gesetzt seien. Hatte er doch einige Jahre vorher bereits wegen einer Überbeanspruchung seines Herzens sich vorübergehend und „außer der Reihe“ zurückziehen müssen.

Meldungen über eine „Amtsmüdigkeit“ und eine denkbare Ablösung Genschers als Parteivorsitzender wurden am 6. Mai auf einer Präsidiumssitzung gegenüber der Öffentlichkeit „einstimmig“ (nicht einstimmig) und „mit allem Nachdruck“, so Parteiprecher Schmölling, offiziell dementiert. Doch hinter verschlossenen Türen verdächtigte Genscher die Generalsekretärin zu Unrecht, die zu diesem Zeitpunkt zutreffenden Informationen gezielt gegen ihn „gestreut“ zu haben. Spätestens seit diesem Datum war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden zumindest erschwert.

Außerdem gab es immer wieder Meinungsverschiedenheiten um die sogenannten Kleinigkeiten des „Tagesgeschäfts“. Nach Informationen der WELT ging es aber auch um wesentliche Fragen. Zum Beispiel: Ist die FDP zu sehr auf Genscher als Führungs-Persönlichkeit zuge-



Gestörte Eintracht: „General“ Adam-Schwaezter und Chef Genscher
FOTO: SVEN SIMON

schnitten und läßt er ihr zuwenig Spielraum für eigene politische Initiativen? Oder: Am Abend der Hessen-Wahl mußte die Generalsekretärin als „Mitstreiterin der Luxe der Bundesgeschäftsstelle“, (so wird inzwischen im Thomas-Dehler-Haus angesichts der sichbaren Spannungsverhältnisse ironisiert) auf Genschers Anweisung hin stundenlang schweigen und die auf Informationen wartenden Journalisten hinhalten, bis sie endlich als sein „Sprachrohr“ und damit praktisch als aufpolierter „Schmülling-Ersatz“ die Stellungnahme des FDP-Chefs nach vorheriger Ausstrahlung im Fernsehen von ihm abgesegnet verkünden durfte.

Zum Konflikt kam es auch im Vorfeld der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss, Irmgard Adam-Schwaezter hatte eine breit angelegte Informationskampagne geplant, mit der die Notwendigkeit einer Nachrüstung beim Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden sollte. Genscher lehnte jedoch ab. Er hatte die Befürchtung, daß eine derartige Aktion „aus dem Ruder laufen“ könnte und der gut 80 000 Mitglieder zählenden Partei schaden würde.

„Politisches Ziehhind“ des Grafen Lambsdorff

Solche „Reibereien“ scheinen unvermeidlich. Denn Genscher hatte Irmgard Adam-Schwaezter, die erst 1975 in die Partei eingetreten war, für die Liberalen und erst recht die Öffentlichkeit verblüffend als Nachfolgerin für den aus Protest gegen den Bonner Regierungswechsel zur SPD übergetretenen Günter Verbeugen „wie das Kaninchen aus dem Hut gezaubert“. Er war durch Lambsdorff, dessen Bezirksverband Aachen sie 1980 geleitet hatte und als dessen „politisches Ziehhind“ sie auch gilt, auf sie aufmerksam geworden.

Für den FDP-Vorsitzenden hatten bei Auswahl von Frau Adam-Schwaezter vor allem drei Punkte eine Rolle gespielt: Sie ist eine Frau. Sie hatte – obwohl ursprünglich dem sozial-liberalen Flügel zuzurechnen – als einziges weibliches Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion den Wechsel vom 1. Oktober 1982 voll mitgetragen. Sie ist Expertin im Sozialbe-

reich. Gerade dieses Gebiet hatte und hat noch immer wegen der nach wie vor kritischen Haushaltslage einen besonderen politischen Stellenwert. Auf dem Berliner Parteitag im November 1982 wurde Genschers Kandidatin dann mit 200 gegen 161 Stimmen bei 15 Enthaltungen gewählt.

Irmgard Adam-Schwaezter hat sich für das Amt in erster Linie auch deshalb zur Verfügung gestellt, weil sie damals, „in der Stunde der Not“, der Partei helfen wollte. Es sei zu einem großen Maß ihr Verdienst, heißt es bei der Partei anerkennend, daß die Freien Demokraten wieder aus ihrer „Lethargie“ herausgefunden hätten und trotz aller Angriffe und Kritik mit sieben Prozent am 6. März 1983 wieder den Einzug in den Bundestag schafften.

Vor, aber auch noch nach den Neuwahlen reiste sie als „Prellbock für die Wendefolgen“ (so ihre Umgebung) zu allen Parteieinheiten, quer durch die Bundesrepublik. Auf einer Serie von Regionalkonferenzen kümmerte sie sich schwerpunktmäßig um die Verbesserung der Parteiorganisation und -strukturen. Gleichzeitig verdeutlichte damals Lambsdorff genauso vehement landauf und landab die politischen Inhalte.

Neben der Frage der Nachfolge muß sich die Parteispitze jetzt auch mit dem Vorsitz der 31köpfigen Programmkommission befassen, den Irmgard Adam-Schwaezter seit der Konstituierung am 8. Juni innehat. Sie hatte diesen Posten mit der Absicht übernommen, die Fülle der FDP-Programme zusammenzuschneiden und der Partei ein „unverwechselbares Profil“ zu geben. Allerdings gibt es an der langsamen Arbeit dieses Gremiums durchaus Kritik. Bemängelt wird, daß entgegen der Planung erst jetzt erste Vorschläge „auf den Tisch“ kommen.

Grundsätzlich will die scheidende Generalsekretärin, die diesen Nachholbedarf kennt und über dieses Defizit verärgert ist, weiter in der Kommission mit an „Polit-Rezepten“ kochen.

Kochen tut sie auch in ihrer Freizeit: „Ich koche sehr gern und würze alles mit Kräutern, die ich selbst gezogen habe.“

Hat jetzt sie Genscher die Suppe versalzen? Oder umgekehrt?

Der Nervenkrieg war zu Ende, noch bevor er richtig begann

Im Westen herrscht Zufriedenheit darüber, daß die Flucht von sechs „DDR“-Bürgern in die Ostberliner US-Botschaft ein schnelles, glückliches Ende fand. Ob dafür ein Preis gezahlt wurde, darüber hüllen sich alle Seiten in Schweigen.

Von H. R. KARUTZ

Für „Smileys Leute“ wäre es das Ambiente gewesen, eine beklemmende Ost-West-Grenzlinie: An der Sandkrugbrücke, im bläulichen Spiel von Neonlampen, inmitten altpreussischer Bauten und einer verrotteten Bahnhofshalle mündete das Flüchtlingsdrama von Ost-Berlin in ein gutes Ende. Als die Kolonne der silbrigen Daimler und Volvo am Sonntagabend ohne Halt über die schmale Kanalbrücke in den Sektor rüllte, den der „Union Jack“ auf weißem Schild als britisches ausweist, hatten die sechs aus dem Osten den west-östlichen Nervenkrieg gewonnen.

Während Bonns Vertreter in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Brüttigam, in seinem selbst gesteuerten Dienstwagen bald wieder in seine Dienstvilla in Niederschönhausen zurückkehrte, verlor sich die Spur der vier Ostberliner und des Potsdamer Ehepaars im Dunkel der Invalidenstraße.

Eine Brücke zwischen West und Ost

Sie verbrachten die Nacht vermutlich in alliierter Obhut oder im Notaufnahmehaus Marienfelde. Wie in solchen Fällen üblich, befragen die Alliierten die Flüchtlinge.

Die Brücke, die sie passierten, war bereits 1983 Schauplatz außergewöhnlicher Szenen: Richard von Weizsäcker fuhr über die Sandkrugbrücke zu Erich Honecker, Udo Lindenberg ließ sich jenseits der Barrieren von seinen Ostberliner Fans herzen. Rechtsanwält Wolfgang Vogel fährt in seinen humanitären Ost-West-Obliegenheiten hier regelmäßig hinüber. Die sowjetischen Wachsoldaten des Ehrenmals der Roten Ar-

mee im benachbarten Tiergarten passieren hier ebenfalls täglich.

Zivile Wagen des Staatsschutzes erwarten hier täglich die „DDR“-Bediensteten der Besucherbüros, die Anträge der Westberliner entgegennehmen. Hier geschah am 12. Mai 1983 einer der grausamsten Mauer-Zwischenfälle, als „DDR“-Grenzer auf die zwölf Insassen eines durchbrechenden Flüchtlings-Busses feuerten. Der Fahrer und ein acht Monate altes Baby starben im durchsiebenden Fahrzeug.

Der Ort, der nur für Diplomatenwagen, Westberliner Besucher und tauschschleppende „DDR“-Besucher im Rentenalter zugänglich ist, wird westlicherseits durch eine kleine Zollbaracke markiert. Als am Sonntagabend der Konvoi aus Ost-Berlin auftauchte, hielten die sechs Flüchtlinge die Entlassungsurkunden aus der „DDR“-Staatsbürgerschaft in der Hand – letzter formaler Akt in einem Verfahren, das sie jahrelang vergebens auf dem vorgeschriebenen Weg der „DDR“-Bürokratie zu Ende zu bringen hofften.

Bernad Macke (28) trat bei den Verhandlungen in der US-Botschaft gleichsam als Sprecher und intellektueller Kopf der Gruppe auf. Der Sohn eines Mitarbeiters des Staatssicherheitsdienstes studierte Kunstgeschichte, bis ihn die Universität wegen eines Ausreisegesuches von der Hochschule wies.

Jörg Hejkal (23) saß knapp zwei Jahre im Prominenten-Bau II in Bautzen, nachdem er als Flüchtling in Jugoslawien von der Polizei aufgegriffen und über ein benachbartes Ostblockland an die „DDR“ ausgeliefert worden war.

Der älteste der Flüchtlinge, Bernd Apel (43), machte auf die US-Diplomaten den Eindruck, seelisch und körperlich am stärksten beeinträchtigt zu sein. Er mußte wegen eines Fluchtversuchs 18 Monate in „DDR“-Haftanstalten erdulden.

Mit am leidenschaftlichsten hatte der 19jährige René Faccin in den vergangenen Jahren um seine Ausreise gekämpft. Als Sohn eines italienischen Staatsbürgers – seine Mutter stammt aus der „DDR“ – erhielt er von der italienischen Botschaft in Ost-Berlin einen italienischen Paß. In dem Dokument ist „Berlino“ als Geburtsort eingetragen. Nach italien-

schem Recht besitzen Abkömmlinge italienischer Staatsangehöriger zugleich auch deren Staatsangehörigkeit. Die „DDR“ sah dies, wie stets in solchen Fällen, völlig anders, zog Faccin zur Volksarmee ein und nahm den Paß nicht zur Kenntnis. Dem Vernehmen nach floh der 19jährige dann bei einer Musterung aus dem Gebäude eines NVA-Wehrkreiskommandos.

Das junge Ehepaar Petra und Daniel Klingberg hatte sich seit Jahren vergebens bemüht, auf legalem Wege die Ausreise in die Bundesrepublik zu erhalten.

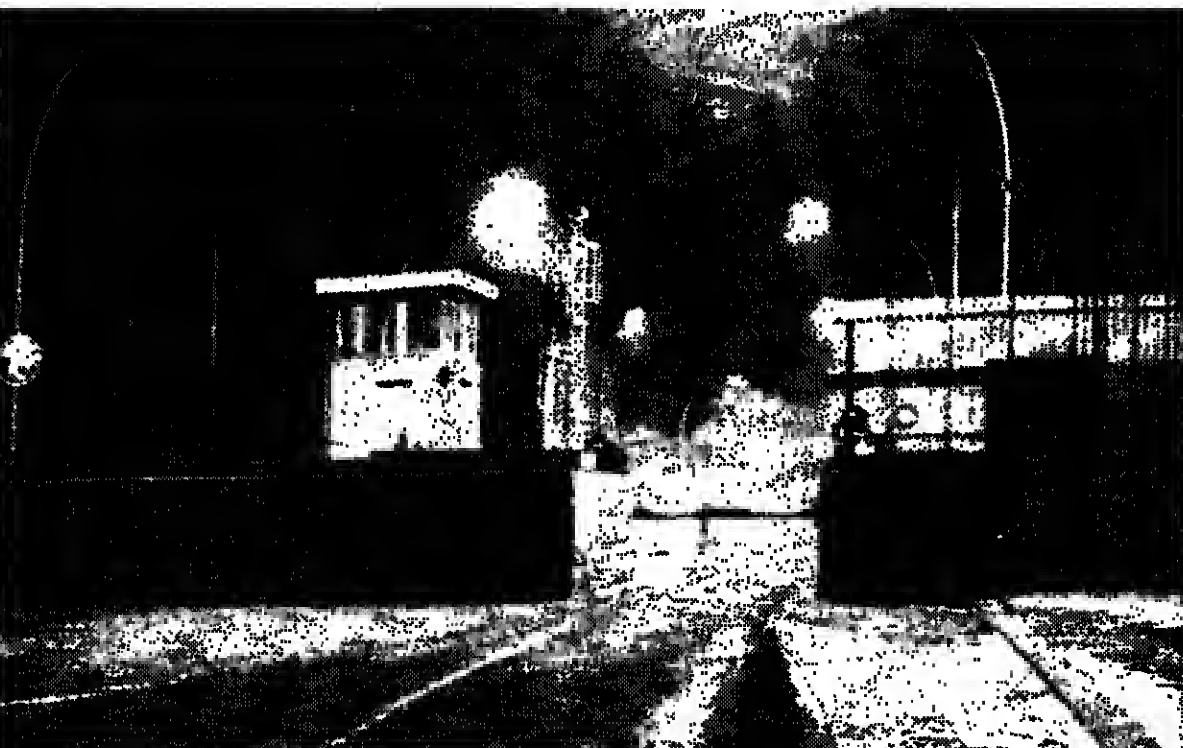
Als Ausreisewillige in Bonn bekannt

Sämtliche sechs Flüchtlinge befanden sich offensichtlich auf den offiziellen Listen des Innerdeutschen Ministeriums oder waren in Bonn zumindest als Ausreisewillige bekannt. Nur auf diese Weise erklärt sich auch von der Zuständigkeit her das Eingreifen von Rechtsanwalt Vogel, den Honecker aus dem Urlaub anreisen ließ, um den Vorgang, der dem Renommé Ost-Berlins abträglich ist, elegant und im Eiltempo zu bereinigen.

Vor der Ankunft des französischen Außenministers Claude Cheysson am kommenden Donnerstag und dem angesagten Besuch des kanadischen Premiers Pierre Trudeau am 30./31. Januar sollten die West-Medien wohl nichts mehr über diesen Fall zu berichten haben. Das Schweigen der „DDR“-Presse beeinträchtigte den Informationsstand in der „DDR“ selbst nicht – West-TV und -Hörfunk hielten ihre „DDR“-Stammkundenschaft auf dem laufenden.

In Berlin herrscht die Meinung, daß ohnedies vor allem der gelungenen Versuch der sechs Flüchtlinge, an ihrem Zufluchtsort von Anfang an Kontakt zu West-Korrespondenten herzustellen, ihre Ausreisewünsche an den entscheidenden politischen Stellen in Ost und West förderte.

Am heutigen Dienstag wird das SED-Politbüro auf seiner Wochensitzung den Vorgang debattieren. Erich Honecker fand den Bittbrief der sechs, am Freitag zur Post gegeben, erst gestern auf seinem Schreibtisch. Als alles gelaufen war...



Für die sechs Asylsuchenden das Tor zum Westen: Der Übergang Invalidenstraße in Berlin
FOTO: STARK-OTTO

Deutsche Bank
Compagnie Financière Luxembourgeoise
Société Anonyme

Wie weit soll Gold Ihnen noch entgegenkommen?

Jeder will Gold zum niedrigsten Kurs kaufen. Das gelingt aber nur wenigen. So geht man leicht das Risiko ein, die Chance zu verpassen. Ist der Goldpreis vielleicht nicht jetzt schon interessant genug? Lassen Sie sich von uns beraten.

Nicht nur über Preisaussichten, sondern auch über die besonderen Stärken, die Gold als Anlage haben kann.

Die Form der Goldanlage, die Sie wählen, hängt von der Menge und von Ihren Zielvorstellungen ab. Ob für Sie

Münzen, Zertifikate oder ein mehrwertsteuerfreies Depot in Luxemburg am besten geeignet sind, sagen wir Ihnen gern. Selbstverständlich beraten wir Sie auch, welchen Teil Gold in Ihrer Geldanlage insgesamt einnehmen sollte. Wie bei jeder anderen Anlageform helfen wir Ihnen natürlich auch beim Verkauf. Nutzen Sie deshalb unsere große Erfahrung, auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank

Papst bewirkte Durchbruch im Beagle-Konflikt

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Im seit rund 100 Jahren anhaltenden Konflikt um den Beagle-Kanal, die natürliche Wasserstraße zwischen Argentinien und Chile, ist dank fünfjähriger geduldiger Vermittlung des Vatikans der entscheidende Durchbruch zu einer Einigung erzielt worden. Nach einem gemeinsamen Treffen unter Vorsitz von Kardinal Staatssekretär Casaroli (Argentinien) und Jaime del Valle (Chile) gestern im Vatikan eine Friedens- und Freundschaftserklärung, mit der sich die Regierungen in Buenos Aires und in Santiago verpflichten, ihren Streit binnen kurzem beizulegen. Anschließend wurden die beiden Außenminister getrennt vom Papst empfangen.

In Rom gilt nun als sicher, daß die beiden Staaten noch in diesem Jahr einen definitiven Einigungsvertrag vorlegen werden. Bei der Kontroverse geht es um drei im Beagle-Kanal zwischen Feuerland und Kap Horn gelegene winzige Inseln, die den Osteingang des Kanals beherrschen und deshalb von großer strategischer Bedeutung sind. Die Gewässer sind dort besonders fischreich, und der Festlandsockel gilt als erdölhaltig.

Ein Schiedsspruch der englischen Krone hatte 1978 die Inseln Chile zugesprochen. Argentinien akzeptierte jedoch nicht, und beide Länder trafen Kriegsvorbereitungen.

Polen: Westen hebt bald Sanktionen auf

rt, Warschau

Polens Außenminister Stefan Orszowski erwartet, daß der Westen schon bald mit der Aufhebung seiner Sanktionen gegen die Volksrepublik beginnen wird. Der amtliche Nachrichtenagentur PAP sagte er gestern, er sei zu diesem Schritt gekommen, nachdem er in Stockholm am Rande der europäischen Abrüstungskonferenz mit den Außenministern von acht der 16 NATO-Staaten gesprochen habe. Seine Gespräche mit den Amtskollegen aus der Bundesrepublik, Kanada, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Dänemark, so der Minister, mußten eigentlich schon bald Früchte in Gestalt eines schrittweisen Verzichts auf die Restriktionspolitik tragen.

Koreas Jumbo wick früh vom Kurs ab

AP, Anchorage

Eine Bodenkontrollstation der US-Luftwaffe in King Salmon (Alaska) hatte eine Kursabweichung des später über sowjetischem Hoheitsgebiet abgeschossenen koreanischen Jumbos registriert, meldet die „Anchorage Daily News“. Über Funk habe der Pilot einige Zeit nach einer Zwischenlandung in Anchorage gemeldet, die Maschine befände sich direkt über Bethel in Südwest-Alaska. Daraus gehe hervor, daß das Flugzeug zu diesem Zeitpunkt bereits knapp 23 Kilometer vom Kurs abgewichen war. Dieser Sachverhalt sei an die zivile Bodenkontrollstation in Anchorage weitergegeben, doch von den dort tätigen Piloten offenbar nicht beachtet worden.

Meese neuer US-Justizminister

AP/APF, Washington

Der amerikanische Justizminister William French Smith hat Präsident Reagan sein Rücktrittsgesuch eingereicht, wurde aus Regierungskreisen bekannt. Zur Begründung äußerte Smith, er habe das Gefühl, nach dreijähriger Amtszeit seine Ziele erreicht zu haben.

Smith ist das sechste Mitglied der Regierung Reagan, das seit dessen Amtsantritt am 20. Januar 1981 aus dem Amt ausschied. 1982 war Außenminister Alexander Haig wegen Differenzen in der Außenpolitik zurückgetreten. Nachfolger von Smith wird nach Angaben des Präsidialamtes der Berater von Präsident Reagan, Edwin Meese.

Zwei Sowjets baten um politisches Asyl

dpa, Paris
Ein Diplomat aus dem Stab der Handelsmission der sowjetischen Botschaft in Paris und ein dritter Offizier eines aus Moskau nach Rouen gefahrenen sowjetischen Geheimefrachters haben in der vorigen Woche in der amerikanischen Botschaft in Paris um politisches Asyl gebeten. Wie erst gestern bekannt wurde, sind sie inzwischen nach München in ein Aufnahmefahrer für Flüchtlinge aus dem Ostblock gebracht worden, wo sie von US-Sicherheitsbeamten vernommen werden.

Jerusalem erinnert Kohl an Wilhelms hohes Pferd

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die 50 Kilometer lange Fahrt vom Ben-Gurion-Flughafen zum King-David-Hotel in Jerusalem wird den Bundeskanzler nach dessen Ankunft um 14.00 Uhr am heutigen Dienstag an einer ganzen Reihe von Stätten vorbeiführen, bei denen die Geschichte von Christi Geburt bis zur Neuzeit wieder lebendig wird.

Der Flughafen selbst gehört zur Stadt Lod, dem biblischen Lydda, eine jüdische Stadt in der Antike und auch Geburtsort von St. George, dem Schutzheiligen Englands. Er ist auch in der dortigen Kreuzfahrerkirche begraben, deren Errichtung König Richard Löwenherz zugeschrieben wird.

Schon die Apostelgeschichte erwähnt, daß Petrus die frühchristliche Gemeinde hier besuchte. Etwa auf halbem Weg zur Hauptstadt kann der Bundeskanzler zu seiner Linken die Ruine von Emmaus erblicken. Dort soll, wie es bei Lukas heißt (XXIV, 13-31), der auferstandene Christus seinen Jüngern erschienen sein.

Auch die deutsche Geschichte wird bei der Vorbeifahrt an Emmaus greifbar: Fünf Jahre bevor er seine Legionen im Teutoburger Wald verlor, siegte hier der spätere römische Oberbefehlshaber und Statthalter in Germanien, Varus, im Krieg gegen den Diadochenkönig Antiochus IV.

Zur Rechten, gegenüber Emmaus, liegt das berühmte Trappistenkloster Latrun, ursprünglich von den Tempelrittern im 12. Jahrhundert erbaut. Nach der Überlieferung ist dies die Heimat der zwei „guten Diebe“ (Boni Latrones), daher angeblich der Name Latrun. Von hier aus sieht man auch die Ebene von Ayalon, in der, wie es Josua schildert (Kapitel 10, Vers 12), Gott das Gebet des israelitischen Heerführers Josua erhörte und Sonne und Mond stillstehen ließ, bis die Israeliten ihre Angreifer zurückgeschlagen hatten.

Zwanzig Kilometer vor Jerusalem wird die Kolonne des Bundeskanzlers eine schmale Schlucht durchfahren, „Shar Hagai“ (Tor des Tales). Der Name ist berechtigt. Es handelt sich um einen vier Kilometer langen strategischen Bergpaß, der die Zufahrt nach Jerusalem vom Westen her beherrscht.

An den Abhängen zu beiden Seiten der Schlucht liegen ausgebrannte

Panzer aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948. Das waren die Fahrzeuge, mit denen die damals noch schwache israelische Armee die arabische Blockade Jerusalems durchbrechen versuchte. Dies mißlang damals trotz schwerer Opfer. Das ausgehungerte Jerusalem war schon verzweifelt, als die Armee auf Ben Gurions Geheiß in feierhafter Arbeit eine Umgehungsstraße aus dem Gestein heraushackte. Die Stadt war gerettet.

Rechts von Shar Hagai liegt der „Wald der Märtyrer“. Er enthält sechs Millionen Bäume, einer für jeden Toten des Holocaust. Morgen vormittag will Kohl zum Auftakt seines sechsstägigen Besuchs zum Mahmal „Yad Vashem“ für die Opfer des Holocaust, das in Jerusalem errichtet wurde, fahren.

Vom „Wald der Märtyrer“ dauert es noch einmal 15 Minuten, bis der Bundeskanzler in Jerusalem angekommen sein wird. Die heiligen Stätten der drei großen Welt-Religionen Judentum, Christentum und Islam im Ostteil der Stadt wird er aber erst am Samstag besuchen. Dieser Besuch am Wochenende gilt dann als „privat“, offenbar um unnötige Komplikationen zu vermeiden.

Von der Stadtgrenze Jerusalems führt der Weg durch die südlichen Bezirke zum King-David-Hotel. Insgesamt wurden zwei Etagen des Hotels für die deutsche Delegation reserviert. Kohl wird hier auch seinerseits am Mittwochabend zu einem Staatsbankett laden, mit dem er das heute abend stattfindende Bankett des israelischen Ministerpräsidenten Shamir beantwortet.

Von seinen Fenstern in der königlichen Suite des King-David-Hotels wird Kohl eine der faszinierendsten Aussichten der Welt bewundern können: die Altstadt Jerusalems mit der großen Mauer, die von Sultan Suleiman dem Prächtigen im 16. Jahrhundert erbaut wurde. Nur eines der sieben Tore kann man sehen, das Jaffa-Tor mit seiner Bresse, die der Kanzler an einen Deutschen im 19. Jahrhundert erinnern wird. Denn diese entstand, als der obere Bogen des Stadtores heruntergerissen wurde, damit Kaiser Wilhelm II. anlässlich seines Besuchs in der Heiligen Stadt 1898 nicht vom Pferd steigen mußte, um die Altstadt zu betreten.

Die Affären haben dem MAD das Selbstvertrauen genommen

Seit der Gründung 1956 ist die Stellung des Militärischen Abschirmdienstes umstritten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ein Nachrichtendienst soll im Verborgenen arbeiten. So ist er am wirksamsten. Das, was in diesen Tagen dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr im Zusammenhang mit der „Affäre Kießling“ widerfährt, geht an die Substanz, schadet der Motivation und Leistungsbereitschaft seiner Mitarbeiter. So drückt es jemand aus, der viele Jahre Erfahrung im MAD hat und weiß, daß die öffentliche Aufregung über den Dienst, für den er tätig ist, nur der gegnerischen Seite wirklich nützt. Und mit einem gewissen Sarkasmus fügt der MAD-Mann hinzu, es sei schon sehr merkwürdig, mit uns Deutschen: Wir finden nicht zu einem normalen Verhältnis zu einer Organisation, ohne deren Arbeit den Gegnern der Streitkräfte, ob sie nun außer Landes sitzen oder bei uns selbst, Tür und Tor zur Bundeswehr öffnen wären. In anderen Armeen gehöre es zu „Karriere und Ehre“, zwischen Nachrichten- und normalem Truppendienst hin und her zu pendeln. In der Bundesrepublik kann davon nach all den Affären, in denen die Arbeit des MAD grell beleuchtet worden ist, kaum mehr die Rede sein. Es wird Jahre dauern, sagt der Mann, bis „sein“ Dienst wieder konsolidiert sein wird.

Die Anfänge des MAD reichen zurück bis in die ersten Tage der Bundeswehr. Die Aufgaben, deren Bewältigung ihm damals übertragen wurden, unterscheiden sich von den heutigen um keinen Deut. Sie ranken sich um drei Begriffe. Es geht um die Abwehr von Spionage, Sabotage und Zersetzung. Jede Armee ist solchen Angriffen ausgesetzt, besonders natürlich die Bundeswehr, die Teil des demokratischen Staates ist. Teil also eines offenen Gemeinwesens, in dem die Gegner der Freiheit diese genau so nutzen, um diese zu beseitigen, wie die Mehrheit der Bürger, um sich wohl zu fühlen.

Eine kleine Gruppe von Mitarbeitern bildete 1956 die Anfänge des MAD, „hochengagierte Leute“, wie sich einer von ihnen erinnert. In den Gründerjahren umgab den Dienst der Ruch des Geheimnisvollen. Selbst Soldaten wußten wenig von ihm. Er versuchte, nach Möglichkeit ohne viel Aufhebens, die ihm gestellten Aufträge zu erledigen. Mit ihm Bekanntschaft machten demnach

nur solche Soldaten, die ihm „Tipp“ gegeben hatten, und solche, die in den Verdacht von Sicherheitsbedenken geraten waren.

Ursprünglich dachten die Gründer der Bundeswehr auch an die Aufstellung einer eigenen Polizei für die Streitkräfte mit allen Befugnissen der „normalen“ Polizei von der Verkehrskontrolle bis zur Verfolgung von Straftaten in den Kasernen. Dieser Plan indes scheiterte an der Weigerung der Bundesländer, die ihre Polizeiheld in Gefahr wählten. Übrig blieb von den Bundeswehr-Plänen schließlich nur die Aufstellung der Truppe der Feldjäger. Kriminalpolitische Aufgaben in den Kasernen oblagen der zivilen Polizei. Und so ist es auch heute.

Der MAD, manchmal auch verniedlichend „Werkschutz“ der Streitkräfte genannt, hat sich seit den Aufbaujahren bis heute zu einer festgelegten Organisation entwickelt, deren Stellung in der Struktur der beiden ande-

nur solche Soldaten, die ihm „Tipp“ gegeben hatten, und solche, die in den Verdacht von Sicherheitsbedenken geraten waren.

schrieb im Januar 1976 über die Aufgaben des Dienstes: „Der MAD hat den eindeutigen Auftrag, gegen die Bundeswehr gerichteten Angriffen fremder geheimer Nachrichtendienste und sicherheitsgefährdender politisch motivierter Kräfte vorbeugend und abwehrend zu begegnen und der politischen und militärischen Führung ein Lagebild zu vermitteln.“ Im einzelnen verlangt das die Sicherheitsüberprüfung von Angehörigen der Bundeswehr, die wie im Fall Kießling manchmal zu Sicherheitsbedenken für den Umgang mit Verschlüssen führen kann. Weiter geht es um die Beratung der Kommandeure und Dienststellen der Bundeswehr bei der Absicherung, um die Klärung von Sicherheitsvorwürfen auf dem Gebiet von Spionage, Sabotage und Zersetzung, sowie schließlich die Realisierung von regelrechten Abwehroperationen.

Jährlich hat der MAD rund 200 000 Personen hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit beim Umgang mit Geheimmaterial zu überprüfen. Zum Beispiel sollen im Jahr 1982 bei solchen Überprüfungen in 3200 Fällen vom MAD Sicherheitsbedenken erhoben worden sein. In den weitaus meisten Fällen handelte es sich dabei um finanzielle Schwierigkeiten von Soldaten oder Fahnenflucht. Wegen Spionagetätigkeit von Angehörigen der Bundeswehr wurde der MAD in jenem Jahr nur in zwölf Fällen fundig. Wegen der auch im Fall Kießling jetzt erhobenen Bedenken „abnormer sexueller Veranlagung“ warnte der Dienst im Jahr 1982 in neun Fällen die zuständigen Militärdienststellen.

Mit rund 2300 Mitarbeitern, Soldaten und Zivilisten, ist der MAD im Vergleich mit BND und Verfassungsschutz der kleinste Nachrichtendienst der Republik. Dem Kölner Amt unterstehen sieben MAD-Gruppen von Kiel bis München mit 17 MAD-Stellen, die sich auf besonders sicherheitsgefährdete Bereiche konzentrieren.

Als ganz entscheidend wird im Kölner Amt die zentrale Auswertung der vom Dienst gesammelten Informationen angesehen. Dafür verfügt der Dienst über eine elektronische Datenverarbeitung, über die auch der Austausch mit den anderen Staatsschutzorganen möglich ist.

DIE ANALYSE

ren Nachrichtendienste - der Bundesnachrichtendienst (BND) für die Aufklärung im Ausland zuständig und der Verfassungsschutz für die gleiche Aufgabe im Inland - noch umstritten ist. Dies hat recht praktische und großenteils negative Folgen für ihn, denn es gibt auch gegenwärtig niemand in der Bundesregierung, der sich für eine langfristig koordinierte Personalpolitik zur Besetzung der Spitzenämter der drei Dienste verantwortlich fühlt. Dies mag, wenn auch nicht der entscheidende, so doch ein wichtiger Grund für die immer wieder auftretenden Mängel der MAD-Arbeit sein.

Über viele Jahre hin hat die SPD die Verantwortung für die Besetzung des Chefs des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr (ASB) zu tragen, das die Arbeit der regionalen MAD-Gruppen von Köln aus steuert, überwacht und mit den anderen Staatsschutzorganen der Bundesrepublik koordiniert. Brigadegeneral Behrendt, seit Oktober 1983 der Amtschef, wurde noch von Wüppers Amtsvorgänger auf der Hardhöhe, Apel, auf diese Position gesetzt.

Der damalige Amtsvorsteher, Kapitän zur See Konrad Koch,

Späth will „Schrittmacher“ sein

Drastische Steuererleichterung für umweltfreundliche Autos / Initiative im Bundesrat

KING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg hat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die wesentliche steuerliche Vergünstigungen für abgas- und umweltfreundliche Autos vorsieht. Gleichzeitig sollen Altfahrzeuge ohne umweltfreundliche Einrichtungen drastisch höher besteuert werden. Dies teilte Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) in Stuttgart mit.

Gleichzeitig hat das baden-württembergische Wirtschafts- und Verkehrsministerium in einem Erlass vom 9. Januar dieses Jahres für die Südwesten sichergestellt, daß in diesem Bundesland ab sofort abgasse Personenwagen „ohne Probleme“ zugelassen werden, teilte Späth weiter mit.

Im einzelnen sollen die steuerlichen Entlastungen für Autos, die die strenger amerikanischen Abgasnormen erfüllen, so aussehen:

- Vom 1. Juli dieses Jahres an bis zum 31. Dezember 1988 wird die Kfz-Steuer völlig abgeschafft.
- Von 1989 bis 1990 gilt dann nur der halbe Steuersatz.
- Erst ein Jahr darauf soll dann der jetzt noch gültige Steuersatz von 14,40 Mark pro 100 Kubikzentimeter Hubraum entrichtet werden.

Teuer werden dagegen Alt-Autos ohne Abgasreinigung für ihre Besitzer: der genannte Steuersatz soll vom 1. Januar 1986 an auf 20 und von 1991 an gar auf 25 Mark (fast das Doppelte)

pro 100 Kubikzentimeter Hubraum erhöht werden.

In diesem Zusammenhang forderte Späth Bonn auf, an der Entscheidung der Bundesregierung unbedingt festzuhalten, von 1986 an die Abgabe bei Autos drastisch herabzusetzen. Mit der Stuttgarter Initiative wolle die Landesregierung, so Späth weiter, sich erneut als „Schrittmacher“ betätigen.

Der Regierungschef erinnerte daran, daß schon heute alle für die USA produzierten deutschen Autos, rund sechs Prozent der gesamten Pkw-Produktion der Bundesrepublik, die erforderlichen strengen amerikanischen Umweltforderungen erfüllen. Er habe festgestellt, so Späth weiter, daß diese Fahrzeuge schon jetzt auch bei uns ohne weiteres auf den Markt zu bringen“ seien.

Mit der Bundesratsinitiative wolle die Landesregierung der Automobilindustrie auch Anreize und Möglichkeiten schaffen, ihre Produktion in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren umzustellen. Die Landesregierung erwartet, daß im ersten Jahr rund 115 000 abgasse Autos, im zweiten gar 460 000 umweltfreundliche Pkw in den Verkehr gebracht werden können.

Vom dritten Jahr an müßten nach den Berechnungen der Landesregierung 2,3 Millionen abgasse Fahrzeuge jährlich hergestellt werden, um innerhalb von zehn Jahren faktisch

alle Autos umweltfreundlich zu gestalten.

Späth erinnerte daran, daß fast die Hälfte - 43 Prozent - aller Stickoxyd-Emissionen von Auto stammen, jährlich würden 1,5 Millionen Tonnen dieses Schadstoffes aus den Auspuffrohren gelassen. Deshalb halte die Landesregierung die Zeit für gekommen, „aus der Phase der Diskussion in die Phase der Einführung“ von abgasfreien Autos mit bleifreiem Benzin zu gehen. Einige Dienstfahrzeuge der Landesregierung seien schon jetzt in der Erprobung, mit bleifreiem Benzin umweltfreundlich zu fahren, wurde weiter betont.

Der Regierungschef appellierte gleichzeitig eindringlich an die Europäische Gemeinschaft, eine „gesamteuropäische Lösung“ für den Betrieb abgasarmer Autos zu finden.

Die Selbstfahrzeuge sollen nach der Vorstellung der baden-württembergischen Landesregierung nicht von der neuen Steuerregelung betroffen werden. Es sei denn, es würden solche Dieselfahrzeuge entwickelt, die ebenfalls die strengen amerikanischen Normen erfüllen: dann allerdings müßten auch sie bis 1988 steuerfrei fahren dürfen.

Späth sieht in der Bundesratsinitiative und dem Stuttgarter Erlass zugunsten der sofortigen Zulassung umweltfreundlicher Autos einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen das Waldsterben und die Luftverschmutzung.

Hochschullehrer appellieren an den Kanzler

AP/dpa, Bonn

Der Präsident des Hochschulverbandes, Professor Hartmut Schiedermaier, hat an die Bundesregierung appelliert, unverzüglich Gesetzesinitiativen zur Änderung des Hochschul-Rahmengesetzes einzuleiten. Schiedermaier bezog sich gestern in Bonn auf die Aussage von Bundeskanzler Kohl, seine Regierung werde den Universitäten zugunsten einer Stärkung ihres wissenschaftlichen Auftrages zur Hilfe kommen. Der Verband, der nach eigenen Angaben mehr als die Hälfte der 22 000 Professoren vertritt, stimmte den Vorschlägen einer Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Hochschul-Rahmengesetzes zu, die in den Bereichen Personalstruktur, Drittmittelförderung, künftige Wahl der Hochschulleitung durch eine absolute Mehrheit der Professoren und Zusammenfassung der ausgeübten Zahl der Fachbereiche in den Fakultäten fordert.

Auf die aktuelle Diskussion eingehend sagte Schiedermaier, sein Verband habe nichts gegen die Errichtung von privaten Hochschulen in der Bundesrepublik. Diese seien prinzipiell zu begrüßen. Schiedermaier gab jedoch zu bedenken, daß eine Universität mittlerer Größe gegenwärtig jährlich rund 350 Millionen Mark benötige. Dabei sei die Erhaltung nicht berücksichtigt. Der Präsident des Hochschulverbandes stellte daher die Frage, ob von privater Seite überhaupt Mittel in der Höhe aufgebracht werden könnten. Zu warnen sei vor einer Entwicklung, durch die privatrechtliche Organisationen geschaffen werden könnten, deren Einrichtungen dann die Zeichnung Hochschule erhalten würden. Eine derartige „Inflation des Hochschulbegriffes“ sei niemandem dienlich, meinte Schiedermaier.

CDU-Programm zur Berufsausbildung

hey, Bonn

Die CDU will den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit verstärken. Gestern berieten Präsidium und Vorstand in der Bonner Parteizentrale über ein entsprechendes Programm, das am 20. Februar vom Bundesauswahlgremium beschlossen werden soll. Neu ist, daß nach den Vorstellungen der CDU-Spitze bei der Berufsausbildung künftig flankierend auch die staatliche Förderung eingesetzt werden soll. Allerdings war man sich einig, daß mit dem dualen System das Problem der Jugendarbeitslosigkeit am besten angegangen werden kann. Schwerpunktmäßig soll mit dem Programm erreicht werden, den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern, indem sie vorher eine Ausbildung erhalten.

„Datenschutz darf nicht nur reagieren“

AP, Wiesbaden

Vor den tiefgreifenden Veränderungen der Informations- und Kommunikationstechnik, die sich mit der Einführung des Bildschirms, der Verbreitung von Heimcomputern und der zunehmenden Verwendung von Karten mit kodierten Lesezonen ergeben, hat der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis gewarnt. Aus diesem Grund kritisierte Simitis den Referentenentwurf zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes.

In seinem gestern vorgelegten Tätigkeitsbericht für 1983 schreibt Simitis: „Datenschutzbestimmungen haben nur dann eine echte Chance, wirksame Vorkehrungen zu treffen, wenn sie nicht späte Reaktion auf längst realisierte Techniken sind, sondern zu den Entstehungsbedingungen dieser Technik gehören.“

Rebmann erhebt Anklage gegen Dutzi

DW, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Rebmann hat vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt gegen die 31 Jahre alte Gisela Dutzi Anklage wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion seit 1980 erhoben. Frau Dutzi soll auch am 15. September 1982 in Bochum an einem bewaffneten Bankraub beteiligt gewesen sein. Ihr wird unter anderem vorgeworfen, im Raum Heidelberg Möglichkeiten für einen Anschlag gegen Einrichtungen der US-Streitkräfte ausgenutzt zu haben.

Carstens besucht Indonesien

dpa/AP, Bonn

Bundespräsident Karl Carstens wird nach Angaben des Bundespräsidialamtes Ende Februar und Anfang März zu Staatsbesuchen nach Indonesien und Thailand reisen. Bundeskanzler Kohl wird Anfang März gemeinsam mit Außenminister Genscher zu einem Arbeitsbesuch in die USA kommen. Die deutschen Politiker werden dabei mit Präsident Reagan, Mitgliedern der US-Regierung und Vertretern des Senats Gespräche führen. Regierungssprecher Boenisch bezeichnete den Besuch als Ausdruck der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Bonn und Washington.

Appell an Gründerländer

CSU: Sie tragen besondere Verantwortung für EG

PETER SCHMALZ, München

Die CSU appelliert an die sechs Gründerländer der Europäischen Gemeinschaft, in gesonderten Verhandlungen den europäischen Grundgedanken auch dann zu sichern, wenn weitere Mitglieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Derartige Gespräche seien notwendig, um die Europazug in Bewegung zu halten, wenn nun weitere Wagen angehängt werden und die Geschwindigkeit sich verringern wird, erklärte der CSU-Spitzenkandidat Fritz Pirkel nach der gestrigen Sitzung des CSU-Landesvorstands in München.

Das Parteigremium billigte den Entwurf eines 20 Punkte umfassenden Grundsatzzusammenfassungen zur Europawahl, das am 11. Februar auf einem „Kleinen Parteitag“ in Augsburg offiziell verabschiedet werden soll. Zu den Kernpunkten zählen Forderungen zu einer europäischen Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang verwies Pirkel auf das besondere Europa-Interesse der CSU, die als erste Partei kurz nach ihrer Gründung „die europäische Dimension“ in ihr Parteiprogramm aufgenommen habe.

Mit 6,5 Millionen Mark will CSU-Generalsekretär Gerold Tandler in die Europawahl einbringen. Investieren wie in die letzte Bundestagswahl, dennoch wird in der bayrischen Regierungspartei eine geringe Wahlbeteiligung befürchtet. Der Wahltermin 17. Juni liegt in Bayern in den zweiwöchigen Pfingstferien. Pirkel: „Un-

sere Hauptaufgabe wird es deshalb sein, den Wähler als eine staatsbürgerliche Verpflichtung herauszustellen.“ Zu diesem Wahltermin muß Strauß auch zwei wichtige Personalentscheidungen fällen: Pirkel wird bayerischer Sozialminister (seit 1980) ausscheiden, als Nachfolgerschritt gilt der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber.

Bis zum Juni muß auch das Generalsekretärsproblem gelöst werden, nachdem Tandler dem CSU-Vorsitzenden eindringlich erklärt hat, er werde dieses Amt längstens bis zur Europawahl kommissarisch ausüben und sich dann wieder uneingeschränkt auf den Vorsitz der Landtagsfraktion konzentrieren. Strauß billigt diese Haltung und meinte gestern, er habe nie daran gedacht, Tandler diese Doppelfunktion auf Dauer zuzumuten, obwohl er ihn für jedes dieser Ämter gleichermaßen qualifiziert habe.

Ob Otto Wiesheu nach seinem Alkoholunfall, bei dem der Fahrer eines anderen Wagens ums Leben kam, wieder in sein Amt zurückkehren kann, will Strauß erst dann entscheiden, wenn die Anklageschrift bekannt und ein Urteilstermin erkennbar ist. In CSU-Kreisen rechnet man aber mit einem Urteil, das eine Rückkehr Wiesheus ausschließt. Über die Nachfolge hat Strauß bereits mit Thomas Goppel gesprochen, dem jüngsten Sohn von Ex-Ministerpräsident Alfons Goppel, eine Entscheidung ist aber auch hier noch nicht gefallen.

Palme redet von „Erfolg“

Auch Arbatow ist mit Ergebnis von Rom zufrieden

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Ein einjähriges Moratorium in der Atomrüstung hat die von dem sowjetischen Ministerpräsidenten Olof Palme geleitete Internationale Kommission für Probleme der Abrüstung und der Sicherheit auf einer Tagung in Rom den beiden Supermächten vorgeschlagen. Auf der gleichzeitig in der italienischen Hauptstadt tagenden Nord-Süd-Kommission, deren Präsident Willy Brandt ist, stieß dieser Appell auf den entschiedenen Widerstand des ehemaligen britischen Premierministers Edward Heath.

Dem Appell an die Supermächte hatten in der Palme-Kommission sowohl der ehemalige amerikanische Chefdelegierte bei den SALT-II-Verhandlungen, Paul Warnke, als auch Andropows Abrüstungsberater Giorgi Arbatow zugestimmt. Er sieht vor, daß die USA und die UdSSR ein Jahr lang keine neuen Atomwaffen mehr installieren. Heath bezeichnete den

Vorschlag als „unannehmbar“. Er laufe darauf hinaus, die bereits installierten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjetunion hinzunehmen und die amerikanische Nachrüstung zu verhindern.

Palme setzte sich über diese Einwände hinweg und bezeichnete die römische Sitzung als Erfolg: „Zum ersten Mal ist in einem internationalen Gremium ein konkreter Vorschlag (in der Euro-Raketenfrage) von beiden Seiten, von der Sowjetunion und von den USA, akzeptiert worden.“ Palmes Kommission wiederholte auch ihren alten Vorschlag zur Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa.

Arbatow, der Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU ist, erklärte sich „sehr befriedigt“ vom Ergebnis der römischen Tagung. Sie habe dazu beigetragen, die öffentliche Meinung zu sensibilisieren.

Kapitalisten in Polen haben Erfolg

500 Betriebe nach westlichem Muster/Warschau sieht Entwicklung mit Freude und Sorge

rt, Warschau

Während die Regierung verzweifelt versucht, die Volksrepublik Polen mit den Mitteln der Planwirtschaft aus der Misere zu führen, werden in rund 500 Unternehmen mit Erfolg die verpönten kapitalistischen Methoden angewendet. Die im ganzen Ostblock einmaligen Betriebe sind fast alle im Besitz polnischstämmiger Amerikaner, Engländer, Franzosen und Australier.

Es gibt seit 1976, als die Regierung das Geld der Auslandspolen ins Land locken wollte. Heute produzieren sie mit durchschnittlich 40 Beschäftigten Waren von überdurchschnittlicher Qualität. Ihr einziges Problem: Nach drei Freijahren schlägt der polnische Fiskus mit einer 85prozentigen Ertragssteuer zu.

Die im amtlichen Jargon so genannten „polnischen Betriebe“ tragen zum Bruttoinlandsprodukt nur 0,5

Prozent bei, aber sie expandieren rasch. Und ihr Erfolg macht den Machtkern zugleich Freude und Sorge. Einerseits wirken sie bei extrem hoher Nachfrage und chronischer Unterversorgung mit ihrem Angebot wie ein Ventil, doch andererseits dürfte es sie - ideologisch gesehen - eigentlich gar nicht geben.

Ihre Preise liegen zwar oft weit über denen der staatlichen Konkurrenz, doch die Kaufkraft der Polen ist so groß, daß die Erzeugnisse reißend abgesetzt finden. Entgegen ersten Befürchtungen der Wirtschaftsfunktionäre sind die Firmeninhaber nicht auf schnelles Geld aus, sie reinvestieren ihre Erträge in Polen und breiten ihren Produktreichtum aus. Sie beschäftigen derzeit 19 600 Menschen, denen sie durchschnittlich 19 000 Zloty (etwa 520 Mark) im Monat zahlen. Nach westlichen Vorstellungen ist das wenig, doch liegen die Durch-

schnittsgehälter in Polen um ein Viertel darunter. Einen Beweis für die Wirtschaftskraft dieser Unternehmen liefert die Produktivitätsstatistik der Handelskammer. Sie zeigt, daß die Beschäftigten der „polnischen Firmen“ dreibis viermal mehr herstellen als ihre Kollegen in den Staatsunternehmen. Ein Spitzenfunktionär der Kammer fragte deshalb unlängst in der Wochenzeitung „Polityka“: „Haben sich die für die Arbeitsorganisation Verantwortlichen in Polen eigentlich schon einmal darum gekümmert, warum ein polnischer Beschäftigter in einer polnischen Firma leistet, was er in anderen Betrieben nicht leistet?“

Partei- und Regierungschef Jaruzelski erklärte zu diesem heißen Thema: „Wir werden ihren Bestand sichern, aber sie sollten eine Enklave ungerechtfertigter Sonderrechte in unserer Wirtschaft bleiben.“

Dürren und ein Krieg belasten Rabats Finanzen

Hintergründe der Unruhen / Auch Paris besorgt

A. GRAF KAGENECK, Paris
In Marokko hat sich die Lage nach den Unruhen der letzten Tage, bei denen es mindestens 150 Tote gab, beruhigt. Die Rede von König Hassan II. hat dazu offensichtlich wesentlich beigetragen. In diplomatischen Kreisen der französischen Hauptstadt sprach man von einem „rhetorischen Meisterwerk“. Hassan sagte drei Dinge: Die Erhöhung der Grundnahrungsmittelpreise wird verschoben, der Prozeß der Demokratisierung wird fortgesetzt, die Unruhen wurden von außen angezettelt.

Die Ähnlichkeit der Vorgänge und ihre unmittelbare zeitliche Aufeinanderfolge in Tunesien (der „Brotkrieg“) und Marokko, den beiden Schlüsselstaaten des Maghreb, haben die französische Regierung überrascht und beunruhigt. Präsident Mitterrand hat dem Vernehmen nach seinen persönlichen Botschafter François de Grossouvre, der schon in Tunesien nach den Ursachen der schweren Dezember-Unruhen (etwa 200 Tote) geforscht hatte, auch nach Marokko in Marsch gesetzt, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Außerdem telefonierte er gestern mit König Hassan, der noch im vorigen Herbst in Paris war und engen Kontakt zum Elysée unterhält. Im Unterschied zur tunesischen Regierung, die keinerlei „Einschüchterung von außen“ erwähnt hatte, hat sich der marokkanische Herrscher nicht gescheut, gleich drei fremde Aufwiegler zu nennen, darunter zu allgemeinem Erstaunen den „Zionismus“, mit dem nur der Staat Israel gemeint sein kann, zu dem Hassan gewöhnlich gute Beziehungen unterhält.

Der Zorn des Königs

Als Grund für den Zorn des Königs wird in Paris die Tatsache genannt, daß der kürzlich unter seiner Ägide in Casablanca veranstaltete islamische Gipfel die Einladung an Ägypten zur Wiederaufnahme in die islamische Konferenz ausgesprochen und sich zu den Thesen des PLO-Chefs Arafat bekannt hatte. Was die Vorwürfe an die iranischen Mullahs und den internationalen Kommunismus angeht, so dürfte Hassan genügend Beweise für die Feindschaft in Händen haben, die diese beiden Seiten seinem Versuch entgegenbringen, einen aufgeklärten theokratischen Staat (Hassan bezeichnet sich als den direkten Nachfahren des Propheten) in der islamischen Welt zu errichten.

Gibt es in Marokko den Humus, in dem von außen hereingetragene revolutionäre Ideen aufgehen können? Auf diese Frage antworten nordafrikanische Diplomaten in Paris mit einem entschiedenen Nein. Das Regime des Königs ist weithin im Lande populär, die Verehrung, die gerade das einfache Volk dem Monarchen entgegenbringt, ist ungeschmälert. Wie in Tunesien oder Algerien brodelte es in der studentischen Jugend, aber es herrscht keine vorrevolutionäre Stimmung in den Fakultäten.

Bismarck zitiert

Marokko sieht sich indessen mit zwei Problemen konfrontiert: Eine außergewöhnliche Trockenheit im letzten Sommer und Herbst hat die Lebensmittelversorgung außerordentlich erschwert und ist mit ein Grund der Preiserhöhungen. Von offiziell 21 Millionen Marokkanern lebt ein Drittel praktisch unter dem Existenzminimum. Die an der Regierung beteiligten Sozialisten errechneten, daß 9,4 Millionen Marokkaner täglich mit ungefähr einer Mark auskommen müssen. 40 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos oder nur gelegentlich beschäftigt.

Das zweite Problem ist der seit Jahren währende Krieg in der West-Sahara. Er findet kein Ende, obwohl Hassan wiederholt seine Bereitschaft erklärt hat, ihn durch eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) beizulegen. Offenbar werden seine Bemühungen von marxistischen Elementen innerhalb der OAU boykottiert. Das Volk aber ist eines aussichtslosen Konflikts müde, der die Söhne von zu Hause fernhält und die Volkswirtschaft jährlich schwerer belastet.

König Hassan hat die Zeichen der Zeit längst verstanden. Alles könne man ändern, außer der Geographie, sagte er, Bismarck zitiierend, am letzten 5. November zu seinen Ministern. Es war der Tag, an dem er zum zweiten Mal seit 1978 eine Übergangsregierung einsetzte, unter deren sechs Parteien auch die „Sozialistische Union der Völkischen Kräfte“ des sozialistischen Anwalts Abderrahman Bouabid, die einzige wirkliche Linkspartei des Landes außer der unbedeutenden kommunistischen „Fortschrittspartei“, vertreten ist. Im Februar sollen Parlamentswahlen die endgültige Zusammensetzung der künftigen Regierung bestimmen.

KP Kroatiens Eigenmächtigkeit vorgeworfen

Kritik des Ex-Innenministers führt zu Parteiausschluß / Wohnungen von zwei unbehaglichen Altkommunisten durchsucht

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Der ehemalige Innenminister der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien, Pavle Gazi, ist aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem eine Kommission seinen „Fall“ untersucht hatte. Gazi trat im vergangenen Herbst angeblich aus Gesundheitsgründen zurück.

Inzwischen wird in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb erklärt, Gazi – der zur Garde der „alten Partisanen“ in der KP gehört – habe sich moralisch und politisch disqualifiziert, weil er „Mißtrauen gegen die KP Kroatiens und gegen deren Führung“ verbreitet habe. Hinter dieser vielsagenden Formulierung verbirgt sich eine schwere Auseinandersetzung des Ex-Innenministers mit dem kommunistischen Parteichef der Republik Kroatien, Josip Vrhovec (der früher Außenminister der jugoslawischen Bundesregierung war).

Gazi soll öffentlich seiner Empörung darüber Luft gemacht haben, daß der Parteichef Kroatiens unter Umgehung des zuständigen Innenministeriums selbständig Polizeiaktionen durchgeführt habe. So wurden die Wohnungen zweier prominenten Altkommunisten – es handelte sich um den Schriftsteller und Tito-Biographen Vladimir Dedijer und um den ehemaligen Werftdirektor Josip

Kopinic – von Geheimagenten durchsucht. Dabei sollen die angeblichen Geheimpolitisten in der Wohnung von Kopinic auf der Suche nach belastendem Material sogar Mauern abgerissen haben.

Dedijer, der durch seine Tätigkeit für das Russell-Tribunal international bekannt wurde, behauptet, es seien ihm bei mysteriösen Einbrüchen in seinem Haus Dokumente und Materialien für die Tito-Biographie abhandelt worden. Dedijer ist inzwischen mit seiner Familie nach Florenz geflüchtet und erklärt dort öffentlich, er habe aus Jugoslawien verschwinden müssen, weil sein Leben dort bedroht gewesen sei.

Sowohl Dedijer wie Kopinic – letzterer betrieb im Kriege eine geheime Funkstation für die Sowjets im von den Deutschen besetzten Zagreb – sind der kroatischen KP-Führung sehr unbehaglich, weil sie gewisse Vorfälle aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wieder an die Öffentlichkeit gebracht haben – Vorfälle, die mit der damaligen Haltung der illegalen KP Kroatiens im Zusammenhang stehen.

In einer von ihm autorisierten Autobiographie behauptet der Ex-Sowjetagent Kopinic, die kroatische KP sei nicht besonders erpicht gewesen, nach dem Angriff Hitlers auf die UdSSR mit dem sowohl von Moskau wie von Tito geforderten bewaffneten

Aufstand gegen die Deutschen zu beginnen. Sowohl Dedijer wie Kopinic behaupten in ihren bisher erschienenen Büchern, die kroatische Partei sei eher nationalistisch als kommunistisch gewesen. Beide haben auch den „Fall Hebrang“ wieder ausgegraben: Das Schicksal jenes prominenten kroatischen KP-Funktionärs und Politbüromitglieds, der sich als nationalbewußter Kroat lieber den Sowjets als Tito und der Belgrader Führung unterordnen wollte, dann verhaftet wurde und in einem jugoslawischen Gefängnis angeblich Selbstmord begangen haben soll. Zumindest von Kopinic ist bekannt, daß er mehrfach erklärte, er habe noch mehr belastendes Material gegen die einstige kroatische Parteiführung in seinen Archiven.

Offenbar ging es Vrhovec darum, zu verhindern, daß durch Dedijer und Kopinic „schlafende Hunde geweckt werden“ – das heißt: daß das gesamte „kroatische Problem“ wieder auf die Tagesordnung kommt. Denn mehr oder weniger deutlich ging aus den Publikationen sowohl Dedijers wie Kopinic hervor, daß die Kroaten – und zwar bis tief in die Reihen der kommunistischen Partei – 1941 keine Neigung zeigten, Jugoslawien gegen Hitler zu verteidigen und daß sie lange Zeit auch Titos jugoslawischer Staatskonzeption

skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß es erst vor wenigen Monaten zu einer Kontroverse zwischen dem kroatischen Parteichef Vrhovec und Belgrader serbischen Zeitungen gekommen ist, weil dieser erklärt hatte, es sei nicht schade, daß das alte, königliche Jugoslawien 1941 untergegangen sei. Es habe ohnedies die nichtserbischen Völker unterdrückt. Vrhovec wurde daraufhin von den Medien mit der Bemerkung zurechtgewiesen, ein solcher Standpunkt widerspreche der damaligen und der heutigen Parteilinie.

Als Dedijer und Kopinic sich bei Gazi über die Hausdurchsuchungen beschwerten, soll dieser aus allen Wolken gefallen sein. Er und seine Untergebenen hatten keine Ahnung, Kopinic hatte inzwischen erklärt, weder die Sicherheitsorgane Kroatiens, noch jene der Belgrader Bundesregierung hätten ihm sagen können, wer diese Durchsuchung angeordnet und durchgeführt habe. Es heißt nun, Vrhovec habe sozusagen auf eigene Faust seine Aktion gestartet. Innenminister Gazi aber habe scharf gegen den Eingriff des kroatischen Parteichefs in Kompetenzen des Innenministeriums und der Polizei protestiert.

Mordkomplott gegen Dschumblatt?

DW, Beirut

Der Chef der schiitischen Amal-Miliz in Libanon, Hussein Mussawi, ist nach Informationen aus Beirut vom syrischen Geheimdienst aufgefordert worden, den Führer der libanesischen Drusen, Walid Dschumblatt, zu beseitigen. Mussawi war diesen Quellen zufolge am 5. Januar mit dem Chef des syrischen Armee-Geheimdienstes in Libanon, Oberst Ghazi Kan'an, in Baalbek zusammengetroffen. Dabei sei der Attentatsplan abgestimmt worden. Der Anschlag soll durch die Selbstmordaktion eines iranischen Freiwilligen durchgeführt werden, der Ende Dezember vergangenen Jahres via Rom in Libanon eintraf. Es handelt sich dabei um einen 23jährigen Mann, der vom iranischen Botschafter beim Vatikan, Hadi Khosrou Shahi, ausgesucht wurde.

Dschumblatt ist für Syrien trotz seiner wiederholten demonstrativen Anlehnung an Damaskus zu einem Sicherheitsrisiko geworden, seit er durch geheime Kontakte mit Präsident Gemayel versucht, eigenständig einen innerlibanesischen Ausgleich herbeizuführen.

Grass sieht deutsche Souveränität verletzt

AP, Berlin

Der Schriftsteller Günter Grass hat die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden als „ungeheuren Eingriff in die Souveränität der Bundesrepublik“ bezeichnet. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP sagte Grass, er habe mit der Unterschrift unter die Heilbronner Erklärung, in der alle Wehrpflichtigen zur Wehrdienstverweigerung aufgefordert werden, nur verdeutlichen wollen, daß die Bundeswehr ihren verfassungsmäßigen reinen Verteidigungscharakter verloren habe.

Seiner Meinung nach müsse man in der NATO von einer veränderten Situation ausgehen, weil die amerikanische Regierung seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan von einem gewinnbaren Atomkrieg spreche. So werde die Atomwaffe nicht mehr als „politische Waffe“ angesehen.

Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sagte der Schriftsteller, dies sei nicht der Weisheit letzter Schluß. Er sprach sich statt dessen für eine kulturelle Einheit aus, unter Beibehaltung der beiden gesellschaftlichen Systeme.

In Uganda gehören Chaos und Mord zum Alltag

Wer hat die vier Entwicklungshelfer getötet? / Verwirrende Sicherheitslage / Obotes Hilflosigkeit

M. GERMANI, Johannesburg

Der trügerische Frieden, der in den letzten Monaten über der ugandischen Hauptstadt Kampala lag, ist am Wochenende durch den brutalen Mord an vier europäischen Entwicklungshelfern jäh zerrissen worden. Damit haben sich auch die Hoffnungen, Präsident Milton Obote könnte endlich den inneren Frieden im Land herstellen, wohl endgültig zerschlagen.

Bisher ist weder in Kampala noch in Nairobi bekannt, wer für die vier Mordopfer verantwortlich zu machen ist. Die Sicherheitslage Ugandas ist verworren. Nur selten wagt der Einwohner des Landes, ob ihnen Soldaten der Armee oder Anhänger der nationalen Widerstandsbewegung (NRM) gegenüberstehen. Nicht einmal die Regierung kennt die genaue Anzahl ihrer Soldaten. Sie wird auf

25 000 bis 40 000 Mann geschätzt. Die Offiziere kommen hauptsächlich aus dem Langi-Stamm, die unteren Ränge sind überwiegend Acholis. Beide Stämme unterstützen Präsident Obote und gehören dem Minderheitsvolk der Niloten an.

Demgegenüber rekrutieren sich die Guerrillas der Widerstandsbewegung aus dem Volk der Baganda, dem jahrhundertalten halbautonomen Bantu-Königreich, das seine Unabhängigkeit 1967 aufgegeben hatte. Gerade unter der Bevölkerung der Baganda haben die Rebellen ihre größte Anhängerschaft. Vor einem Jahr begann Obotes Armee eine Großoffensive gegen die NRM, doch einen endgültigen Erfolg konnte er bisher nicht verzeichnen. Die Zivilbevölkerung hat, wie immer in diesen Fällen, die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sowohl Armee als auch Rebellen beschuldigen die Gegenseite, für Morde

und Grausamkeiten verantwortlich zu sein.

Amnesty International kritisierte 1982 die brutalen Übergriffe beider Seiten, als berichtete unter anderem von den Foltermethoden der Regierungssoldaten. Diese würden ihre Gegner und mutmaßlichen Feinde mit Macheten zerschneiden und mit Stachelndraht geißeln. Nicht wenige enthauppte Leichen wurden bereits an die Ufer des Victoria-Sees angespült. Überreste von unzähligen Opfern fand man in den Wäldern bei Kampala. Selbst kritische diplomatische Beobachter halten die Beschuldigungen der Menschenrechtsorganisation für erwiesen.

Tausende von Bauern hatten in den Lagern der Armee Schutz vor den Guerrillas gesucht. Denn, so berichteten westliche Diplomaten, die Soldaten sehen jeden Zivilisten, der sich außerhalb der Lager bewegt, als Re-

bellen an und schießen sofort. Andererseits beschuldigt die Regierung in Kampala die Rebellen, wahllos Ärzte, Politiker, Priester und Anwälte in der Hauptstadt zu ermorden.

Im September vergangenen Jahres sah sich Präsident Obote genötigt, den Westen um Hilfe für mindestens 150 000 Menschen zu bitten, die in die Lager der Armee gestürzt waren. Fast zur gleichen Zeit aber wurden die Helfer des Roten Kreuzes bei der Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten überfallen und drangsaliert. Jedoch war es in den meisten Fällen unmöglich festzustellen, wer die Banditen waren. Obotes Regierung sieht sich nicht imstande, die Hilfsgüter an die Bevölkerung weiterzuleiten. Westliche Beobachter halten es für wahrscheinlich, daß dieser Mangel mit etwas mehr gutem Willen der Behörden, sprich weniger Korruption, leicht zu beheben wäre.

In zwölf Tagen verdienen unsere Sparer

so viel, wie die Deutschen letztes Jahr für Taschenbücher Ausgaben.

Das kleinste Buch der Welt enthält das Vaterunser in sieben Sprachen. Seine bedruckte Seitenfläche beträgt 3,5 x 3,5 mm. Der Technik des Buchdrucks sind heute fast keine Grenzen gesetzt. Sie hat unsere Welt verändert und immer mehr Wissen immer mehr Menschen zugänglich gemacht. Allein für Taschenbücher gaben die Deutschen im letzten Jahr 870 Millionen Mark aus.

So viel verdienen unsere Kunden in 12 Tagen. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zinserträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich. Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal.

Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen.

Sie können die für Sie passende Laufzeit aussuchen. Und Ihre Papiere von heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beleihen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

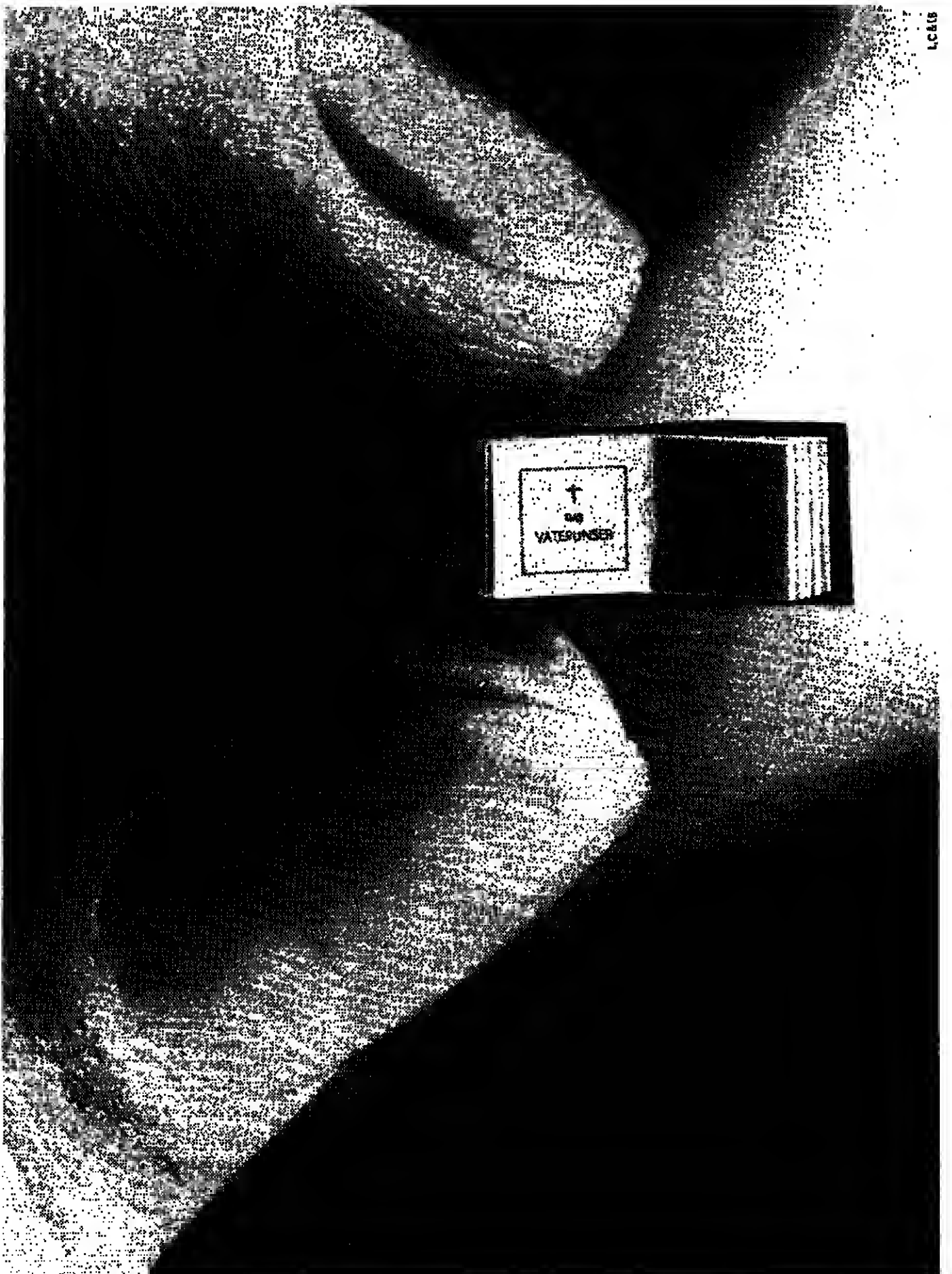
Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kauften im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefen an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.

Verbriefte Sicherheit. Pfandbriefe und Kommunalobligationen



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Gadesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unverzichtbare Einheit

„Ein Pfad und drei Holzwege“: GEISTIGE WELT vom 7. Januar

Hillgruber will mit seinen Vorhaltungen die USA wohl aus ihrer deutschlandpolitischen „Defensiv-Position“ herauslocken. Jedoch verlangt er nicht vom „geläuterten national-liberalen Deutschland-Konzept“ hierzulande, daß es selber die Deutschland betreffenden westlichen und US-Rechtsverpflichtungen im In- und Ausland ständig verbreitet, vor allem aber entschieden deren Einhaltung und Renaissance in der aktuellen Politik einfordert.

Die „Holzwege“ der amerikanischen Deutschlandpolitik im „Wiedervereinigungseingangsraum“ waren besonders ausgeprägt in der Kennedy-Ära, doch sind es insbesondere auch „Holzwege“ unserer deutschen Diplomatie seit den 60er Jahren. Adenauer versuchte noch die Fragen der europäischen Sicherheit und der europäischen und deutschen Teilung stets verknüpft miteinander zu behandeln!

Hillgrubers Zielvorgaben raten, Teile deutscher Rechtspositionen ersatzlos preiszugeben. Er beruft sich auf Äußerungen von Politikern und Diplomaten. Dies aber geht über die eindeutigen Verpflichtungen der Ostverträge hinaus; auch die Siegermächte haben sich zu Deutschland für die Zukunft alles offengehalten und die Westmächte auch die volle Fortgeltung des Londoner Abkommens, das im Art. 1 von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgeht.

Leider nehmen zünftige Historiker und auch manche Politiker und Diplomaten nur wenig Rücksicht auf vorhandenes Staats-, Völker- und Völkerrechtsrecht. Wer Urteile in der politischen Geschichte fällt und nicht nur hingeworfene „prophetische Zielvorgaben“ für die Zukunft machen will, muß die Rechtslage berücksichtigen. Sonst gerät er auf den Irrweg des Unrechts.

Der Ostblock hat die Unberührtheit des Deutschlandvertrags in allen Ostverträgen ausdrücklich hingenommen, die westlichen Partner ihn feierlich bekräftigt. Hillgruber zitiert den Art. 7 des Deutschlandvertrags nur halb, also falsch. Abs. 1 von Art. 7, den verbindlichen Aufschub von Grenzfestlegungen in Deutschland bis zu frei vereinbarten Friedensvertraglichen Regelungen, übergeht er völlig. Unberührte Verträge können auch Historiker nicht einfach „auflösen“.

Er verweist auch auf die Verpflichtung des Grundgesetzes zur Wahrung der staatlichen Einheit, aber rät im Widerspruch dazu und zum Deutschlandvertrag Teile Deutschlands an einem einfachen politischen Tausch-

konzept abzuschreiben. Dies hielten 1950 amerikanische Professoren und Diplomaten für möglich, Adenauer hat sich dem aber immer entzogen. Wir schreiben nicht 1951 oder 1961, sondern 1983.

Das Schreiben Adenauers an Bulganin beim ersten Moskauer Besuch und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 13. 9. 1955 übergeht Hillgruber, ebenso zahlreiche westliche und deutsche Erklärungen zur vollen Fortgeltung des Deutschlandvertrages. Die Erklärung des Bonner NATO-Gipfels vom 10. 6. 1982 in Deutschlandfragen ist davon beeinflusst, ebenso das Kommuniqué Reagan - Kohl im November 1982. Kissinger rief eben erst den Deutschen zu mehr Selbstbewußtsein in der deutschen Frage, er und Burns sagten, die Wiedervereinigung kommt bestimmt; ebenso Mitterrand, Chirac, Gaston Deferre, Jacques Delors.

Das Tauschgeschäft Ostprovinzen gegen Wiedervereinigung des Restes ist sicherlich auch aus der Sicht Moskaus auf die deutsch-polnischen Probleme viel zu vereinfachend. Hillgrubers Versuch, dem nationalen Überhang des „realen Sozialismus“ und dem diffusen nationalen Neutralismus von links und rechts bei uns (auch einzelner Historiker) rechtzeitig entgegenzuwirken, verdient Anerkennung und Unterstützung.

Es kann nicht alles so kommen, wie es war. Es kann aber auch nicht so bleiben, wie es ist. Auf weite Sicht wäre wohl zu versuchen, so viel als möglich von Deutschland zu retten und dieses sowie Umstrittenes in eine freiheitliche und föderale gesamt-europäische Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen einzubringen.

Dr. Herbert Czaja, MdB, CDU

Post-Realität

„E+1 soll die Formel der Post bleiben“: WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, Entweder schreiben Postverantwortliche und -angestellte keine Briefe, oder aber ihnen wird eine Luxus-zustellung ihrer Post zuteil.

Meine Erfahrungen mit der Postbeförderung sehen leider erheblich anders aus: So benötigt ein einfacher Brief für die Strecke München-Leipzig (oder umgekehrt) - bei schlechtester Bahnverbindung ein Weg von ca. 6 Stunden - in bestimmt 50 Prozent der Fälle zwei, häufig sogar ganze drei Tage!

Es erscheint mir daher löblich, daß die Post „an ihrer Formel E+1 festhält“ - nur mit der Realität hat das nicht viel zu tun!

T. Müller, München 20

Der anscheinend auf Veranlassung des zur Unterdrückung jeglichen Briefverkehrs entschlossenen Bundespostministeriums abgedruckte Beitrag vermag dem Zwangskunden der Deutschen Bundespost allenfalls ein gequältes Lächeln abzunöten. Man könnte es noch dem vorweihnachtlichen Postverkehr zuschreiben, wenn eine wegen des Sonntagvormittags 11.30 Uhr vorsorglich eingehändig zur Freiburger Hauptpost gebrachte Sendung von einigen Druckkorrekturen die zuständige Druckerei in Sigmaringen (Entfernung 148 km, viermal täglich durchgehende Eilzüge Freiburg-Sigmaringen-Ulm) bereits am Mittwoch, dem 7. Dezember, gegen 9.00 Uhr erreichte.

Wie zur Illustration des Artikels kam am Montag, dem 16. Januar 1984, gegen 9.30 Uhr ein anderer Brief aus Sigmaringen in Freiburg an, der am 11. Januar laut Poststempel in Sigmaringen abgeschickt worden war. Ich kann Ihnen daher nur empfehlen, die Überschrift des Beitrages von G. Reiners zu ändern in: E+5 soll nicht die Formel der Post bleiben.

Prof. Dr. B. Schweikötter, Freiburg/Breisgau

Klassen-Kollektiv

„Pflüchtete Keilheute“: WELT vom 6. Januar

Sehr geehrter Herr Phillips, wenn bereits 114 000 Lehrer des Lehrverbands über ihren Präsidenten Christians der Verbreitung des Pessimismus an den Schulen eine Absage erteilen, dann werden die

Schüler bald wieder fröhlicher lernen und sie grübeln nicht mehr über gesuchte und mit den angebotenen unzulänglichen Mitteln sowieso nicht bewältigbare Probleme nach.

Es wäre nun an der Zeit, die Lehrer der Lehrer aufzuspielen, die die Schule des Negierens so früh und erfolgreich betrieben haben. Von Veränderungen und deren unbedingter Notwendigkeit wurde gesprochen. Mit diffusen Ziel. Die Eltern hatten früh kapituliert. Sie wagten sich oft aus Angst vor schlechter Beurteilung ihrer Kinder sowieso nicht, uneingeschränkt zu „artikulieren“.

Das übrige tat das jeansblaue Klassen-Kollektiv. Mit anonymisierten Jahrgangsstufen hat man darüber hinaus die aus früheren Klassenverbänden bekannten Lebensfreundschaften beseitigt und zu Arroganz führende „Leistungskurstreffen“ hinterlassen. Eine Fehlleistung in erklärt nichtleistungsbezogener Umgebung. Hoffentlich läuft nun die Schule den linken Drahtziehern richtig aus dem Ruder.

K. Menschel, Plettenberg

Machterhaltung

„Götter“ und „Unternehmer“ stehen auf dem neuen Schachfeld“: WELT vom 8. Januar

Verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Herr Steinkühler hat die Ziele der Gewerkschaften klar und unmissverständlich genannt: Es geht um den Bestand der Gewerkschaften, nicht um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es geht um die Erhaltung der Macht der Gewerkschaftsbosse, nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze.

Wenn diese Herren der festen Überzeugung sind, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Überwindung der Arbeitslosigkeit und mehr Arbeitsplätze in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland garantiert, dann ist zu fragen, weshalb diese Lösung der anstehenden Probleme nicht schon lange in den von den Gewerkschaften betriebenen Einrichtungen praktiziert wird. Die Unternehmensgruppe „Neue Heimat“ schreit doch förmlich nach solchen Maßnahmen. Auch bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main, der Alten Volksfürsorge-Lebensversicherungs AG, Hamburg, Deutsche Sachversicherung Eigenhilfe AG, Großbankaufge-sellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, Deutsche Bauhütten GmbH, Gemeinnützige bzw. wirtschaftliche Hochseefischereigesellschaft mbH, Bremerhaven, an denen der DGB und die Einzelgewerkschaften unmittelbar beteiligt sind, wären die Mitarbeiter sicher erleichtert, wenn ihr Arbeitsplatz dadurch gesichert wäre. Warum verwirklichen diese Herren ihre grandiosen Ideen nicht erst einmal in ihren Betrieben? Wo der Erfolg doch so sicher ist!

Hochachtungsvoll
A. Ascheberg,
Hamburg 73

Personalien

KREBSHILFE

Dr. Mildred Scheel, Gründerin und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, erhält sich in einem Sanatorium am Tegernsee von einer Virusgrippe. Zur Zeit bereitet die Ärztin dort auch den Jahresbericht zum zehnjährigen Bestehen der Krebshilfe vor, die insgesamt für ihre zahlreichen Projekte mehr als 200 Millionen DM sammeln konnte. Mitte Februar will Mildred Scheel, Mitte Februar will Mildred Scheel,

Frau des früheren Bundespräsidenten Walter Scheel, wieder in ihrem Büro in Köln sein.

GESTORBEN

Der frühere Landgerichtspräsident Dr. Karl Wurm, Mitbegründer des Familienbundes der deutschen Katholiken, starb im Alter von 69 Jahren in Arnberg. 1984 hatte ihn der damalige Papst Paul VI. zum Komtur des Silvesterordens ernannt.

VERANSTALTUNGEN



Expressive: Von links die Bonner Gutstüber Hans Schlotter und Irene Diederichs und der junge Künstler Werner Stürzburg.

Junge deutsche Kunst bereichert seit Sonntag ein altes Haus. Im historischen Kelterhaus in Bad Godesberg, in dessen altfränkischem Ortsteil Muffendorf, präsentiert Werner Stürzburg seine Bilder, die zum Teil monumentalen Charakter besitzen. Stürzburg wurde bereits erfolgreich in einer großen Ausstellung im Leopold-Hoesch-Museum Düren der Öffentlichkeit vorgestellt. Der junge Maler, Jahrgang 1948, der in Berlin und New Orleans Mathematik und Kunst studierte und in Mathematik promovierte, ging zunächst einen anderen Weg. Er wurde Studienrat. Seit 1982 lebt er als freischaffender Künstler in Löhne bei Bielefeld und versichert jetzt, daß sein neuer Berufsweg große Chancen eröffne, er optimistisch die Zukunft sehe. Der „Aussteiger“ Werner Stürzburg will sich nicht unbedingt zu den „Neuen Wilden“ zurechnen lassen, auch wenn er jetzt schon als ein Maler neuer Expressivität gefeiert wird. Stürzburgs Bilder werden bis zum 22. Februar im Kelterhaus gezeigt. Ostern wird er mit seinen Werken auch beim Dortmunder Kunstmarkt präsent sein.



„Höhen-Rausch“ in Bonn. Von links Minister Peter Schmidt, Richard Gebhardt und Alpenvereinsvorsitzender Fritz März. FOTOS: KBT

„Höhen-Rausch“ heißt ein Karikaturenband, der in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn präsentiert wurde. Fast unpolitisch gab man sich, denn hier geht es vor allem um den „Alpinismus in der Karikatur“. Gastgeber Staatsminister Peter Schmidt, der dennoch manch Gemeinsames zwischen Bergsteigern und Politikern, „Alpinisten und Politikern“ ist ein Zug zu Höherem eigen. Auf dem Weg nach oben bilden sich manchmal Seilschaften, die das Vorwärtsschreiten erleichtern. Allerdings schließen sie Abstruz oder Sturz nicht aus“, meinte er. Die Karikaturen aus dem Rosenheimer Verlag Alfred Förg sind natürlich nicht an Bayerns Landesvater Franz Josef Strauß vorbeigegangen, der in einer Zeichnung von Josef Blumelner von allen bedeutenden bayerischen Alpengipfeln her lacht. Die Buchvorstellung brachte auch den Ersten Vorsitzenden des Deutschen Alpenvereins, Dr. Fritz März, und dessen Hauptgeschäftsführer Dr. Richard Gebhardt nach Bonn.

ERNENNUNG

Professor Ernst Hinrichs wurde neuer Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung. Hinrichs lehrte bisher an der Universität Oldenburg Geschichte der frühen Neuzeit. Er wird in seinem neuen Amt Nachfolger von Professor Dr. Karl-Ernst Jelsmann. Die Direktoren werden für jeweils fünf Jahre gewählt.

Weitere Themen in der aktuellen Ausgabe

Exporte.

Wie Mittelständler mit der Dritten Welt ins Geschäft kommen.

Computer-Leasing.

Fliegt der Schweden-Trick auf?

Roboter-Hersteller.

Alle Kooperationen auf einen Blick.

Industriemagazin

Jetzt trimmt ein Profi den Schuh-Riesen
Was Bonn und Brüssel vorhaben
Exporte in die Dritte Welt

Coupon

Bitte anfordern an „Industriemagazin“, Postfach 15 10 08, 8000 München 15

☐ Probe-Abonnement: Bitte liefern Sie mir die Januar- und Februar-Ausgabe des „Industriemagazin“ zum Kennenlernen kostenlos. Die Beilegerung wird danach zum Jahresbezugspreis in Höhe von DM 57,- (Korrespondenz) wenn ich nicht bis spätestens 14 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes abbestelle.

Anschrift für Belieferung und Berechnung:

Name

Straße

Ort

Ich habe das Recht, die Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich zu widerrufen.

Datum Unterschrift

Horst Dassler tritt bei adidas an

Die Konkurrenz wird versohlt

Seit Jahren beherrscht der zuletzt von einem Damen-Quintett regierte fränkische Schuh- und Sportartikelhersteller adidas den Weltmarkt - trotz überraschend vieler Schwachstellen in der Führungsorganisation, in Entwicklung, Produktion und Marketing. Zum Chef gekürt, will nun Gründersohn Horst Dassler andere Seiten aufziehen und den Wettbewerb endgültig abhängen.



Horst Dassler im Industrie-Magazin-Gespräch

»Wir werden unsere Zulieferer und Lizenznehmer stärker an die Kandare nehmen«



Horst Dassler (47), ein robuster Macher, muß sich in vielen Disziplinen bewähren. Zu Hause in Herzogenaurach rollt er die Organisation von adidas auf. In Los Angeles mischt er bei den Olympia-Vorbereitungen mit. In Tokio kummiert er sich persönlich um den Vertrieb. Oft muß sich der polyglotte Unternehmer mit vier Stunden Schlaf begnügen.

Industriemagazin

Die handfeste Alternative

SPORT-NACHRICHTEN

Van der Duim Europameister

Larvik (sid) - Der Holländer Hilbert van der Duim verteidigte bei den Europameisterschaften der Eisschnellläufer seinen Titel im Großen Vierkampf. In Larvik (Norwegen) gewann er mit 168,142 Punkten vor Weltmeister Rolf Falk-Larsen (Norwegen) und seinem Landsmann Frits Schat. Die Sprinter-Vierkämpfe in Davos gewannen Gaetan Boucher (Kanada) und Karin Enke („DDR“).

Rumänien Zweiter

Quito (sid) - Rumäniens Fußball-Nationalmannschaft, bei der Endrunde der Europameisterschaft mit dem deutschen Team in einer Gruppe, belegte bei einem Turnier in Ecuador den zweiten Platz. Die Rumänen besiegten Polens Olympia-Team (2:0) und Ecuador (3:1), verloren aber gegen Chile (1:2).

Platini vor Gericht

Lyon (sid) - Michel Platini, Europas Fußballer des Jahres 1983, muß morgen in St. Etienne vor dem Untersuchungsrichter erscheinen. Er wird zur Schwarzgeld-Affäre beim ehemaligen französischen Meister AS St. Etienne verurteilt, wegen der Klub-Präsident Roger Rocher seit dem 18. Dezember in Untersuchungshaft sitzt.

Kritik von Niki Lauda

Düsseldorf (sid) - Niki Lauda, Sprecher der Formel-1-Fahrer, hat den Termin des Großen Preises von Europa auf dem neuen Nürburgring kritisiert. Das Rennen ist für den 7. Oktober geplant. Lauda: „Das ist ein Witz, dieser Termin ist für die Eifel viel zu spät. Da kann schon Schnee geben.“

Doch sechs Biathleten?

München (sid) - Der Deutsche Ski-Verband hat dem Nationalen Olympischen Komitee jetzt doch sechs Biathleten für die Teilnahme an den Winterspielen in Sarajevo vorgeschlagen. Bei der Nominierung des Olympia-Teams waren Angerer, Fischer und Pichler fest benannt worden, für zwei weitere Plätze haben sich nach internen Ausschreibungen Reiter und Sutter qualifiziert. Der Ski-Verband will aber noch Stefan Höck mitnehmen, der als Startläufer der Staffeln vorgesehen ist.

Vier Crews zur WM

Hamburg (sid) - Nur vier Mannschaften des Deutschen Segler-Verbandes werden an den Weltmeisterschaften der olympischen 470er-Klasse (23. Januar bis 4. Februar) vor Auckland/Neuseeland teilnehmen: Wolfgang und Joachim Hunger (Berlin), Gerhard und Bernd Wintermantel (Waldkirch), Joachim und Stefan Oetken (Frankfurt) und Andreas Bock/Catrin Ochsen (Hamburg).

Football-Finale in USA

Los Angeles (sid) - Über 100 Millionen Amerikaner sahen die Originalübertragung des Finales um die Fußball-Super Bowl im Fernsehen. Eine Werbeminute während der Sendung kostete umgerechnet 1,3 Millionen Mark. Die Los Angeles Raiders besiegten Titelverteidiger Washington Redskins 38:9. Bester Spieler von Los Angeles war Marcus Allen.

Iran nicht dabei

Teheran (dpa) - Iran wird nicht an den Olympischen Sommerspielen teilnehmen. In der Begründung für diesen Entschluß heißt es, olympische Spiele seien nur „Maske und Fassade“, die „von den hochmütigen Weltmächten“ geschaffen werden, um ihre eigenen gräßlichen Gesichter zu verstecken. Iran hatte 1980 auch die Spiele von Moskau boykottiert.

ZAHLEN

BOB
Europameisterschaft, Zweier, in Innsbruck: 1. Kiprus/Schnepets („DDR“) 3:38,49, 2. Richter/Jerke („DDR“) 3:39,71, 3. Ekmanis/Alexandrow („DDR“) 3:40,18, 4. Pulkans/Bersups („DDR“) 3:41,28, 5. Schönau/Legler („DDR“) 3:41,28, 6. Cibulskis/Freimuth (Schweiz) 3:42,44, 7. Fischer/Metzler (Bundesrepublik Deutschland) 3:42,69.

TENNIS
Kingscup in Basel, Finales: C SSR - Schweden 2:1 (Pinek - Nyström 3:6, 5:7, Meier - Gunnarsson 7:5, 6:4, Pinek/Navratil - Nyström/Gunnarsson 6:3, 3:6, 6:2).

GEWINNZAHLEN
Toto, 9 aus 38: 6, 15, 31, 38, 41, 42, Zusatzzahl: 12. - Kennziffer: 2. - Rennen A: 3, 13, 10. - Rennen B: 23, 35, 30. (Ohne Gewähr)

BOB / Überlegenes Material aus der UdSSR

Deutscher Schlitten nur von Klebeband zusammengehalten

dpa, Jgls - Toni Fischer, der beste Zweierbobpilot aus der Bundesrepublik, war sauer. Bei der ersten international bedeutenden Materialschlacht des Olympia-Winters, bei der Europameisterschaft auf der Olympiabahn von Innsbruck-Jgls, war er Siebter geworden. Fischer schimpfte über seinen Schlitten: „Mit dieser Kiste kannst du nichts gewinnen.“ Die großen Gewinner waren die Sowjetrussen, die durch Kiprus/Schnepets erstmals in der Geschichte dieses Sports einen internationalen Titel gewannen.

Drei Jahre nach ihrem Einstieg haben die Sowjets die Bobszene umgekrempelt. Als sie erstmals mit ihren neuen, extrem schmalen Schlitten (Russen-Zigaretten) in Winterberg auftauchten, begann bei den etablierten Fahrern die Hektik. Sie erreichte jetzt ihren Höhepunkt, als in Jgls ein feinstes, nicht identifizierbares Gestalt aus sowjetischen Bob stehlen wollten (WELT berichtete). Österreicher, Italiener, Schweizer und auch der Verband der Bundesrepublik ließen die „Zigarette“ kopieren - hinter das Geheimnis sind sie aber offensichtlich nicht gekommen.

Und so erlebten die Schweizer jetzt ein Debakel - sie waren in der letzten Saison noch führende Nation - führen Italiener und Österreicher hinterher. Und Toni Fischer auch. Mit seinen überarbeiteten herkömmlichen Schlitten lag er über vier Sekunden zurück. Vor einem Jahr hatte Fischer seinen Bob bekommen, heute hält ihn nur noch Tesaflum zusammen. Fischer: „Die Firma könnte uns bald sponsern, soviel verbrauchen wir von den Klebestreifen.“

Klaus Müller, Abteilungsleiter des Fischer-Klubs SV Ohlstadt, kritisiert heftig: „Da werden 150.000 Mark in eine Neuentwicklung gesteckt, doch 3000 Mark für den Fischer-Schlitten gibt es nicht. Der ist doch nur zusammengeschustert worden. Da gibt es keine Originalschrauben und -nieten mehr. Und der Boden war auch schon ausgereissen.“ In die Russen-imitation will Fischer nicht so gern steigen. Bei einer Testfahrt stürzte er. Fischer: „Der Bob ist zu spät erschienen, es gibt zu wenig Tests.“

In Sarajevo, so scheint es, gibt es im Zweierbob von den Russen Zigaretten. Und zwar in großer Zahl.

SKI ALPIN / Marc Girardelli - Ein Österreicher siegt für Luxemburg

Mit olympischer Ehre klappt es nicht, Hofrat will nicht auf Knien rutschen

KLAUS BLUME, Bonn

Nur 559 Meter hoch ist der „Buurgplatz“, höher hinaus geht es in Luxemburg nicht. Im alpinen Rennsport, genauer: im Herren-Slalom, gibt der luxemburgische Ski-Verband dennoch den Ton an, vertreten durch den in Lustenau (Vorarlberg) lebenden österreichischen Slalom-Spezialisten Marc Girardelli (20). Der junge Mann, der seit drei Jahren im November stets mit dem Schweden Ingemar Stenmark im Schnalstal trainiert, gewann am Sonntag in Kitzbühel den Weltcup-Slalom.

Es war der dritte Sieg des luxemburgischen Vorarlbergers in diesem Winter, und somit ist Girardelli eigentlich einer der großen Olympiasporthelden für Sarajevo. Doch der zur Zeit beste luxemburgische und auch österreichische Slalomfahrer wird bei den Olympischen Winterspielen nicht dabei sein, denn schließlich ist nicht anzunehmen, daß Herr Bundesrat Heller noch eine Kehrtwendung vornehmen wird, sagt Österreichs NOK-Generalsekretär Jungwirth. Bundesrat Kurt Heller ist Präsident des österreichischen Nationalen Olympischen Komitees, und ausgerechnet ihm hatte Girardelli im letzten Herbst mitteilen lassen, „jetzt muß er auf Knien zu mir kommen“.

Die Angelegenheit Girardelli - in der Ski-Nation Österreich derzeit Dreh- und Angelpunkt aller Kaffeepausen - hat folgende Vorgeschichte: Vor sechs Jahren zweifelte der Stickerfabrikant Helmut Girardelli (acht Angestellte) die Fähigkeiten der Funktionäre und Trainer des Vorarlberger Ski-Verbandes an. Deshalb beschloß er, seinen Sohn selbst zu trainieren und ihn beim luxemburgischen Verband anzumelden. Weil Marc Girardelli damals aber noch kein Leistungskader angehört, erlaubte ihm der Internationale Ski-Verband (FIS) lediglich, als Vorfahrer, der nicht am offiziellen Wettbewerb teilnimmt, bei großen Rennen zu starten.



Ein Österreicher jubelt nach seinem Sieg für Luxemburg: Marc Girardelli. FOTO: AP

kampf teilnimmt, bei großen Rennen zu starten.

Dieses Entgegenkommen der FIS-Funktionäre brachte den Stein ins Rollen, und heute gibt es kaum ein Weltcup-Rennen, bei dem Vater Girardelli nicht einen Protest einbringt („Schließlich bin ich einer der besten Skitrainer der Welt“) oder die anderen Teams ungefragt unterstützt. Ein FIS-Funktionär: „Der Mann ist seit Jahren ein Alptraum. Und meistens ist er ja nicht ganz nüchtern. Dann wird er überaus aggressiv.“

Bei den Weltmeisterschaften 1982 in Schladming meldete Helmut Girardelli seinen Sohn als luxemburgischen Teilnehmer an und nannte als Beleg dafür die Nummer eines luxemburgischen Reisepasses. Die Herren der FIS, in Sachen Girardelli skeptisch geworden, fragten beim luxemburgischen Justizministerium nach. Und siehe da, aus dem Reise-

paß wurde eine längst abgelaufene, für den Sommer zuvor ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung für Luxemburg. Girardelli durfte bei den Weltmeisterschaften nicht starten.

Für Österreich zu starten, das käme überhaupt nicht in Frage, erklärten jedoch Vater und Sohn stets. Der Grund nach ihrer Ansicht: die fachliche Inkompetenz im österreichischen Ski-Verband. Marc Girardelli im Februar 1983: „Ich verspüre weder Lust noch Interesse, für Österreich zu fahren.“ Doch das Interesse wuchs, je näher die Olympischen Spiele in Sarajevo heranrückten. Und nach Ablauf der letzten Weltcup-Saison hatte Marc Girardelli schließlich eine stolze Bilanz vorzuweisen: Im Kombinations-Weltcup war er Zweiter geworden und damit bester Österreicher. Im Spezialslalom war er als Weltcup-Siebter ebenfalls bester Österreicher - alles mit einer luxemburgischen Lizenz.

Also wurde Vater Helmut Girardelli beim Internationalen Ski-Verband in Bern vorstellig, inoffiziell, versteht sich, und unterbreitete folgenden Plan: Im Weltcup sollte sein Sohn als Luxemburger starten, bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo jedoch als luxemburgische Leihgabe für Österreich, doch ausgestattet mit luxemburgischen und privaten Ausreisepässen. FIS-Generalsekretär Gian-Franco Kaspar zur WELT: „Eine idiotische Forderung.“ Das meinten wohl auch die Funktionäre des österreichischen Nationalen Olympischen Komitees. NOK-Generalsekretär Jungwirth: „Wir haben Herrn Girardelli im Herbst gesagt, er müsse zwei Dinge erfüllen, um als österreichischer Skiläufer nach Sarajevo zu kommen: Erstens muß er die internen Qualifikationen fahren und zweitens muß er aus rechtlichen Gründen seine privaten Verträge fällen lassen.“ Beides hat er nicht getan. Er hat aber auch keinen luxemburgischen Paß beantragt...

SKI ALPIN

Sieg nach vier Jahren

sid, Limone Piemonte

In Limone Piemonte, in den italienischen Alpen, feierte das italienische Ski-Team einen überraschenden Triumph beim 7. Weltcup-Slalom der Damen in diesem Winter. Es siegte die Weltmeisterschafts-Dritte Daniela Zini vor ihrer Mannschaftskameradin Maria-Rosa Quario und der Amerikanerin Christine Cooper. Vierte wurde die Schweizer Weltmeisterin Erika Herra.

Maria Eppler aus Seeg, die am Sonntag Zweite in Verbier war, belegte diesmal den fünften Platz. „Ich bin sicher, daß die Formsteigerung diesmal auftritt“, sagte sie zufrieden. So langsam etabliert sich die ehemalige Weltmeisterin im Riesentorlauf wieder in der Weltspitze.

Daniela Zini, die 24-jährige Siegerin aus Livigno, hatte vier Jahre lang kein Slalom in Vysoké Tatry (CSSR) auf sich aufmerksam gemacht, doch dann ließen die großen Erfolge auf sich warten. Vier Jahre hat sie auf einen Sieg gewartet, nun ist sie, kurz vor den Olympischen Winterspielen in Sarajevo, wieder in Schwung.

STANDPUNKT / Was Ski-Asse so alles fordern

Abfahrt nur noch als freier Fall für die Todesmutigen

Vielleicht hat ihnen der Rausch der Geschwindigkeit die Sinne vernebelt. Oder das sogenannte Champagnerklima oberhalb der Baumgrenze, von dem sie so gern sprechen. Wie anders ist es sonst zu verstehen, wenn Österreichs Abfahrtspezialisten ausgerechnet einen Tag nach dem Todesturz des früheren Weltmeisters Sepp Walcher den freien Fall auf Skibrettern als Hasardspiel mit dem Leben fordern.

Franz Klammer will endlich wieder sein wahres Können zeigen dürfen, sein Vorgänger Karl Schranz wünscht naturgegebene Wellen und Buckel auf den Pisten, und Trainer Karl Kahr („Downhill-Charly“) sagt: „Im Weltcup haben wir noch die Besten Startrecht.“

Kahr, der über sich sagt, er wäre ein schwacher Mensch, würde er sich jemals in Frage stellen, will also das brutal-berühmte Ausleseverfahren der Österreicher auf die ganze Skiwelt ausdehnen. Also etwa so wie im Falle von Klammer-Bruder, der nach einem Sturz querschnittsgelähmt blieb.

Die österreichischen Forderungen beinhalten schließlich dies: Abfahrts-

rennen sollen allesamt zumindest ein solches Spektakel bieten wie in Wengen oder Kitzbühel. Und wer dafür die Qualifikation haben möchte, muß üben. Zum Beispiel am Anfang bei solchen Volksabfahrtsläufen, bei denen am Wochenende der frühere Weltmeister Sepp Walcher tödlich verunglückte.

„Chinesen, Neger und so etwas“ - so sagt in Kitzbühel ein Skiproduzent, wolle man ohnehin nicht mehr bei den Abfahrten sehen. Das Ausleseprinzip à la Kahr muß also her: Fahrer „A“ geübt, Fahrer „B“ Bammel, Fahrer „C“ Genickbruch, Fahrer „D“ ... Auf diese Weise bliebe man unter sich: Kopf runter und stattdessen immer schön „einbeiben“, denn der nächste Sturzflug kommt bestimmt.

Kahr weiß auch, wem das nutzt: Allen, die das lebendig überleben, weil nämlich die Einschaltquoten der Fernsehkanäle klären würden. Da ruft dann der Reporter aus: „Zapradl noch mal, jetzt kommt Klammer auf der Kahr-Klippe, dorthin, wo zum Gedanken an einige mutige Rennläufer drei Kreuze stehen ...“

K.B.

OLYMPIA-SERIE / Die Mahre-Zwillinge



Sarajevo 84

● Noch 15 Tage, dann werden die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo eröffnet. Gestern zogen die ersten Athleten aus Kanada ins olympische Dorf, heute kommen alle 72 Athleten des Gastgeberlandes Jugoslawien. Die WELT setzt ihre Olympia-Serie fort. Heute: Die Zwillinge Steve und Phil Mahre aus den USA. Nächste Folge: War Bob-Pilot Georg Großmann ein Fei-ling, weil er nicht in Lake Placid starten wollte?

Deutscher Trainer und die Lust im Schnee

Von MARTIN HÄGELE

Harald Schönhaar hat sich im Hot-Whirlpool nur kurz herumgedreht, zur kühlen Bierflasche gegriffen und gesagt: „Die Europäer, die können schreiben, was sie wollen.“ Die Zeitungen hatten berichtet, Steve und Phil Mahre, die Zwillinge und Stars der amerikanischen Ski-Nationalmannschaft, seien aus lauter Arger über ihre schlechten Platzierungen bei den Dezember-Rennen des Weltcups wieder nach Hause geflogen. Und als sie dann wieder da waren, vertauschten sie - Absicht oder Jux? - ihre Startnummern. Beide wurden in Parpan disqualifiziert. Steve hatte mit der Nummer von Phil gewonnen.

Wenn man von den Mahre-Brüdern (26) redet, dann muß man auch über Harald Schönhaar reden. „Er ist der Mann, von dem wir so ziemlich alles gelernt haben“, sagt Phil. Gott sei Dank sei das damals mit den Deutschen passiert. Gott sei Dank, meint auch Schönhaar, und lacht im warmen Wasser. Der Deutsche Skiverband hat den Schwaben nach dem Olympia-Winter von Sapporo davongejagt. Das sei eine bayerische Mafia gewesen, die vorne schön lächle, aber dem jungen Mann aus Eßlingen von hinten das Messer ins Kreuz gebohrt habe. Der Manager hieß Heinz Kreckel, der Generalsekretär Tiedemann, und Christian Neureuther soll auch gegen Schönhaar gewesen sein.

Aber bevor der hoffnungsvolle Diplomportlehre und Jung-Trainer ohne Job vor die Hunde ging, kam der Anruf aus Amerika. Hank Tauber, damals Trainer der US-Skigirls, holte Schönhaar in die USA. Schönhaar sollte die Männer betreuen, die zu jener Zeit im Weltcup hinterherfahren mit Startnummern ab 60 aufwärts.

Tauber und Schönhaar haben das auf die Beine gebracht, was wir in den letzten Jahren als Skiwunder aus Amerika bestaunen: Die Mahres, Cindy Nelson, Tamara McKinney, Christine Cooper und auch einen gewissen Bill Johnson, der vor ein paar Tagen am Laubhorn die Schweizer und Österreicher besiegte und als erster Amerikaner eine Weltcup-Abfahrt gewann.

Mit ihren Schützlingen kletterten auch die zwei Trainer nach oben: Tauber wurde Boß des Skiverbands, später stellvertretender Präsident des internationalen Verbandes. Und als die deutsche Skibindungs-firma Marker vor Jahren kurz vor dem Konkurs stand, kratzte Hank Tauber alle seine Dollar zusammen und kaufte den Laden. Heute wohnen der Unternehmer Tauber und der Cheftrainer der Schweizer und Österreicher Phil Mahre in der kleinen Stadt Park City. Und hier klingelt auch das Telefon, wenn Phil oder Steve einen Rat brauchen. Wer einmal diesen Schnee unter

den Brettern gefühlt hat, der kann verstehen, warum die Mahres im Dezember vor Kunstschnee, Eis und Dreck in Europa geflüchtet sind. Sie hatten die Freude an ihrem Beruf nicht verlieren wollen. Früher habe er sie manchmal heim-schicken müssen, erzählt Schönhaar, wenn etwa Steve der Liebeskummer gepackt hatte und er Angst bekam, sein Mädchen liefe ihm während der Zeit seiner Abwesenheit davon. Aber solche menschlichen Probleme haben eine psychologisch geschulte Trainer eben meistern.

Schönhaar: „Phil und Steve sind die besten Athleten, mit denen ich jemals gearbeitet habe. Ich hatte einige mit größerem Talent, aber die waren lange nicht so eifrig, gewissenhaft und intelligent. Die Mahres sind die ersten am Berg und abends die letzten dabei.“

Diesen Spaß am Sport haben sie offensichtlich geerbt. Sport spielt die Hauptrolle in der Familie des David Mahre und seiner neun Kinder. Als er einst erfuhr, daß seine Söhne fürs Skifahren Geld kassierten, ist für ihn ein Ideal zusammengebrochen. Den Deutschen aber, der seine Söhne zu Weltcupsiegen, Weltmeistern und Phil zum Silber-medallengewinner von Lake Placid gemacht hat, hat der Alte in der Familienrat aufgenommen. Als es darum ging, ob Vater Mahre den Mount Everest noch besteigen könne, hat auch Harald Schönhaar mitgestimmt. Die Expedition des David Mahre ist jedoch wegen schlechten Wetters 500 Meter unterhalb des Gipfels gescheitert.

Nach zehn Jahren Arbeit mit den Zwillingen hat Schönhaar auch keine Schwierigkeiten, die beiden auseinanderzuhalten. Steve fährt nicht so kraftvoll wie Phil, auch passieren ihm häufiger taktische Fehler. „Dafür ist er freundlicher und leutseliger als sein Bruder. Dessen Verschlossenheit rührt wahrscheinlich von den größeren Erfolgen her.“ Schönhaar glaubt, daß die Zwillinge zusammen den Schlussschlag unter ihre Laufbahnen ziehen. Und zwar am Ende dieser Saison.

Aber Olympia reizt noch einmal. Besonders, weil Stenmark, der große Gegner, über Jahre hinweg, in Sarajevo nicht am Start ist. „Wenn sie gesondert bleiben, zählen beide im Slalom und im Riesenslalom zu den Favoriten“, sagt Harald Schönhaar. Der Entdecker und Förderer der Mahres wird dann noch einmal am Hang stehen, obwohl er sich vor zwei Jahren von der Piste an den Schreibtisch des Planers verabschiedet hat. Der Deutsche Skiverband besaß schon viele Pläne für das Herrenteam, Läufer von der Klasse der Zwillinge konnte er nicht vorweisen. Oder waren sie, die Planer, einfach schwächer als der Deutsche Harald Schönhaar?

Carl-Heinrich von Prittwitz und Gaffron
* 29. Januar 1904 † 19. Januar 1984.
Rechtsritter des Johanniter-Ordens
Oberst a. D.
Gott der Herr nahm meinen lieben Mann, unseren guten Vater und Großvater wieder zu sich.
Ise-Erika von Prittwitz und Gaffron geb. Frein von Richthofen
Kinder und Enkel
2000 Hamburg 70, Am Neumarkt 59c
Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 27. Januar 1984, um 12 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Hamburg-Rahlstedt.
Im Sinne des Verstorbenen wäre es, anstelle fremdlich zugedachter Blumenspenden die „Stiftung Veteranenheim Deutscher Soldaten Hamburg“, Kto.-Nr. 1299-125300 Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, zu bedenken.

LEMBAGA LITRIK NEGARA, TANAH MELAYU
NATIONAL ELECTRICITY BOARD OF THE STATES OF MALAYA
KUALA LUMPUR (EAST)
TRANSMISSION DEVELOPMENTS
CONTRACT 837084/1 - SWITCHGEAR
CONTRACT 837084/2 - TRANSMISSION LINES
CONTRACT 837084/4 - TRANSFORMERS
Tenders are invited for the supply, erection, and commissioning of the switchgear, 132 kV lines and transformers briefly described below, to be installed in the States of Malaya:
Contract 1 - 275 and 132 kV Metal Enclosed Gas Insulated Switchgear (GIS).
Contract 2 - 132 kV Transmission Lines.
Contract 3 - 2 940 MVA 275/132 kV auto-transformers.
Contract 4 - 2 90 MVA 132/63 kV transformers.
2 200 MVA 330/115 kV earthing transformers.
Contracts 3 and 4 will be financed entirely by the Board, and tenders will be assessed on cash terms. Finance is invited for Contract 1.
A brief description of the extent of the work and general conditions pertaining may be obtained on application to:
1. Esbank Power and Water Limited (EPWL), Prudential House, North Street, Brighton BN1 1RW, Sussex, England.
2. Tanaga Esbank Perunding (Malaysia) Sdn Bhd, 135-2 Jalan Segambut, Kuala Lumpur, Malaysia.
Applications should quote reference 837084/1, 2 or 4. Tender Documents will be available from the Brighton Office of Esbank Power and Water Limited from 18th January 1984 and a set of three documents will be issued for anyone of the contracts upon receipt of a cheque for £50 made out in favour of Esbank Power and Water Limited. There will be an additional charge of £30 per set where tenders request the dispatch of documents by air freight. These payments will not be refunded.
Tenders are to be returned to arrive at the Brighton Office of Messrs Esbank Power and Water Limited before noon on 30th March 1984. A second copy is to be returned to the Senior Purchasing and Contracts Officer, Lembaga Litrik Negara, Tanah Melayu, P. O. Box 1003, Kuala Lumpur, Malaysia, to arrive on the same day.
The National Electricity Board does not bind itself to accept the lowest or any tender, nor will it be responsible for any costs incurred by tenders in preparing their tender.

Hatschi
Gesundheit!
Das bewährte Hausrezept bei Erkältung:
1 Eßlöffel Klosterfrau Melissengeist und 1 Teelöffel Honig in heißem Tee oder heißer Zitrone - und dann rasch ins Bett.
Nie war er so wertvoll wie heute
Klosterfrau Melissengeist als unterstützende Maßnahme bei Beschwerden infolge Erkältung, grippalem Infekt. Nicht einnehmen bei Lebererkrankungen, Magen- und Darmgeschwüren. Klosterfrau, Köln.

VEW
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft Dortmund
Auslosungs-Bekanntmachung
64%-Anleihe von 1977 - 1.5. gr. -
Am 16. Januar 1984 ist gemäß den Anleihebedingungen die zweite Verlosung von Teilschuldverschreibungen unserer 64%-Anleihe von 1977 - 1.5. gr. - vorgenommen worden.
gezogen wurde die Serie G Wertpapierkenn-Nr. 387 547 unterteilt die Stücke
Nr. 1391 - 1510 zu DM 1000,-
Nr. 5301 - 5500 zu DM 5000,-
Nr. 25301 - 25300 zu DM 1000,-
Nr. 46301 - 51300 zu DM 100,-
Nr. 477301 - 547300 zu DM 100,-
Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen, deren Verzinsung am 30. April 1984 endet, werden vom 2. Mai 1984 an bei sämtlichen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:
Deutsche Bank AG
Westdeutsche Bank AG
Westfälische Landesbank Gropentale
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank
Berliner Bank AG
Berliner Commercialbank AG
Berliner Handels- und Frachtkreditbank
Commerzbank AG
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalkreditbank AG
Dresdner Bank AG
Hamburgische Landesbank - Girozentrale - Meckl. Bank & Co.
Norddeutsche Landesbank Gropentale
Sai. Oppenheim & Co.
Tiemann & Barndt
Westfälische Bank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europarner
Deutsche Bank Saar AG
Die zur Rückzahlung fälligen Teilschuldverschreibungen sind mit allen noch nicht fälligen Zinscheinen einzulösen.
In der vorangegangenen Verlosung wurde folgende Serie gezogen:
Serie H (387 548) zum 1.5. 1983
Hiervon sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.
Dortmund, im Januar 1984 Der Vorstand

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

Billig-Flüge
weltweit
01 03 17 30 31
02 05 01 20 08
Tx. 4 185 363

Zeitung aus dem Zentrum der Politik
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG VON DEUTSCHLAND

WEST
20.15 Auslandskorrespondent
Die 15. östliche Koordinate
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren:
Die ersten Olympischen Winter-
spiele
21.00 Formel Eins
Vor der Titl des große Geld
22.15 Deutscher Alltag
Porträt zweier Trabrennfahrer
22.50 Fremde – Invasion oder
Bedrohung

NORD
21.15 Der Prinzregent (4)
22.55 Ich und Du

HESSEN
20.00 Die Wand (1)
Dreißig, franz. Fernsehfilm
21.30 Drei schick
22.15 Kulturkalender
22.15 Das, was ich vielleicht am besten
kann ...
22.50 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
20.15 1. - Großschinder
22.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landespokal
Nur für das Saarland
21.15 Max-Otto-Wettbewerb '84
Gemeinschaftsprogramm Süd-
west 3
21.15 Ärger im Paradies
Sportfischerei Spielfilm von 1952
22.55 Avanti! Avanti!

BAYERN
19.30 Im Küchen ist kein Zimmer frei
Französisch-italienischer Spielfilm
aus dem Jahr 1959
20.45 Die Sprachstunde
21.30 Bundeschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z.Z.N.
22.35 Im Gespräch

festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten betrug im vergangenen Jahr nominal 226,7 Milliarden Mark. Das waren nach Angaben der Deutschen Bundesbank 15 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Unter Abrechnung der Tilgungen, die mit rund 139 Milliarden Mark nur wenig über Jahresniveaus lagen, verblieb ein Netto-Absatz von 87,6 (75,5) Milliarden Mark. Dabei fielen vier Fünftel des Netto-Absatzes 1983 auf Rentenwerte mit Laufzeiten von über vier Jahren (1982: fast neun Zehntel).

KAKAO / Londoner Notiz fast auf Höchststand

Einzelhandelspreise stabil

dpa/VWD, Hamburg
Schokoladenliebhaber können unbesorgt sein: Die derzeitige Hausse bei den Rohkakaopreisen – die Notierung liegt nur knapp unter dem Höchstpreis 1983/84 – wird sich in den Preisen der süßen braunen Produkte kaum spürbar niederschlagen. Das verdanken sie dem harten Wettbewerb, der auf diesem Markt herrscht und in diesem Jahr noch heftiger werden dürfte als bisher. In Kreisen des Einzelhandels wird erwartet, daß die Schokoladenindustrie ihre Fabrikabgabepreise nur vorsichtig anheben und der Kampf um die Gunst des Verbrauchers auf der Einzelhandelsstufe ein fernes Tun wird, die Preise, wenn überhaupt, nur moderat steigen zu lassen. Tafelschokolade, die am stärksten unter Wettbewerbsdruck steht, dürfte angesichts hoher Kapazitäten und kaum steigendem Konsum sogar eher billiger werden.

Die Schokoladenartikel, die jetzt in den Regalen liegen, wurden noch zu Rohkakaopreisen produziert, die in Anzügen

der Mischkalkulation bei vier bis fünf Mark je Kilogramm lagen. Jetzt muß die Industrie 7,50 Mark mehr bezahlen. Das bedeutet, daß sich für sie der Rohwareneinstandspreis innerhalb eines Jahres um rund zwei Drittel erhöht hat. Deutlicher zeigen das die Kurse an der Londoner Kakaobörse. Sie notierten Anfang 1983 um 1150 Pfund (knapp 4600 DM) pro Tonne und zu Beginn dieses Jahres in der Spitze bei 2228 Pfund. Inzwischen haben sie sich auf 2010 Pfund ermäßigt, hauptsächlich aufgrund von Gewinnmitnahmen der Spekulanten.

Noch ist man nicht sicher, ob die jüngste Abschwächung eine Trendwende am Rohkakaomarkt eingeleitet hat. „Alte Hasen“ im Kakaomarkt gingen schon seit einiger Zeit davon aus, daß der von der Spekulation nach oben getriebene Preis sich nicht allzu lange halten könne. Gemessen an den wichtigsten Marktfaktoren Produktion, Bestand, Verbrauch – dürfte nach ihrer Ansicht auch der gegenwärtige Rohkakaopreis noch weit überhöht sein.

Ursache der Rohkakaohausse sind in erster Linie die schlechten Ernteaussichten in Westafrika aufgrund der großen Dürre. Das gilt sowohl in Bezug auf die Menge als auch auf die Qualität (kleinere Kakaobohnen). Das zweite Mal hintereinander wird am Weltmarkt ein Defizit bei der Produktion erwartet. Im Kakaojahr 1983/84 war die Produktion nach letzten Schätzungen rund 100 000 Tonnen niedriger als der Verbrauch, für die Saison 1983/84 wird das Defizit 100 000 bis 150 000 Tonnen, von der Internationalen Kakao-Organisation (ICCO) sogar auf 180 000 Tonnen geschätzt. Das würde eine weitere Reduzierung der weltweiten Bestände bedeuten, die am Ende der letzten Saison 465 000 Tonnen (ohne Marktgleichgewichts-Lagerbestände) betragen.

Gestützt wurde die Hausse, insbesondere in der Phase des extremen Preisschubs, der Anfang November einsetzte, durch das Fernbleiben der Ursprungsländer vom Markt als Verkäufer. Ihre gute Verkaufsposition erlaubte es ihnen, die restliche Ware erst einmal zurückzuhalten. Andererseits sind aber eine Reihe von Ländern, allen voran Malaysia, aber auch die Elfenbeinküste und Brasilien – um Ausweitung der Anbauflächen bemüht. Allein die Elfenbeinküste könnte nach ihrem Programm 1990 etwa 500 000 bis 600 000 (1982/83: 355 000) Tonnen erzeugen. Bei angemessenen Preisen dürften aber auch dann sämtliche Mengen am Weltmarkt abzusetzen sein.

FRANKREICH / Stahlindustrie kann Produktionsziele der Regierung nicht erreichen

Auch international Boden verloren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Beschäftigungs- und Ertragslage der französischen Eisen- und Stahlindustrie hat sich im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. Ihre Rohstahlproduktion schrumpfte gegenüber 1982 um 8,6 Prozent auf 13,76 Millionen Tonnen und ihre Rohstahlproduktion um 4,4 Prozent auf 17,59 Millionen Tonnen. Damit ist das Produktionsziel, das die Regierung dieser Industrie im letzten „Stahlplan“ von 1982 für das Jahr 1988 gesetzt hatte, nämlich 24 Millionen Tonnen Rohstahl, nicht mehr zu erreichen.

Der Branchenverband erwartet zunächst weitere Produktionseinschränkungen. Jedenfalls bis Mitte dieses Jahres sei mit keiner fühlbaren Verbesserung der Stahlkonjunktur zu rechnen, heißt es in seinem vorläufigen Jahresbericht. Unter diesen Umständen komme es vor allem darauf an, eine weitere Verschlechterung der Ertragslage zu verhindern, nachdem die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor für 1983 ein Rekorddefizit von zehn Milliarden Franc ausweisen dürften.

Auch im internationalen Vergleich hat die französische Stahlindustrie an Boden verloren. So erhöhte sich die Weltrohlproduktion nach vorläufigen Schätzungen des IISI (Internationales Stahlinstitut) um rund ein Prozent auf 652 Millionen Tonnen und die der EG ging nur um 1,7 Prozent auf 109 Millionen Tonnen zurück. Den wesentlich stärkeren Einbruch Frankreichs erklärt der Verband vor allem damit, daß verschiedene europäische Stahlunternehmen die von der Brüsseler Kommission festgesetzten Produktionskontingente überschritten hätten. Dem müßte jetzt dringend Einhalt geboten werden.

Darüber hinaus hatte die französische Stahlindustrie unter der verschärften Austeritätspolitik ihrer Regierung zu leiden. Demzufolge verminderte sich der effektive Stahlverbrauch des Landes um acht bis neun Prozent. Da gleichzeitig der Handel und die Großverbraucher ihre Vorratshaltung reduzierten, nahm der sichtbare Stahlverbrauch sogar um 11,5 Prozent ab. Besonders stark

schrumpfte der Stahlverbrauch der Bauwirtschaft, obwohl dieser Markt in der zweiten Jahreshälfte etwas weniger unter Druck stand.

Andererseits hat die Automobilindustrie, die 1983 als einzige mehr Stahl verbrauchte, in den letzten Monaten ihre Produktion wegen nachlassender Inlandsverkäufe und aufgrund von Streiks einschränken müssen. Der Rückgang der Inlandsaufträge an die Stahlindustrie fiel mit drei Prozent weniger stark als der Verbrauchsrückgang aus.

Der darüber hinausgehende Rückgang traf den Stahlimport, der sich um zehn Prozent auf 6,5 Millionen Tonnen verminderte, nachdem er im Vorjahr unter dem Druck der Einfuhr von Osteuropa besonders stark gestiegen war. Demgegenüber konnte der französische Stahlexport trotz der amerikanischen Einfuhrbeschränkungen sein Vorjahresniveau von 7,5 Millionen Tonnen beibehalten. Dies erlaubte einen Exportüberschuss von rund einer Million Tonnen bzw. drei Milliarden Franc.

PITNEY BOWES / Postbearbeitung mit Nachholbedarf

Keine Angst vor Elektronik

JOACHIM WEBER, Heppenheim
„Die Poststelle ist immer noch viel zu häufig der Ort, wo die alten Büromöbel abgestellt werden“, meint Kurt N. Toenz, Geschäftsführer der Pitney Bowes Deutschland GmbH, Heppenheim. Die Einsicht, daß es eigentlich um eine Produktionsstätte geht, die das ein- und ausgehende Papier bearbeitet, habe sich noch längst nicht überall durchgesetzt. Den wenigen Anbietern von Maschinen für den rationalisierten Papierkrieg geht das nur recht sein: Ihr Markt zeigt noch keine Sättigungssymptome. Groß ist er allerdings nicht. Was in Deutschland jährlich mit Frankiermaschinen, Konvertierautomaten oder Briefschlitzern umgesetzt wird, schätzt Toenz auf rund 250 Mill. DM.

Daß es mit dem Vordringen der elektronischen Übertragungsmedien wesentlich weniger werden könnte, fürchtet er nicht. Zum einen werde „mit dem Papier auch dann noch eine ganze Weile gearbeitet werden, wenn es technisch schon längst ohne geht“. Zum anderen aber laufe der stärkste Briefstrom von den Unternehmen an die Privathaushalte, und hier sei auch auf längere Sicht noch kein elektronischer Ersatz zu erwarten.

Eher im Gegenteil: „Die Direktwerbung ist bei uns ja erst noch im Kommen.“ Jedenfalls im Vergleich zu den USA gibt es hier noch einen klaren Rückstand: Der durchschnittliche US-Bürger empfängt jährlich schon 405 Briefe, der Bundesbürger nur 190 Sendungen.

Für Rationalisierungsdruck in der Postabwicklung sorgt auch der zunehmende Computereinsatz. „Es ist doch unsinnig, stundenlang von Hand einzutüten, was der Rechner in wenigen Minuten ausgedruckt hat“, beschreibt Toenz den Punkt, an dem viele Unternehmer zur elektronischen Einsicht kommen. Daß dann auch viele

kundenspezifische Wünsche zu erfüllen sind, stört nicht: „Da ist meist keine Standardproduktion in großen Serien möglich. Das hält die Japaner ebenso fern vom Markt wie der hohe Anteil an Mechanik.“

Letzteres gilt auch für die Frankiermaschinen, die allein etwa die Hälfte des Marktvolumens ausmachen. Die rund 230 000 Freistempel, die in der Bundesrepublik – damit der zweitgrößte Markt nach den USA – installiert sind, bewältigen etwa die Hälfte des gesamten Briefpostvolumens der Bundespost von immerhin 8,3 Milliarden Mark auf 12,9 Milliarden Sendungen.

Damit sind sie denn auch etwas ganz Besonderes: „Die einzigen Maschinen außerhalb der Zentralbank-Organisation, die Geld drucken.“ Das erklärt auch die enorme Vorsicht der Post bei Neueinführungen. Auch eine neue Frankiermaschine von Pitney Bowes, die den immer wiederkehrenden Gang zum Postamt erspart, muß lange Prüfungen über sich ergehen lassen. Seit November nun können die Kunden sich per Telefon einen jedesmal wechselnden Code vom Zentralcomputer in Heppenheim durchgeben lassen, um in ihr Gerät einzutippen und damit die Neuladung mit festen Portobeträgen (600 oder 6000 Mark) freigeben.

Mit dieser Erleichterung hofft die deutsche Pitney-Tochter mit ihren 800 Mitarbeitern nach langer Zeit der technischen Stagnation wieder etwas Bewegung in den Markt zu bringen, zum einen Nutzen. Mit ihrem Umsatz von knapp 100 Mill. DM – davon fast ein Drittel aus dem Export von Prägemaschinen (Adrema) für Metallplatten und Plastikkarten – ist sie die drittgrößte Auslandsgesellschaft des US-Konzerns (1,5 Mrd. Dollar, 26 000 Mitarbeiter weltweit) nach Kanada und Großbritannien.

Preise steigen in Ungarn erheblich

AP, Budapest

Die ungarische Regierung hat zum Teil drastische Preiserhöhungen für Nahrungsmittel und andere Produkte angekündigt. So wird seit gestern Rindfleisch um 24 Prozent teurer, die übrigen Fleischpreise steigen um durchschnittlich 21 Prozent. Teurer werden aber auch Dosengemüse (20 Prozent), Bier (15 Prozent), Heizmaterial (20 Prozent), verbilligter Nachschub (50 Prozent), Baumaterialien (zwischen 20 und 30 Prozent) sowie Autos aus anderen Ostblockstaaten (sechs bis sieben Prozent). Begründet wurden die Preissteigerungen mit der Notwendigkeit, den Staatshaushalt durch Kürzung der Subventionen zu entlasten. 1983 habe die Regierung die Fleischpreise mit 7,3 Milliarden Forint (rund 450 Millionen Mark) subventioniert.

Der Wirtschaftsplan für dieses Jahr sieht eine Steigerung der Verbraucherpreise zwischen sieben und acht Prozent vor – entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres. Die letzte Erhöhung der Fleischpreise hatte Mitte 1981 stattgefunden. Neben den Preissteigerungen kündigte die Regierung auch eine Erhöhung des Volkskonnsums in diesem Jahr um acht Prozent an. Die Löhne und Gehälter sollen nun um fünf Prozent steigen. Ferner sollen auch niedrige Renten unter 2000 Forint monatlich um 70 Forint angehoben werden; ebenso die Familienbeihilfen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Kewen Interbag (Deutschland) GmbH; Köln: Roswitha Herfeld; Schwelm: Karl-Heinz Saure, Kaufmann; Ennepetal-Voerde; Wuppertal: Uwe Kießmann, handeld unter der Bezeichnung Nord-Funkstellenbetrieb/Autosentrum Nord.

EKKU / Bierversand über den Handel ein Erfolg

Absatz nochmals gesteigert

HEINZ STÜWE, München
Der Bierversand über den Lebensmittel- und Getränkegroßhandel ist für die EKKU, Erste Kulmbacher Aktienbrauerei AG, Kulmbach, ein Erfolgsgarant. Ursprünglich mehr aus dem Not- der Grenzlage in einer recht dünn besiedelten Region – geboren, habe man mit diesem Vertriebsweg „auf das richtige Pferd gesetzt“, bilanziert Vorstand Carl Reischach. Im Versandgebiet setzte die Brauerei im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) 27,4 Prozent ihres Ausstoßes ab.

Der Bierabsatz stieg nach einem zweistelligen Wachstum im Vorjahr nochmals um 5,7 Prozent auf 688 000 Hektoliter. Der Umsatz kletterte auf 74,96 (69,69) Mill. DM. Große Hoffnungen setzt EKKU auf den Export, der 10,6 (9,3) Prozent des Absatzes beisteuert. Eine neu gegründete Vertriebsgesellschaft in den USA soll EKKU, das dort bereits über 20 000 Hektoliter absetzen konnte, weiter voran bringen.

Insgesamt steigerte die Gruppe ihren Getränkeabsatz auf 1,22 (1,13) Mill. Hektoliter. Der konsolidierte Umsatz wird mit 112 (106,5) Mill. DM

angegeben. Reischach bezifferte den Gruppengewinn auf 2,5 Mill. DM, den Gewinn je Aktie auf 15,90 (10,82) DM.

Diese gute Ertragsentwicklung wollen Vorstand und Aufsichtsrat mit einer auf 16 (16) Prozent aufgestockten Dividende honorieren. Gleichzeitig soll die Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 9 zu 2 von 5,7 auf 7 Mill. DM und ein genehmigtes Kapital von 2 Mill. DM beschließen. Reischach kündigte einen Ausgabekurs von 250 DM für die 50-Mark-Aktie an, die am vergangenen Freitag mit 970 DM notiert wurde. Großaktionär Josef März, Rosenheim, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender, will sich voll an der Aufstockung beteiligen. Benötigt werde das Kapital zur Ausweitung der Produktionsstätte, hieß es.

Mit einem Investitionsvolumen von 20 bis 30 Mill. DM soll in den nächsten Jahren die Produktionskapazität für Bier von 0,8 auf 1,2 Mill. Hektoliter und in den Brauereibetrieben von 500 000 auf 800 000 Hektoliter ausgebaut werden. 1982/83 investierte die Gruppe 15,6 (9,4) Mill. DM.

BOOT '84 / Das Mekka des Wassersportmarktes

Impulse durch mehr Freizeit

HARALD POSNY, Düsseldorf
Ungeachtet konjunktureller Schwankungen wächst der Bootmarkt in der Bundesrepublik um jährlich 5 bis 6 Prozent. Anlässlich der Düsseldorf Boot '84 (21. bis 23. 1.) des größten Marktes für Boote und Ausrüstungen aller Art in der Welt, bezifferte der Präsident der Bundeswirtschaftsvereinigung Freizeitschiffahrt, Walter Steinwascher, das deutsche Marktvolumen auf über eine Milliarde Mark. Fast die Hälfte davon (450 Mill. DM) entfiel auf Boote und Yachten, 300 Mill. DM auf Zubehör, etwa 150 Mill. DM auf Surfbretter, jeweils reichlich 100 Mill. DM auf Kleinboote (Falk, Ruder, Gummiboote, Kajaks, Kanadier usw.) sowie auf Wassersportgeräte. Auf der einen Seite erhalte der Markt durch zunehmende sportliche Freizeitnutzung immer neue Impulse, auf der anderen Seite steigen immer mehr „Freizeitkapitäne“ auf größere Boote um.

Die größten Zuwachsraten hat nach wie vor der Markt für Surfbretter, von denen der Absatz inzwischen 80 000 bis 90 000 erreicht hat. Bei Segelbooten und Yachten dürfte 1983 die deutsche Produktion bei reichlich 250 (1982: 214) Mill. DM gelegen haben. Mit ähnlichen Zuwachsraten rechnen Steinwascher auch für 1983, wobei die Klasse der 7- bis 9,70-Meter-Boote die größten Wachstumsraten hat. Nach neuesten Erhebungen gibt es in der Bundesrepublik rund 1,5 Mill. aktive Boots- und Wassersportler und 3,5 Mill. Interessierte als Käuferpotential. Diesen steht derzeit ein Bestand von 750 000 Booten sowie 400 000 Surfbrettern gegenüber. Der Surferboom wird von der Branche als Einstieg für die späteren Bootskäufer angesehen.

Bei währungsbedingten Schwankungen haben die Niederländer immer noch den bedeutendsten Anteil

(20 Prozent) an den Gesamtimporten im Bootsbereich von 146 (118) Mill. DM im ersten Halbjahr 1983 (nach 194 Mill. DM im Gesamtjahr 1982), gefolgt von Schweden, Frankreich und Dänemark. Der Export fällt mit 39 (47) Mill. DM (1982: 110) Mill. DM im Bootsbereich bescheiden aus. Marktprognosen gehen für 1984 von einem Marktvolumen des gesamten Freizeitmarktes von 1,2 Mrd. DM aus, für 1989 von 1,7 Mrd. DM. Davon dürften 575 (832) Mill. DM auf Segelboote und 325 (481) Mill. DM auf Motorboote fallen.

Auf der diesjährigen Boot '84 wird sich der positive Trend des Motorenabsatzes nach dem Tiefpunkt 1981 fortsetzen, wobei der Ersatzbedarf deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Bei Motoren bis 5 PS, ohnehin die Hälfte der Gesamtproduktion, stellt der Ersatzbedarf bereits den Großteil. Bei Außenbordmotoren muß nach Abschluß der Dumpingklage gegen einen japanischen Hersteller für diese Saison mit einem deutlichen Preisanstieg gerechnet werden. Der Gesamtmarkt für Segelbootmotoren hat sich 1983 um 30 Prozent auf 1100 Stück erhöht. Bei Kleinbooten hat sich die Trendwende 1983 noch nicht in vollem Umfang durchgesetzt, vor allem die Importe weisen noch negative Tendenzen auf.

Auf der Boot '84 werden 1080 (1982: 1032) Aussteller, darunter 360 (327) aus 26 Staaten, ihre Produkte präsentieren. Nach 331 000 Besuchern im Vorjahr, davon 46 000 aus dem Ausland, wird bis zum Messeende ein neuer Besucherrekord von 400 000 erwartet. Größtes Ausstellerland ist die Bundesrepublik mit 688 Unternehmen, an zweiter Stelle liegen die Niederländer mit 127, danach Italien mit 43 sowie Schweden, Dänemark und Frankreich mit jeweils etwa 30 Ausstellern.

NAMEN

Ing. Ernst Baumann, Direktionsvorsitzender der Papierfabrik Albrück, ist am 20. Januar im Alter von 58 Jahren gestorben.
Michael Scharr (64), stellvertretendes Vorstandsmitglied der Badischen Sparkassen-ÖVA und der ÖVA Allgemeine Versicherungs-AG, Mannheim, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

Tilman Köppl (48), Vorsitzender der Geschäftsführung der Schleuder- und Sandgießerei Thyssen Schalker Verein GmbH, Gelsenkirchen, ist als Nachfolger für den im Herbst in den Ruhestand tretenden Rolf Hoffstaedter (64) zum Vorstandsmitglied der Thyssen Edelstahlwerke AG, Krefeld, ernannt worden.

Bevor Sie eine Niederlassung in den U.S.A. gründen, sollten Sie sich erst einmal in Puerto Rico umsehen.

In Puerto Rico, U.S.A., ist jeder Dollar für Löhne durchschnittlich rund 50% produktiver als in den Staaten.

Puerto Rico ist ein Teil der Vereinigten Staaten. Und bei der Überprüfung des Lohn- und Gehaltsniveaus werden Sie ein starkes Argument für eine Niederlassung in Puerto Rico, U.S.A., entdecken: Jeder Dollar für Löhne und Gehälter produziert 5,58 Dollar. Ein hervorragendes Ergebnis, verglichen mit den nur 3,72 Dollar des U.S.-Bundesdurchschnitts.

Wir werden oft gefragt, wie wir dieses Produktivitätsplus erklären.

Zuerst einmal liegt es an der Leistungsfähigkeit der puertoricanischen Arbeiter und Angestellten. Sie lernen schnell und haben keine Schwierigkeiten, sich sogar in neue, hochtechnisierte Produktionsverfahren einzuarbeiten.



Teresa Rodriguez kontrolliert einen implantierbaren Katheter zur Druckentlastung der Hirnkammern bei hydrocephalus internus. Sie ist eine von 60.000 Arbeitern in Puerto Rico und arbeitet in der Niederlassung eines amerikanischen Unternehmens für technologisch hochempfindliche Implantate.

Wahr ist, daß die meisten Firmen zwar wegen der Förderungsprogramme von Industrieansiedlungen nach Puerto Rico kommen. Aber die neuen Arbeitgeber bekommen sehr schnell großen Respekt vor den Fähigkeiten und dem Einsatz ihrer puertoricanischen Arbeitnehmer.

Die außerordentlich günstige Struktur der Kosten für Löhne und Gehälter ist ein weiteres Plus: Gemessen am Durchschnitt in den Staaten von 11,62 Dollar lag der Stundenlohn in Puerto Rico 1983 bei 6,02 Dollar, Steuern und Sozialabgaben eingeschlossen.

| | Puerto Rico U.S.-\$ 5,58 | U.S.A. U.S.-\$ 3,72 |
|--|--------------------------------|---------------------------|
| | U.S.-\$ 6,02 | U.S.-\$ 11,62 |
| Durchschnittlicher Stundenlohn, Januar 1982 | | |
| Quelle: U.S. Bureau of Census und U.S. und Puerto Rico Department of Labor | | |

Allein im letzten Jahr erwirtschafteten die Tochtergesellschaften von U.S.-Firmen in Puerto Rico 3,2 Milliarden Dollar Gewinn.

Natürlich haben die staatlichen Förderungsprogramme zu diesem Ergebnis beigetragen. Aber man darf dabei nicht unsere Produktivität unterschätzen. In diesem Punkt scheuen wir keinen Vergleich mit dem Festland.

Aber Puerto Rico ist noch viel mehr:

Als ein Teil der U.S.A. ist natürlich auch der U.S.-Dollar offizielle Währung, und Warensendungen nach den U.S.A. werden nicht mit Einfuhrzöllen oder Steuern belastet. Außerdem hat Puerto Rico die erste Freihandelszone, die überhaupt von U.S.-Behörden außerhalb des Festlandes der Vereinigten Staaten genehmigt wurde. Und, last but not least, ganz Nord-, Mittel- und Südamerika liegen vor der Tür.

Aus Deutschland hat sich zum Beispiel Rodenstock, aus der Schweiz Hoffmann-La Roche und Nestlé, genau wie die über 1000 bekannten U.S.-Unternehmen für einen Produktionsbetrieb auf Puerto Rico entschieden.

Für viele Branchen haben wir Fallstudien erstellt. Sie brauchen nur an der gewünschten Stelle des Coupons ein Kreuz zu machen, und Sie bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluss.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 0611/742644 und ruft Herrn Carl H. Jahns an. Unseren Mann in Frankfurt (Telex Nr. 4189257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Ich interessiere mich für eine Fabrikationsansiedlung in Puerto Rico, U.S.A., und was andere Unternehmen dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> die Industrie für Präzisionsgeräte und für Meß- und Regeltechnik | <input type="checkbox"/> die Pharma-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste | <input type="checkbox"/> die Metall-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie | <input type="checkbox"/> die Körperpflegemittel-/ Kosmetik-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen | <input type="checkbox"/> Freihandelszonen |
| <input type="checkbox"/> die Textil-Industrie mit Referenzliste der Textilverarbeitenden Industrie | <input type="checkbox"/> das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico |
| <input type="checkbox"/> die Schuhindustrie | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmöglichkeiten |
| <input type="checkbox"/> die Schmuckindustrie | <input type="checkbox"/> Puerto Rico, U.S.A. Eine solide Basis zur Kapitalbildung |
| | <input type="checkbox"/> die Infrastruktur |
| | <input type="checkbox"/> das Transport- und Verkehrswesen |
| | <input type="checkbox"/> Erfahrungsberichte von Investoren |

Name: _____
Firma: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Tel.: _____

An Herrn C.H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstrasse 53, 6000 Frankfurt/Main 1, DW 1

Puerto Rico, U.S.A.
We get things done

LOHMANN / Misere am Markt für Masthähnchen

Deutlicher Ertragsrückgang

J. BRECH, Cuxhaven. Umsatz- und Ertragsrückgänge hat die Lohmann & Co. AG, Cuxhaven, im Berichtsjahr 1982/83 (30.6.) hinnehmen müssen. Das Gesamtergebnis der Firmengruppe, die in den Bereichen Tierzucht, Kükenproduktion und Hähnchenschlachtereien, Tierernährung, Technik, Anlagenbau und Veterinär-Pharmazie tätig ist, wird in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht dank der breit gestreuten Aktivitäten jedoch als noch zufriedenstellend beurteilt.

In der Konzern-Rechnung, in der 42 Mehrheitsbeteiligungen zusammengefasst sind, ist der Umsatz um 2,3 Prozent auf 665 Mill. DM gesunken. Berücksichtigt man die Bestandserhöhungen auf gut 85 Mill. DM, die sich aus dem Abarbeiten mehrjähriger Großprojekte im Ausland ergeben, stieg Lohmann die Gesamtleistung um 7,5 Prozent auf 771 Mill. DM. Vom Geschäft entfielen 41 Prozent auf das Ausland.

Als Jahresüberschuss weist die AG knapp 5 Mill. DM aus. Das entspricht einem Rückgang von 20,7 Prozent. Aus dem Gewinn werden 3 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und der Rest in Form von 6 Prozent Dividende auf 35 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

Der Ertragsrückgang beruht in erster Linie auf erheblichen Verlusten, die Lohmann im Masthähnchen-Bereich erlitt. Hier haben Überproduktionen vor allem in Frankreich und Holland zu einem dramatischen Preisverfall geführt. In diesem Zusammenhang hat Lohmann die Dorstener Geflügelschlachtereien & Co. KG stillgelegt. Die Kosten, so heißt es, hätten das Ergebnis wesentlich belastet. Von der Misere am Masthähnchenmarkt wurde ferner die Continental-Frost Cuxhaven Geflügelschlachtereien GmbH stark in Mitleidenschaft gezogen, deren Verluste Lohmann übernehmen musste. In der AG-Rechnung haben sich die Aufwendungen aus Verlustübernahme auf 6,8 Mill. DM dadurch fast verdoppelt.

Auf dem Niveau des Vorjahres blieben die Ergebnisse in den Bereichen Tierzucht, Legehennenvermehrung und Tierernährung. Sehr gut schnitten nach Angaben des Vorstands dagegen die Sparten Pharmazie (45 Prozent Anteil am Gesamtumsatz) und Apparatebau ab. Der Erfolg der Lohmann Apparatebau GmbH sei auf die führende Marktposition im Export schlüsselfertiger Geflügelprojekte zurückzuführen.

BAU '84 / Hohe Überkapazitäten bei den Herstellern von Kunststoffen

Althausanierung bleibt Schwerpunkt

HEINZ STÜWE, München. „Eine Konstante, die sich unabhängig vom Neubauvolumen entwickelt“ – das ist die überwiegend geäußerte Meinung, wenn auf der Bau '84 von der Althausanierung die Rede ist. In einzelnen Sparten der Baustoffbranche werden die Geschäftsaussichten in diesem Bereich allerdings durchaus unterschiedlich beurteilt.

Neue Renovierungsfälle

Für die Villory & Boch Keramische Werke KG, Mettlach, gewinnt das Renovierungsgeschäft immer größere Bedeutung. Bereits heute hat es den Absatz für die Ausstattung von Neubauten überflügelt. Das Unternehmen, nach eigenen Angaben der größte Keramikhersteller der Welt, trägt dieser Entwicklung mit einer speziellen Renovierungsfälle-Rechnung, die auf der Bau '84 vorgestellt wurde. Sie ist mit 6 Millionen besonders dünn und kann auf alten Böden mit unterschiedlichen Belägen leicht verlegt werden, heißt es. Nicht zuletzt aufgrund des unverändert hohen Importdrucks ging 1983 der Anteil der Fliesen am Umsatz der Firmengruppe leicht auf 54 (57) Prozent zurück. Die beiden anderen Produktsparten Sanitär und Geschirrkristall konnten mit 26 (25)

und 20 (18) Prozententsprechend zulegen. Daß der Gruppenumsatz weltweit um 4,8 Prozent auf 1,16 Mrd. DM zurückfiel, liegt nach den Worten eines Firmensprechers vor allem an Schwächen auf einigen Exportmärkten. In Frankreich trafen gleich zwei Negativkomponenten zusammen: Die Abwertung des Franc und der Einbruch im Wohnungsbau. Im Inland dagegen verbuchten alle Sparten ein Umsatzwachstum. V & B beschäftigt in 14 Werken in der Bundesrepublik, Frankreich und Luxemburg 3500 Mitarbeiter.

Weniger Ersatzbedarf

Im Gegensatz zu den Produzenten anderer Bauteile kann die Fensterbranche nicht mit steigendem Renovierungsbedarf rechnen. Die leichte Belebung des Neubaus werde 1984 gerade ausreichen, um die weiteren Rückgänge im Sanierungsbereich auszugleichen, erwartet der Verband der Fenster- und Fassadenhersteller in Frankfurt. Der Grund für diese gegen den Trend laufende Entwicklung: Öffentliche Zuschüsse beim Einbau energiesparender Fenster sorgten seit 1979 für einen beispiellosen Boom, der viele Hersteller zu einer raschen Expansion verleitet. Heute

schätzt Verbandsgeschäftsführer Karl Heinz Herbert den Kapazitätsüberhang bei Kunststofffenstern auf 30 Prozent. Das Resultat: ein Preisverfall und rote Zahlen. In diesem Jahr werden noch einige Unternehmen die Waffen strecken müssen, glaubt Herbert. Die Mehrzahl sei jedoch gesund. Überkapazitäten registriert der Verband auch im Aluminiumbereich. Die Hersteller von Holzfenstern haben den Angaben zufolge hohe Investitionen für die Umstellung auf Einzelfertigung auf sich genommen. Positiv werden die Aussichten für das kleine Marktsegment der Holz-Aluminiumfenster beurteilt. Die 396 der RAL-Gütegemeinschaft Fenster angehörenden Unternehmen setzten 3,45 Mrd. DM um, 3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Kräftige Steigerung

Eine kräftige Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 302 Mill. DM meldet die Interbaustoff GmbH & Co KG, Wilsdorf, ein Zusammenschluss von 114 Baustoffhändlern. Damit wurden im Schnitt 40 Prozent der Einkäufe der Gesellschafter über die 150 Interbaustoff-Lieferanten abgewickelt. Der Gesamtumsatz der Mitgliedsbetriebe erhöhte sich 1983 um rund 8 Prozent auf etwa 1,6 Mrd. DM.

ALLIANZ LEBEN / Wieder 18 Prozent Dividende

Hohes Plus im Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart. In dem für die Lebensversicherungsbranche günstigen Marktlima des Jahres 1982 machte der Branchenführer, die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, im Neugeschäft einen großen Sprung. Das Institut schloß, wie es in dem jetzt vorgelegten Aktionärsbrief heißt, 8 Prozent mehr Verträge als im Vorjahr ab, was freilich beeinflusst wurde durch neue Rentenverträge für AEG-Betriebsrentner im Rahmen des Vertrags mit dem Pensionssicherungsverein. Noch kräftiger, nämlich um 17,2 Prozent auf 12,5 Mrd. DM, wuchs die gesamte Versicherungssumme des Neugeschäfts. Dabei spielte eine Rolle, daß das Volumen der Anpassungen bei bestehenden Zuwachsvträgen um 90 Prozent höher lag. Das vom Außendienst heringeholte Neugeschäft lag mit 9,9 Mrd. DM um 6,5 Prozent über dem Vorjahr.

Der Versicherungsbestand vergrößerte sich um 5,7 Prozent auf 116 Mrd. DM. Zwar nahmen die vorzeitigen Abgänge aus dem Versicherungsbestand zu, doch liegt die auf 4,4 (3,7) Prozent erhöhte Stornoquote deutlich unter dem Marktdurchschnitt. Während sich die Beitragsentnahmen um 10,1 Prozent auf rund 5,2 Mrd. DM steigerten, wuchsen die

Verwaltungskosten wesentlich langsamer. Dies führte zu einer auf 4,6 (4,9) Prozent verringerten Verwaltungskostenquote, ein Resultat der Rationalisierungsanstrengungen. Rückläufig auf nunmehr 45 Promille entwickelte sich auch der Abschlußkostensatz.

Die Kapitalanlagen wuchsen auf 37,3 (33,4) Mrd. DM an, wobei sich das Gewicht festverzinslicher Wertpapiere und Schulscheindarlehen vergrößerte. Der Durchschnittszins erreichte wiederum 7,7 Prozent. Es wurden erneut 15 Mill. DM auf Wertpapiere abgeschrieben. Aus Kursgewinnen sind 167 (71) Mill. DM realisiert worden. Die gute Ertragslage kommt in der auf 2,2 (1,9 Mrd. DM) erhöhten Zuführung zur Gewinnreserve der Versicherten zum Ausdruck.

Der Hauptversammlung am 23. Mai wird die Ausschüttung von unverändert 18 Prozent Dividende sowie die bereits angekündigte Erhöhung des Aktienkapitals im Verhältnis 9 : 1 zum Kurs von 150 Prozent auf 11 Mill. auf 110 Mill. DM vorgeschlagen. Hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung ist die Allianz Leben zuversichtlich. Aufgrund der zu erwartenden Konjunkturbesserung wachse die Bereitschaft und Fähigkeit der Bevölkerung zu weiterer Vorsorge.

KLÖCKNER-WERKE / Maßvoller Umsatzrückgang

Quotenproblem vor Lösung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die vielfältigen Verhandlungen des Stahlkonzerns Klöckner-Werke AG, Duisburg, mit dem Ziel einer ausreichenden Beschäftigung bei quotengemäßer Fahrweise der Bremer Warmbreitbandstraße und einer Bereinigung der Bußgeldfrage seien in ihre Schlußphase getreten. „Die Signale für eine erfolgreiche Beendigung stehen auf Grün“, teilt Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow in der Werkszeitschrift des Unternehmens zusammen mit dem Rückblick auf das Geschäftsjahr 1982/83 (30.9.) mit. Nach den unlängst abgeschlossenen Kooperationen (Schmiedefusion mit Krupp, Einbringung der EBV-Hüttenwerke in die Maxhütte) spreche alles dafür, daß 1984 „weitere positive Nachrichten“ über diesen Stahlkonzern bringen werde.

Glimpflich ist 1982/83 für die Klöckner-Werke mit einer Minderungs des Welt-Fremdumsatzes um

2,7 Prozent auf 6,5 Mrd. DM zu Ende gegangen. Der Auslandsumsatz sank um 1,2 Prozent auf 2,89 Mrd. DM. Von der um 4 Prozent auf 4,51 Mill. t verminderten Rohstahlproduktion wurde eine um 2,4 Prozent auf 2,85 Mill. t gesteigerte Menge über den kostensparenden Strangguss produziert. Die Walzstahlerzeugung sank um 4,8 Prozent auf 4,08 Mill. t. Die stärkste Einbuße erlitten Profilfertigteile mit einem Minus von 34,9 Prozent auf noch 54 000 t.

Plusraten erzielte der Konzern in seinem Spezialmaschinenbau, dessen Weltumsatz sich um 0,7 Prozent auf 1,6 Mrd. DM erhöhte, sowie vor allem bei Kunststoffgeräten mit nun 277 Mill. DM Weltumsatz (plus 13,5 Prozent). Die Belegschaft bei Klöckner-Welt wurde um 6,7 Prozent auf 33 803 Mitarbeiter verringert. Der Schwerpunkt lag dabei im Stahlbereich der Klöckner-Werke AG, deren Belegschaftszahl um 11,3 Prozent auf 14 691 Leute zurückging.

Höhere Beteiligung in Südafrika

n. Stuttgart

Daimler-Benz baut seine Beteiligung (bisher 36,7 Prozent) an der südafrikanischen Firma UCCD, Pretoria, die Mercedes-Benz-Pkw und -Nutzfahrzeuge in Südafrika herstellt und vertreibt und überdies auch Honda-Fahrzeuge produziert, auf eine Mehrheitsbeteiligung aus.

Damit solle der wachsenden Bedeutung der Gesellschaft innerhalb des Konzerns Rechnung getragen werden. Beteiligungspartner von Daimler-Benz sind dort die Volkskas, Südafrika, mit bisher 39,9 Prozent und die schweizerische Ernst-Göhner-Stiftung (23,4 Prozent).

Nach Aufstockung des Daimler-Anteils im Zuge einer Kapitalerhöhung bis Mitte 1984 auf 50,1 Prozent halten die beiden vorgenannten Partner 26,5 bzw. 23,4 Prozent. Im vergangenen Jahr wurden auf dem südafrikanischen Markt 13 600 Mercedes-Pkw und 4200 Mercedes-Nutzfahrzeuge verkauft.

Agiv: Sorgen im Baubereich

Wb. Frankfurt

Die Aktiengesellschaft für Industrie- und Verkehrswesen (Agiv), Frankfurt, hat 1983 „erneut erfreulich und voraussichtlich besser als im Vorjahr abgeschnitten“, so ein Zwischenbericht über die ersten drei Quartale. Die Umsätze der Gruppe nahmen in dieser Zeit um 10 Prozent auf 3,65 (3,28) Mrd. DM zu. Dabei wurden allerdings vor allem im Baubereich bereits vorliegende Aufträge abgearbeitet, so daß der Auftragsbestand hier um 22 Prozent, in der Gruppe insgesamt um 10 Prozent zurückging.

Auch die Rücknahme der Beschäftigtenzahl um 7 Prozent auf 31 000 deutet an, daß das Jahr 1983 nicht überall reibungslos abgelaufen ist. Von den Anpassungsmaßnahmen war ebenfalls der Baubereich mit einem Beschäftigungsrückgang um gut 10 Prozent auf 10 000 Mitarbeiter am stärksten betroffen. „Vor dem Hintergrund einer erwarteten Verbesserung der Konjunktur“ bleibt der Holding-Vorstand gleichwohl zuversichtlich.

Nixdorf-Engagement in Berlin ausgebaut

Wz. Berlin

Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, weitet in Berlin ihr Engagement aus. Sie wird in Erbpacht das Gelände der AEG an der Brunnenstraße im Bezirk Wedding übernehmen. Geplant ist dort der schrittweise Ausbau eines großen Teils des Geländes in den nächsten Jahren. Zunächst geht es um etwa 400 neue Arbeitsplätze, später sollen noch einmal 200 hinzukommen. Seit Jahresende beschäftigt Nixdorf in Berlin mehr als tausend Mitarbeiter in Produktion und Entwicklung.

Das Unternehmen, das gegenwärtig weltweit mehr als 17 000 Mitarbeiter hat, erwartet 1983 einen Umsatzzuwachs von fast zwanzig Prozent. 1982 hatte das innovationsfreudige Unternehmen einen Umsatz von 2,28 Mrd. DM erreicht. „Das Engagement von Nixdorf bringt Berlin auf dem Wege zu einem Mikroelektronikzentrum ein Stück voran“, kommentierte Wirtschaftsminister Einar Pieroth die Entscheidung des Unternehmens.

CITIBANK / Einstieg bei Venture Capital

„Eine Symbiose auf Zeit“

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Citicorp, Mutter der größten US-Bank, will im April mit einer Neugründung, der Citicorp Venture Capital GmbH, Frankfurt, im noch kaum entwickelten deutschen Markt für Venture Capital Fuß fassen. Zielgruppe sind Unternehmen mit schon marktfähigen Produkten und überdurchschnittlichen Wachstumschancen nicht nur im Technologiebereich, deren Wachstumsmöglichkeiten mangels ausreichender Kreditsicherheiten begrenzt sind.

Geplant sind nicht Objektfinanzierungen, sondern Minderheitsbeteiligungen mit unternehmerischen Engagements bei Firmen, deren Manager ihre Qualifikation bereits bewiesen haben. Zweites Bein neben der Wachstumsfinanzierung soll die Unterstützung erfolgreicher Managements bei der Übernahme von ihnen aufgebauten Unternehmen oder Betriebsteile sein. Hier sieht Citicorp

bereits konkrete Geschäftsmöglichkeiten.

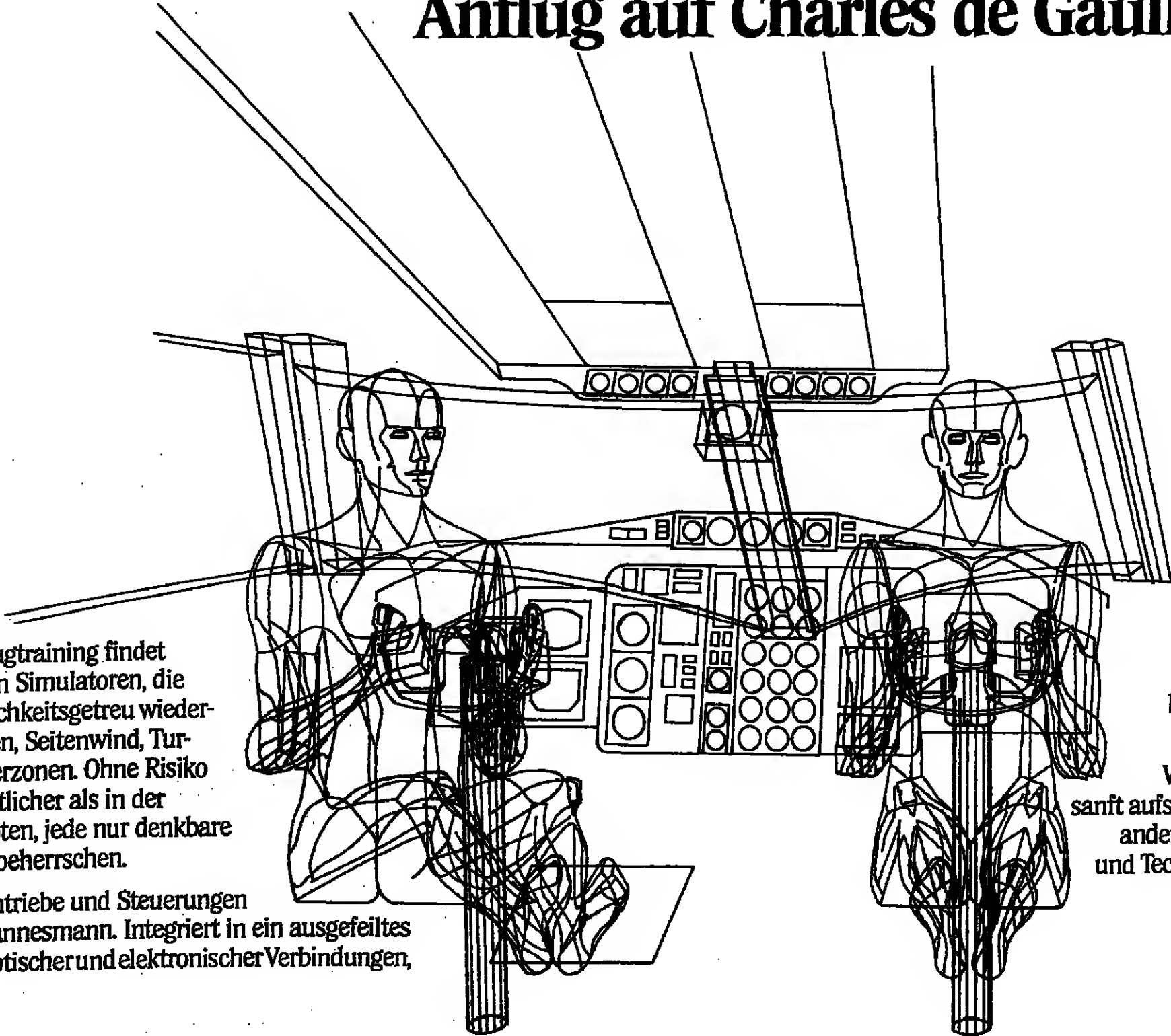
Das Durchschnittsinvestment soll bei 2,25 Mill. DM liegen, eine Million wird als Untergrenze angesehen. Aus dieser „Symbiose auf Zeit“ will die Venture-Capital-Gesellschaft nach vier bis sieben Jahren durch Platzierung ihrer Beteiligungen über die Börse oder bei anderen Unternehmen wieder aussteigen. Für die nächsten fünf Jahre wird ein Investitionsvolumen von 50 Mill. Dollar in der Bundesrepublik anvisiert, das aus bankeigenen Mitteln finanziert werden soll und nicht über Publikumsfonds, Denkbar ist auch die Hereinnahme anderer Kapitalgeber.

In den USA hat Citicorp seit 1964 rund 180 Mill. Dollar in 200 Objekten investiert, deren Marktwert jetzt doppelt so hoch ist. In Großbritannien ist Citicorp seit 1980 im Venture-Capital-Geschäft aktiv. 1984 sollen Gründungen in Frankreich und Italien folgen.

MANNESMANN

Simulationstechnik im Flugtraining

Anflug auf Charles de Gaulle



Das härteste Flugtraining findet heute am Boden statt. In Simulatoren, die Flugbedingungen wirklichkeitsgetreu wiedergeben: Starts, Landungen, Seitenwind, Turbulenzen, Schlechtwetterzonen. Ohne Risiko und erheblich wirtschaftlicher als in der Luft, lernen hier die Piloten, jede nur denkbare Flugsituation sicher zu beherrschen.

Hydraulische Antriebe und Steuerungen sind der Beitrag von Mannesmann. Integriert in ein ausgefeiltes System mechanischer, optischer und elektronischer Verbindungen,

setzen sie die Befehle aus dem Cockpit computergenaue und zuverlässig in Flugbewegungen um. Beim Flugtraining genauso präzise und sicher wie im harten Fluggalltag.

Wenn Ihr Pilot das Flugzeug das nächste Mal sanft aufsetzt, auf Charles de Gaulle oder irgendeinem anderen Flughafen, so haben auch die Ingenieure und Techniker von Mannesmann ihr umfangreiches Wissen und Können dazu beigetragen.

mannesmann technologie

Gipfelkurse überwiegend gehalten

Nachfrage nach Bank-, Versorgungs- und Autoaktien

DW. — Die große Zahl der von der privaten Bankenkundschaft vorliegenden Kaufaufträge sorgte am Wochenbeginn für eine Konsolidierung der am Freitag erreichten neuen Spitzenkurse. Die Ausländer blieben sich wegen des Dollarniedrigs wieder zurück. Das Interesse konzentrierte sich auf Bankaktien. In die Anleihen stiegen um 3,50 DM auf 173,50 DM und Keramik befestigten sich um 5 DM auf 180 DM. Dyckerhoff St. 100 und Stinnes schlossen mit einem Minus von 20 DM auf 650 DM ab.

Frankfurt: Der Aktienmarkt erreichte am Wochenbeginn einen neuen Rekord. Eine Reihe von Standardwerten konnten sich mit dem Schwergewicht bei Autokonten, Siemens, Deutsche Bank und Rückkehrer bis zu 8 DM vererben. Die Deutsche Erdöl AG, die Optionsanleihe blieben 5 DM bei 47 000 Stück Umsatz. Preussag-Bezüge bei 10 700 Stück Umsatz.

Hamburg: Markt- und Kuhhahnen sowie Holstenbrauerei und Diercke liefen gut gehandelt. Unterwegs schwächten sich Reichelt auf 113 DM minus 3 DM ab, lagen später aber wieder bei 115 DM.

Gelegentliches wurden jetzt auch die Papiere der Commerzbank und der Dresdner einbezogen. Im Bereich der Autokonten nahen neben Daimler und Mercedes auch gesucht, wo eine Optionsanleihe in Vertung zum soll.

155 DM. Von Versorgungswerten blieben EEK bei 109 DM minus 1 DM und NKK Vz. bei 18 DM.

München: Agrob St. flachte 6,50 DM auf 210,50 DM. Siemens ermittelten sich um 1,50 DM auf 283,50 DM und Hutscheneisen um 1,50 DM auf 283,50 DM. Siemens Alpin erbobten sich um 1,50 DM auf 309 DM. Gehe AG befestigten sich um 1 DM.

Berlin: Concordia Chemische AG liefen 1,50 DM auf 283,50 DM. Berthold zogen um 15 DM an. Mann konnten sich um 8 DM. Die Vorzüge und Schering 1,50 DM und Kempinski um vererben.

Nachbörse beauftragt

WELT-Aktienhandel vom 22. 1. 1928
WELT-Umsatz vom 22. 1. 1928

[illegible]

gebilligerungen wurden jetzt auch die P
re der Commerzbank und der Dresdner
einbezogen. Im Bereich der Autoaktien
den neben Daimler und Mercedes auch
gesucht, wo eine Optionsanleihe in Vor
tung sein soll.

DM auf 173,50 DM
auf 173,50 DM
Druckerhoff auf
auf 233 DM nach,
nossen mit einem
auf 650 DM ab.
auf 173,50 DM
Höchststand, die
konzentriert sich
bei Autokataly-
sen und in der
DM herbeizum-
zulegen für die Op-
ben 5 DM bei
Bezahl, Freusag-Be-
zug Umsatz.
rück- und Kühl-
rück- und Kühl-
höher gehandelt
schwächen sich
DM minus 3 DM
aber wieder bei

155 DM. Von Versorgun-
gen, BEW bei 109 DM
DM und NWK Vz. bei 18
unverändert.
München: Agrob St. Fran-
6,50 DM auf 310,50 DM. Sank
erfüllt sich um 1,50 DM
200 DM und Hutschner
felen um 5 DM auf 269,50
Stimme Alginer erhöht sich
DM auf 309 DM, Gehe AG be-
ten sich um 1 DM
Wesler, Concordia Chemi-
den um 20 DM höher traxen.
Berthold zogen um 15 DM an.
man konnten sich um 3 DM
lie Vorzüge und Scherung
1,50 DM und Kempinski um
1,50 DM.

Nachbörse: behauptet
WELT-Anstehen von 23. 1. 1978
WELT-Umsatzes von 23. 1. 1978

| | | | | |
|---------------|-------|-------|------------------|---|
| | 23.1. | 20.1. | | 2 |
| M. En. Omb. 3 | 296bG | 296bG | H. Holsten-Br. 6 | 2 |

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
| 20.1. | 21.1. | 22.1. | 23.1. | 24.1. | 25.1. | 26.1. | 27.1. | 28.1. | 29.1. | 30.1. | 31.1. | 32.1. | 33.1. | 34.1. | 35.1. | 36.1. | 37.1. | 38.1. | 39.1. | 40.1. | 41.1. | 42.1. | 43.1. | 44.1. | 45.1. | 46.1. | 47.1. | 48.1. | 49.1. | 50.1. | 51.1. | 52.1. | 53.1. | 54.1. | 55.1. | 56.1. | 57.1. | 58.1. | 59.1. | 60.1. | 61.1. | 62.1. | 63.1. | 64.1. | 65.1. | 66.1. | 67.1. | 68.1. | 69.1. | 70.1. | 71.1. | 72.1. | 73.1. | 74.1. | 75.1. | 76.1. | 77.1. | 78.1. | 79.1. | 80.1. | 81.1. | 82.1. | 83.1. | 84.1. | 85.1. | 86.1. | 87.1. | 88.1. | 89.1. | 90.1. | 91.1. | 92.1. | 93.1. | 94.1. | 95.1. | 96.1. | 97.1. | 98.1. | 99.1. | 100.1. | 101.1. | 102.1. | 103.1. | 104.1. | 105.1. | 106.1. | 107.1. | 108.1. | 109.1. | 110.1. | 111.1. | 112.1. | 113.1. | 114.1. | 115.1. | 116.1. | 117.1. | 118.1. | 119.1. | 120.1. | 121.1. | 122.1. | 123.1. | 124.1. | 125.1. | 126.1. | 127.1. | 128.1. | 129.1. | 130.1. | 131.1. | 132.1. | 133.1. | 134.1. | 135.1. | 136.1. | 137.1. | 138.1. | 139.1. | 140.1. | 141.1. | 142.1. | 143.1. | 144.1. | 145.1. | 146.1. | 147.1. | 148.1. | 149.1. | 150.1. | 151.1. | 152.1. | 153.1. | 154.1. | 155.1. | 156.1. | 157.1. | 158.1. | 159.1. | 160.1. | 161.1. | 162.1. | 163.1. | 164.1. | 165.1. | 166.1. | 167.1. | 168.1. | 169.1. | 170.1. | 171.1. | 172.1. | 173.1. | 174.1. | 175.1. | 176.1. | 177.1. | 178.1. | 179.1. | 180.1. | 181.1. | 182.1. | 183.1. | 184.1. | 185.1. | 186.1. | 187.1. | 188.1. | 189.1. | 190.1. | 191.1. | 192.1. | 193.1. | 194.1. | 195.1. | 196.1. | 197.1. | 198.1. | 199.1. | 200.1. | 201.1. | 202.1. | 203.1. | 204.1. | 205.1. | 206.1. | 207.1. | 208.1. | 209.1. | 210.1. | 211.1. | 212.1. | 213.1. | 214.1. | 215.1. | 216.1. | 217.1. | 218.1. | 219.1. | 220.1. | 221.1. | 222.1. | 223.1. | 224.1. | 225.1. | 226.1. | 227.1. | 228.1. | 229.1. | 230.1. | 231.1. | 232.1. | 233.1. | 234.1. | 235.1. | 236.1. | 237.1. | 238.1. | 239.1. | 240.1. | 241.1. | 242.1. | 243.1. | 244.1. | 245.1. | 246.1. | 247.1. | 248.1. | 249.1. | 250.1. | 251.1. | 252.1. | 253.1. | 254.1. | 255.1. | 256.1. | 257.1. | 258.1. | 259.1. | 260.1. | 261.1. | 262.1. | 263.1. | 264.1. | 265.1. | 266.1. | 267.1. | 268.1. | 269.1. | 270.1. | 271.1. | 272.1. | 273.1. | 274.1. | 275.1. | 276.1. | 277.1. | 278.1. | 279.1. | 280.1. | 281.1. | 282.1. | 283.1. | 284.1. | 285.1. | 286.1. | 287.1. | 288.1. | 289.1. | 290.1. | 291.1. | 292.1. | 293.1. | 294.1. | 295.1. | 296.1. | 297.1. | 298.1. | 299.1. | 300.1. | 301.1. | 302.1. | 303.1. | 304.1. | 305.1. | 306.1. | 307.1. | 308.1. | 309.1. | 310.1. | 311.1. | 312.1. | 313.1. | 314.1. | 315.1. | 316.1. | 317.1. | 318.1. | 319.1. | 320.1. | 321.1. | 322.1. | 323.1. | 324.1. | 325.1. | 326.1. | 327.1. | 328.1. | 329.1. | 330.1. | 331.1. | 332.1. | 333.1. | 334.1. | 335.1. | 336.1. | 337.1. | 338.1. | 339.1. | 340.1. | 341.1. | 342.1. | 343.1. | 344.1. | 345.1. | 346.1. | 347.1. | 348.1. | 349.1. | 350.1. | 351.1. | 352.1. | 353.1. | 354.1. | 355.1. | 356.1. | 357.1. | 358.1. | 359.1. | 360.1. | 361.1. | 362.1. | 363.1. | 364.1. | 365.1. | 366.1. | 367.1. | 368.1. | 369.1. | 370.1. | 371.1. | 372.1. | 373.1. | 374.1. | 375.1. | 376.1. | 377.1. | 378.1. | 379.1. | 380.1. | 381.1. | 382.1. | 383.1. | 384.1. | 385.1. | 386.1. | 387.1. | 388.1. | 389.1. | 390.1. | 391.1. | 392.1. | 393.1. | 394.1. | 395.1. | 396.1. | 397.1. | 398.1. | 399.1. | 400.1. | 401.1. | 402.1. | 403.1. | 404.1. | 405.1. | 406.1. | 407.1. | 408.1. | 409.1. | 410.1. | 411.1. | 412.1. | 413.1. | 414.1. | 415.1. | 416.1. | 417.1. | 418.1. | 419.1. | 420.1. | 421.1. | 422.1. | 423.1. | 424.1. | 425.1. | 426.1. | 427.1. | 428.1. | 429.1. | 430.1. | 431.1. | 432.1. | 433.1. | 434.1. | 435.1. | 436.1. | 437.1. | 438.1. | 439.1. | 440.1. | 441.1. | 442.1. | 443.1. | 444.1. | 445.1. | 446.1. | 447.1. | 448.1. | 449.1. | 450.1. | 451.1. | 452.1. | 453.1. | 454.1. | 455.1. | 456.1. | 457.1. | 458.1. | 459.1. | 460.1. | 461.1. | 462.1. | 463.1. | 464.1. | 465.1. | 466.1. | 467.1. | 468.1. | 469.1. | 470.1. | 471.1. | 472.1. | 473.1. | 474.1. | 475.1. | 476.1. | 477.1. | 478.1. | 479.1. | 480.1. | 481.1. | 482.1. | 483.1. | 484.1. | 485.1. | 486.1. | 487.1. | 488.1. | 489.1. | 490.1. | 491.1. | 492.1. | 493.1. | 494.1. | 495.1. | 496.1. | 497.1. | 498.1. | 499.1. | 500.1. | 501.1. | 502.1. | 503.1. | 504.1. | 505.1. | 506.1. | 507.1. | 508.1. | 509.1. | 510.1. | 511.1. | 512.1. | 513.1. | 514.1. | 515.1. | 516.1. | 517.1. | 518.1. | 519.1. | 520.1. | 521.1. | 522.1. | 523.1. | 524.1. | 525.1. | 526.1. | 527.1. | 528.1. | 529.1. | 530.1. | 531.1. | 532.1. | 533.1. | 534.1. | 535.1. | 536.1. | 537.1. | 538.1. | 539.1. | 540.1. | 541.1. | 542.1. | 543.1. | 544.1. | 545.1. | 546.1. | 547.1. | 548.1. | 549.1. | 550.1. | 551.1. | 552.1. | 553.1. | 554.1. | 555.1. | 556.1. | 557.1. | 558.1. | 559.1. | 560.1. | 561.1. | 562.1. | 563.1. | 564.1. | 565.1. | 566.1. | 567.1. | 568.1. | 569.1. | 570.1. | 571.1. | 572.1. | 573.1. | 574.1. | 575.1. | 576.1. | 577.1. | 578.1. | 579.1. | 580.1. | 581.1. | 582.1. | 583.1. | 584.1. | 585.1. | 586.1. | 587.1. | 588.1. | 589.1. | 590.1. | 591.1. | 592.1. | 593.1. | 594.1. | 595.1. | 596.1. | 597.1. | 598.1. | 599.1. | 600.1. | 601.1. | 602.1. | 603.1. | 604.1. | 605.1. | 606.1. | 607.1. | 608.1. | 609.1. | 610.1. | 611.1. | 612.1. | 613.1. | 614.1. | 615.1. | 616.1. | 617.1. | 618.1. | 619.1. | 620.1. | 621.1. | 622.1. | 623.1. | 624.1. | 625.1. | 626.1. | 627.1. | 628.1. | 629.1. | 630.1. | 631.1. | 632.1. | 633.1. | 634.1. | 635.1. | 636.1. | 637.1. | 638.1. | 639.1. | 640.1. | 641.1. | 642.1. | 643.1. | 644.1. | 645.1. | 646.1. | 647.1. | 648.1. | 649.1. | 650.1. | 651.1. | 652.1. | 653.1. | 654.1. | 655.1. | 656.1. | 657.1. | 658.1. | 659.1. | 660.1. | 661.1. | 662.1. | 663.1. | 664.1. | 665.1. | 666.1. | 667.1. | 668.1. | 669.1. | 670.1. | 671.1. | 672.1. | 673.1. | 674.1. | 675.1. | 676.1. | 677.1. | 678.1. | 679.1. | 680.1. | 681.1. | 682.1. | 683.1. | 684.1. | 685.1. | 686.1. | 687.1. | 688.1. | 689.1. | 690.1. | 691.1. | 692.1. | 693.1. | 694.1. | 695.1. | 696.1. | 697.1. | 698.1. | 699.1. | 700.1. | 701.1. | 702.1. | 703.1. | 704.1. | 705.1. | 706.1. | 707.1. | 708.1. | 709.1. | 710.1. | 711.1. | 712.1. | 713.1. | 714.1. | 715.1. | 716.1. | 717.1. | 718.1. | 719.1. | 720.1. | 721.1. | 722.1. | 723.1. | 724.1. | 725.1. | 726.1. | 727.1. | 728.1. | 729.1. | 730.1. | 731.1. | 732.1. | 733.1. | 734.1. | 735.1. | 736.1. | 737.1. | 738.1. | 739.1. | 740.1. | 741.1. | 742.1. | 743.1. | 744.1. | 745.1. | 746.1. | 747.1. | 748.1. | 749.1. | 750.1. | 751.1. | 752.1. | 753.1. | 754.1. | 755.1. | 756.1. | 757.1. | 758.1. | 759.1. | 760.1. | 761.1. | 762.1. | 763.1. | 764.1. | 765.1. | 766.1. | 767.1. | 768.1. | 769.1. | 770.1. | 771.1. | 772.1. | 773.1. | 774.1. | 775.1. | 776.1. | 777.1. | 778.1. | 779.1. | 780.1. | 781.1. | 782.1. | 783.1. | 784.1. | 785.1. | 786.1. | 787.1. | 788.1. | 789.1. | 790.1. | 791.1. | 792.1. | 793.1. | 794.1. | 795.1. | 796.1. | 797.1. | 798.1. | 799.1. | 800.1. | 801.1. | 802.1. | 803.1. | 804.1. | 805.1. | 806.1. | 807.1. | 808.1. | 809.1. | 810.1. | 811.1. | 812.1. | 813.1. | 814.1. | 815.1. | 816.1. | 817.1. | 818.1. | 819.1. | 820.1. | 821.1. | 822.1. | 823.1. | 824.1. | 825.1. | 826.1. | 827.1. | 828.1. | 829.1. | 830.1. | 831.1. | 832.1. | 833.1. | 834.1. | 835.1. | 836.1. | 837.1. | 838.1. | 839.1. | 840.1. | 841.1. | 842.1. | 843.1. | 844.1. | 845.1. | 846.1. | 847.1. | 848.1. | 849.1. | 850.1. | 851.1. | 852.1. | 853.1. | 854.1. | 855.1. | 856.1. | 857.1. | 858.1. | 859.1. | 860.1. | 861.1. | 862.1. | 863.1. | 864.1. | 865.1. | 866.1. | 867.1. | 868.1. | 869.1. | 870.1. | 871.1. | 872.1. | 873.1. | 874.1. | 875.1. | 876.1. | 877.1. | 878.1. | 879.1. | 880.1. | 881.1. | 882.1. | 883.1. | 884.1. | 885.1. | 886.1. | 887.1. | 888.1. | 889.1. | 890.1. | 891.1. | 892.1. | 893.1. | 894.1. | 895.1. | 896.1. | 897.1. | 898.1. | 899.1. | 900.1. | 901.1. | 902.1. | 903.1. | 904.1. | 905.1. | 906.1. | 907.1. | 908.1. | 909.1. | 910.1. | 911.1. | 912.1. | 913.1. | 914.1. | 915.1. | 916.1. | 917.1. | 918.1. | 919.1. | 920.1. | 921.1. | 922.1. | 923.1. | 924.1. | 925.1. | 926.1. | 927.1. | 928.1. | 929.1. | 930.1. | 931.1. | 932.1. | 933.1. | 934.1. | 935.1. | 936.1. | 937.1. | 938.1. | 939.1. | 940.1. | 941.1. | 942.1. | 943.1. | 944.1. | 945.1. | 946.1. | 947.1. | 948.1. | 949.1. | 950.1. | 951.1. | 952.1. | 953.1. | 954.1. | 955.1. | 956.1. | 957.1. | 958.1. | 959.1. | 960.1. | 961.1. | 962.1. | 963.1. | 964.1. | 965.1. | 966.1. | 967.1. | 968.1. | 969.1. | 970.1. | 971.1. | 972.1. | 973.1. | 974.1. | 975.1. | 976.1. | 977.1. | 978.1. | 979.1. | 980.1. | 981.1. | 982.1. | 983.1. | 984.1. | 985.1. | 986.1. | 987.1. | 988.1. | 989.1. | 990.1. | 991.1. | 992.1. | 993.1. | 994.1. | 995.1. | 996.1. | 997.1. | 998.1. | 999.1. | 1000.1. |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Devisen und Sorten

wurden am 23. Januar folgende Gold-
 genannt (in DM):
 Deutsche Zahlungsmittel*)
 Ankauf Verkauf
 1852,00 1852,00
 1852,00 1852,00
 (Ordinan**) 400,00 400,00
 (Liberty) 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400,00 400,00
 400

| | | | |
|--|------------|--------|--------|
| | | 777,40 | 781,5 |
| Devisenterminkurs | | | |
| Dollardeposita wurden am 23. Januar bisher quotiert, nachdem die Dollar-Zinssätze im Vergleich im Freitag 7 Prozentpunkte anstiegen. | | | |
| Dollar/Dollar | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |
| Pfund/Dollar | 0,068/0,07 | 0,070 | 0,071 |
| Mark/Dollar | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |
| 77 DM | 27/1 | 67/1 | 129/1 |

TEE

Als Rohstoff wirkt der Tee geradezu unbedeutend. Rund zwei Millionen Tonnen der grünen Blätter, von denen etwa 800 000 Tonnen schon verarbeitet in den Export gehen, bringen den Erzeugerländern insgesamt gut 1,2 Milliarden Dollar. Im Vergleich zum Kaffee ist dieser Welthandelsumsatz verschwindend klein. Jedoch: Für die vorwiegend asiatischen Produzentenländer bedeutet das Naturprodukt Kultur, Arbeit, Devisen und vor allem auch Nahrung. Gerade in den vergangenen Jahren ist der Eigenverbrauch dieser Staaten erheblich gestiegen – zum Leidwesen der westlichen Abnehmer, die aufgrund des knappen Angebots bedeutet höhere Preise zahlen müssen. Ein Umstand, der die Engländer besonders hart trifft. Die Deutschen, mit nur etwa einem Prozent am Welt-Teeverbrauch beteiligt, können der Entwicklung freilich etwas gelassener entgegensehen.



Ceylonese Teeplückerinnen bei der beschwerlichen Arbeit FOTO: POLY-PRESS

DEUTSCHER MARKT / Vom Boom vergangener Jahre, ausgelöst durch die Einführung aromatisierter Sorten, ist nur noch wenig zu spüren

Weichpackungen sind wieder gefragt – Tee in Dosen hingegen mußte erhebliche Einbußen hinnehmen

Wende, Aufschwung – diese überstrapazierten Schlagworte können die heutige Situation am deutschen Teemarkt nicht beschreiben. Denn der Teeverbrauch weist keineswegs die Zuwachsraten vergangener Jahre auf – 1977 bis 1982 im Durchschnitt sieben Prozent. Im Gegenteil: Der Konsum stagniert oder geht zurück. In diesem Punkt scheiden sich die Geister deutscher Packer und Teehändler. Während die einen behaupten, die Deutschen hätten 1983 etwa vier Prozent weniger Tee aufgegossen als noch ein Jahr zuvor, bestehen die anderen darauf, daß die bundesrepublikanischen Teetrinker trotz des heißen Sommers dem fernöstlichen anmutenden Getränk treu geblieben sind – im gleichen Umfang wie 1982.

Beweisen läßt sich weder die eine noch die andere Aussage. Denn der Verbrauch wird ausschließlich anhand des Teeverkaufsumsatzes, 85,24 Millionen Mark, ermittelt; eine Mengensteuer (Zölle werden seit 1972 nicht mehr erhoben), die an den Staat entrichtet werden muß, sobald der

Tee das Zollager verläßt. Wieviel Tee beim Packer auf Lager liegt, bleibt jedoch das Geheimnis der einzelnen Unternehmen.

Aber eines scheint jedenfalls sicher: Einer gesteigerten Beliebtheit hat sich der Tee 1983 nicht erfreut. Für das Abflauen des Booms werden vor allem die Aroma-Tees, die Ende der siebziger Jahre den Markt überflutet haben, verantwortlich gemacht. Diese mit Wildkirsche-, Vanille-, Orange-, Mango- oder Maracuja besprühten Teemischungen hatten besonders junge Leute angelockt. Offener nahmen diese phantasievollen Geschmacksrichtungen dem kalorienfreien Getränk das leicht angestaute Image, das ihm noch anhaftete. Teetrinker kam in Mode, wie die Zahlen bezeugen: Statt 140 Gramm Pro-Kopf-Verbrauch 1970 waren es 1982 auf einmal 255 Gramm, die ein Deutscher im Durchschnitt pro Jahr kauft.

Doch zum Leidwesen dieser Branche hat Mode etwas Vergängliches. Und so vermuten die Insider einhellig, daß der Teekonsum schon 1983 leicht abgeflaut ist und möglicherweise in diesem Jahr noch weiter zurückgehen wird. Der Verbrauch werde sich wohl auf einem Niveau einpendeln, das zwischen den „achtziger Spitzenwerten“ und den Konsumzahlen vor dem großen Boom (195 Gramm Pro-Kopf-Verbrauch) liegen wird.

Die Begründung für diese Schätzung ist einfach: Der Anteil der Aroma-Tees am Gesamtverbrauch beträgt im Augenblick rund zehn Prozent. Wenn er im Laufe der näch-

sten Jahre auf etwa fünf Prozent zurückfallen sollte, dürfte die entstehende Lücke zum Teil dadurch gefüllt werden, daß ehemalige Aroma-Tee-Fans auf reinen Schwarztee umsteigen. Denn dieses Phänomen, Aroma-Tee als Sprungbrett in die wahre Teekultur, haben deutsche Packer schon bei zahlreichen jungen Leuten beobachtet. Der Rest, vielleicht zwei bis drei Prozent – vermutlich ein großer Teehändler – wird dem Teemarkt ganz verloren gehen.

Derartige Zukunftsaussichten könnten zu dem Schluß verleiten, daß die Schlacht um die Marktanteile nun forciert wird. Aber ein Blick auf die Struktur zeigt, daß der Markt sich aus vielen Nischen zusammensetzt. Große und kleine Packer haben sich im allgemeinen auf Teilbereiche spezialisiert. Einige beliefern überwiegend Handelsketten, andere in großen Mengen den Einzelhandel, ein Dritter konzentriert sich auf die Crème de la crème der Hotels und Restaurants. Die Gewichtsverteilung innerhalb dieser Kategorien auf Tee in Beuteln, auf Dosentees oder auf Tee in Weichpackungen bietet weitere Möglichkeiten, Marktsegmente zu schaffen. Dieses Gefüge schwächt den Kampf um den Verbraucher ab.

Im einzelnen teilt sich der Markt wie folgt auf: Gut die Hälfte schwarzen Tees wird über den Lebensmittelhandel verkauft, der Kaffee- und Teefachhandel absorbiert 14 Prozent, Aldi 13, die Warenhäuser fünf, Tchibo und Eduscho-Depots verkaufen vier Prozent, der Versandhandel sieben und über sonstige Einkaufsstätten

gehen ebenfalls sieben Prozent an den Verbraucher. Die Gastronomie und die Großverbraucher, wie Krankenhäuser, Altersheime und ähnliche Einrichtungen, sind in dieser Statistik allerdings nicht enthalten, bilden aber durchaus interessante Kundenkreise.

Die Verpackung des statistisch erfaßten Teesatzes gestaltet sich folgendermaßen: 60 Prozent in Aufgussbeuteln, die mit 127 Millionen Mark Umsatz im vergangenen Jahr zweifellos den größten Marktanteil beanspruchten, 27 Prozent in Weichpackungen mit einem Umsatz von 60 Millionen Mark und 15 Prozent in Dosen mit einem Umsatz von 33 Millionen Mark. In Zukunft, so prognostizieren die Packer, werde der Verbraucher vermehrt zum schwarzen Tee in Weichpackungen greifen. Dieser Trend habe sich schon in den letzten beiden Jahren abgezeichnet. So wurden von Januar bis Oktober 1983 mengenmäßig elf Prozent mehr Schwarztee-Pakete verkauft als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Beuteltees mußte hingegen ein Prozent, Dosentees sogar zwölf Prozent Marktanteil abgeben. Ob für diese Verschiebung ausschließlich der Preis verantwortlich ist, oder auch der Wunsch nach mehr Zeremonie – im Vergleich zum Aufgussbeutel – läßt sich schwer feststellen. (Nicht berücksichtigt in der Rechnung sind Ostfriesland aufgrund seiner Sonderstellung und Aldi.)

Darüber hinaus ergeben sich freilich Produktdifferenzierungen durch die mehreren hundert Provenienzen, die jedem Packer für seine Mischung zur Verfügung stehen. Jedoch glaubt die Mehrheit der Packer, daß Unkenntnis unter den Teetrinkern stark verbreitet ist. Mit den unterschiedlichen Bezeichnungen, die auf den Packungen vermerkt sind, könnten nur die Versierten etwas anfangen. Daher rangiere dieses Kriterium bei der Produktwahl eher unter „fernere Liefen“. Bemerkenswert wäre der Verbraucher hingegen, wenn das Qualitätsniveau sich plötzlich verschlechterte. Bisher rühmt sich die Branche, im Durchschnitt den besten Tee Europas zu bieten.

Ein kleiner, wenn auch unzulänglicher Beweis, mag die Import-Statistik des International Tea Committee sein: Nicht die billigen und meist minderwertigen Sorten aus Rußland, der Türkei oder Südamerika gelangen durch den Freihafen in die Bundesrepublik, sondern maßgeblich indische (32 Prozent) und ceylonese (24 Prozent) Provenienzen. In den letzten Jahren konnten auch chinesische und afrikanische Teesorten größere Furore machen. Sie beteiligten sich 1983 mit 13 und zehn Prozent an der deutschen Gesamteinfuhr von 17 603 Tonnen, von denen allerdings 2078 Tonnen wieder reexportiert wurden – nach Österreich, Dänemark, Skandinavien oder in die USA.

In jedem Fall aber, bestätigen zahlreiche Importeure, werden die in höheren Lagen angebauten Provenienzen verlangt. Denn Höhenkulten Tees liefern besonders gut gedeihen, bürgt für Vortrefflichkeit. Und genau daran soll es in deutschen Ländern nicht fehlen. KAREN SÖHLER

VERBRAUCHERSCHUTZ / Viele Vorschriften

Die Qualität können nur die Teetaster bestimmen

Der Verkehr mit Lebens- und Genussmitteln, ob flüssig oder fest, ist in der Bundesrepublik wohl geordnet – zum Schutz des Verbrauchers. Das Fundament dieser Verkehrsregelung bilden zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die für alles Verzehrbare einheitlich gelten. Aber damit nicht genug: Die meisten Nahrungsmittel unterliegen zusätzlichen „persönlichen“ Vorschriften. An dieser Einzelbehandlung ist auch der Tee nicht vorbeigekommen.

Es beginnt schon mit der Namensgebung. Um die drei Buchstaben ausschließlich für den schwarzen Tee zu reservieren, wurde 1942 eine Verordnung für Tee und teeähnliche Erzeugnisse in Kraft gesetzt. Der erste Paragraph legt fest, was sich Tee oder Teemischung nennen darf, nämlich nur die Blattknospen, jungen Blätter und jungen Triebe des Teestrauchs „Gattung Thea“. Alle teeähnlichen, aber doch abweichenden Erzeugnisse müssen ihre Andersartigkeit deutlich kennzeichnen. Beispielsweise verweist der Name Brombeertee auf die Art des verwandten teeähnlichen Produktes.

Bei aromatisierten schwarzen Tees reichte diese einfache Abgrenzung nicht aus. Die Lebensmittelkennzeichnungs-Verordnung schreibt vor „schwarzer Tee, aromatisiert“ oder „aromatisierter schwarzer Tee“. Ein Hinweis auf die Geschmacksrichtung darf nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Begriff Tee auftauchen. Das Mindesthaltbarkeitsdatum und eine Zutatenliste müssen bei aromatisierten Tees auf jeden Fall angegeben sein, während bei reinem schwarzen Tee auf nähere Angaben verzichtet werden kann. Denn die internationale Tee-Welt vertritt einmütig die Auffassung, daß Tee sich länger als 18 Monate hält.

Ob die auf den Teepackungen angegebenen Gewichte stimmen, prüfen die Eichämter. Den wie am Schirmchen laufenden Abfüllmaschinen könnte schließlich auch einmal ein Fehler unterlaufen. Diese komplizierten Kennzeichnungsregelungen

gelten freilich nur für Tee in Fertigpackungen. Bei losem Tee, der nicht per Selbstbedienung abgegeben wird, liegt das Schicksal des Verbrauchers in den Händen des Verkaufspersonals. Nur der Preis pro 100 Gramm oder pro ein Kilo muß neben dem Aushang erwähnt sein – laut Preisangaben-Verordnung.

Über diese Außerlichkeit hinaus bestimmte Anforderungen an das Produkt Tee zu stellen, ist äußerst schwierig. Denn chemische Analysedaten lassen sich bei Tee nicht anwenden. Das einzige Kriterium, nach dem die Qualität einer Provenienz bewertet wird, ist die Zunge des erfahrenen Teetasters – auf deutsch Teeschmecker. Zwar gelten im internationalen Handel bestimmte Merkmale, wie Feuchtigkeitsgehalt, Stengelanteil, Sandteil, die erkennen lassen, ob es tatsächlich ein Erzeugnis des Teestrauchs ist. Diese Normen – festgelegt von der International Organization for Standardization – geben jedoch keineswegs Auskunft über die Güte des Tees.

Daß die schwer definierbare Qualität nicht durch Umwegen von Pflanzen-Schutzmitteln geschmälert wird, dafür sorgt die Höchstmengen-Verordnung Pflanzenschutz, die auch die Grenze erlaubt Rückstände festsetzt. Der Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels hat seit Bestehen dieser Verordnung einen Untersuchungsring gegründet, der in regelmäßigen Abständen die „Rückstandssituation“ in den wichtigsten Anbauländern untersucht. Die Werte sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, da fast alle Produzenten Pflanzenschutzmittel entweder gar nicht oder nur unter den strengen Augen der Aufsichtsbehörden benutzen. Der Grund für diese Achtsamkeit: Für die Anbauländer bedeutet Tee ausländische Währung. Eine verringerte Aufmerksamkeit in diesem Punkt könnte Devisenverluste nach sich ziehen – und das wiederum könnte keines dieser Länder sich leisten. GISELA PANZER

Die ersten Kulturen wurden in China entdeckt

Tee macht die Sinne klar – so lautet eine alte fernöstliche Weisheit. Wie alt? Genaues steht nicht fest. Denn Geschichte, die mehrere tausend Jahre zurückliegt, ist zwangsläufig eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit. Daher wird es wohl immer ein Rätsel bleiben, wo der Teestrauch seinen Ursprung hat. Aber in einem Punkt sind sich die Gelehrten einig: Die ersten Teekulturen stammen aus China. Etwa 500 v. Chr. trugen buddhistische Mönche den Kult nach Japan.

400 Jahre verstrichen, bis die erste Kunde von dem fernöstlichen Getränk nach Europa drang. Und es dauerte nochmals rund 700 Jahre, bis Araber, christliche Missionare und Seelente den ersten grünen Tee aus China, der heute in europäischen Gefilden wenig Anklang findet, nach Europa transportierten. So wurde der Grundstein für den internationalen Teehandel erst Anfang des 17. Jahrhunderts gelegt.

Zunächst betrieben nur die Holländer den Handel mit China und Japan. Denn das „fliegende Volk“ hatte sich mit Hilfe des Fernost-Monopols eine Vormachtstellung erobert. 1699 mußten die Niederländer die Bevorratung jedoch an die Briten abtreten. Bis 1833 verschaffte ausschließlich das Vereinigte Königreich Tee vom Fernen Osten nach Europa. Sechs bis neun Monate, manchmal sogar ein Jahr, waren die Schiffe unterwegs.

Hitze und Feuchtigkeit spielten dem Tee und seiner Qualität arg mit. Rund 200 Jahre mußten Teeliebhaber mit diesem Mangel leben. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts hatten Schiffsbauer einen Klipper entwickelt, der es möglich machte, die kostbare Frucht in nur 99 Tagen einmal um die halbe Erde zu schiffen. Nach der Eröffnung des Suez-Kanal 1869 verkürzte die Route sich dann ohnehin erheblich – von Sri Lanka aus gerechnet um 7000 Kilometer.

Der verstärkte Teehandel zog den Aufbau einer Tee-Industrie nach sich. Vorreiter war Anfang des 19. Jahrhunderts Nordost-Indien (Assam), das zunächst Samen aus China und dann welche aus der eigenen Züchtung benutzte. Da Japan seine Grenzen geschlossen hatte, im China-Handel erste Schwierigkeiten auftraten, begann Indien die aufstrebende Marktlücke zu füllen. Heute sind die Indier die größten Teeproduzenten der Welt.

Sri Lanka, damals noch Ceylon, Java, Sumatra und Rußland folgten dem Beispiel Indiens mit geringer zeitlicher Verzögerung. In Afrika jedoch wurde erst Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem gezielten Teeanbau begonnen.

RENEE PREVE

Redaktion: Karen Söhler
Anzeigen: André Hauke, Hamburg

WIRKSTOFFE / Tein und Gerbsäure ergänzen sich

Tee regt an, aber nicht auf

Erregung verursacht er nicht, auch keine Aufregung, nur Anregung. So jedenfalls wird im Volksmund die bevorstehende Eigenschaft des Tees beschrieben. Die Binsenweisheit läßt sich sogar wissenschaftlich belegen: Es sind die im Tee enthaltenen Wirkstoffe, die jene fast widerprüchlich anmutenden Charakterzüge verursachen.

Der entscheidende Bestandteil ist zunächst das Coffein (Tein), von dem jede Tasse etwa 0,05 Gramm enthält. Im Gegensatz zum Kaffee stützt das Coffein im Tee nicht den Kreislauf über das Herz, sondern durch eine gesteigerte Gehirndurchblutung und einen erhöhten Gehirnstoffwechsel belebt es das zentrale Nervensystem.

Daß Coffein im Tee anders wirkt als im Kaffee, hängt mit der zweiten wesentlichen Substanz zusammen: Das Tannin, die Gerbsäure, bremst den Einfluß des Coffeins. Ergänzt wird dieses günstige Zusammenspiel der Stoffe durch eine dritte Substanz – durch das Theanin. Diese Aminosäure fängt die aufregende Wirkung des Coffeins langsam ab; und erst bei längerem Ziehenlassen wird es vollständig herausgelöst.

Aber damit des Positiven nicht genug: Tee enthält auch wichtige Vitamine wie die für geistig aktive Menschen unentbehrliche Vitamin D und Vitamin B1. Von den Spurenelementen ist speziell Fluor hervorzuheben.

F. DURST

Ostfriesland: Zwei Prozent der Deutschen trinken ein Viertel der gesamten Einfuhr

Tee gehört zu Ostfriesland wie Meer, Küste und Marsch. Den Freuden haben sie es einst sogar schriftlich gegeben. Der Tee, so schrieben sie hochoffiziell, ist „so tief eingewurzelt, daß die Natur des Menschen schon durch eine schöpferische Kraft mußte umgekehrt werden...“

An derart lebensnotwendig Tee verbrauchen die Ostfriesen mehr als sechs Pfund pro Kopf und Jahr – achtmal soviel wie der deutsche Durchschnittsbürger. Ein Viertel des gesamten deutschen Tee-Imports geht nach Ostfriesland, und das, obwohl die Ostfriesen nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die ostfriesische Tee-Begeisterung hat eine jahrhundertalte Tradition.

Niederländer, die schon Anfang des 17. Jahrhunderts die ersten Schiffsladungen Tee aus Japan und China nach Europa brachten, belieferten von Anfang an auch ihre ostfriesischen Nachbarn. Sie machten das fernöstliche Getränk zur gefragtesten flüssigen Nahrung. Nur stark muß der Tee sein. Eine wahre Ostfriesen-Mischung besteht etwa aus 20 kräftigen, gehaltvollen Assam-Tees.

Zur echten Zeremonie gehören an der Waterkant darüber hinaus eine ganz besondere Stimmung und das Gewußt-wie: Pro Person wird ein gehäufte Teelöffel Tee in den heiß ausgedünsteten „Teepott“ gegeben. Nach dem Motto „Drei Tassen hören dar to“ berechnet die ostfriesische Haus-

frau mindestens drei kleine Ostfriesen-Tassen für jeden. Aus dem Teekessel wird kochendes Wasser aufgegossen bis die Blätter zwei bis drei Finger hoch bedeckt sind. Der Aufguss darf höchstens fünf Minuten ziehen. Dann wird süßl Wasser nachgegossen wie Tassen gewünscht werden.

Wer nun „n lecker Koppke Tee“ auf ostfriesische Art genießen will, der gibt zunächst Kandis in die Tasse. Der darübergegossene heiße Tee erzeugt Knistern und Knacken. Sahne darf freilich nicht fehlen. Behutsam auf den Tee gelegt, breitet sie sich dann langsam zu einer zarten, weißen „Wulke“ aus. P. OBERHEIDE



Tee ist nicht gleich Tee

Zum Beispiel Tee aus Ceylon: Wer rassig-herben Tee bevorzugt, wählt klassischen CEYLON. Auch dieser Tee braucht keine zusätzlichen Aromastoffe, um seinen typischen Geschmack zu entfalten. Man findet CEYLON auch in der berühmten Englischen Mischung.

Zum Beispiel Tee aus Kenia: Liebe und Sorgfalt lassen auf charaktervollem Boden typische Qualität gedeihen, die sich frisch und spritzig im Geschmack entfaltet. KENIA-Tee gilt unter Kennern als Geheimtip.

Zum Beispiel Tee aus Indien: Der besonders kräftige und würzige Geschmack ist unverwechselbar. Mit zu den besten zählt der ASSAM, einer der großen Klassiker für Liebhaber des reinen Genusses. ASSAM gibt auch der berühmten Ostfriesischen Mischung ihre typische Note.

Hinter diesen Erzeugerländern steht eine große Gemeinschaft, die im Interesse der Verbraucher gegründet wurde.

Das Deutsche Teebüro, ein zur Förderung des Qualitätsbewußtseins gegründeter Zusammenschluß der Produzenten und des Handels, leistet seit über 30 Jahren Aufklärung über eines der schönsten Geschenke, die auf unserer Erde wachsen. Sei es durch Schulung über die richtige Zubereitung, die Tee erst zur Entdeckung werden läßt, sei es durch Dokumentation, Information oder Öffentlichkeitsarbeit, die der Verbreitung einer guten Botschaft dienen.

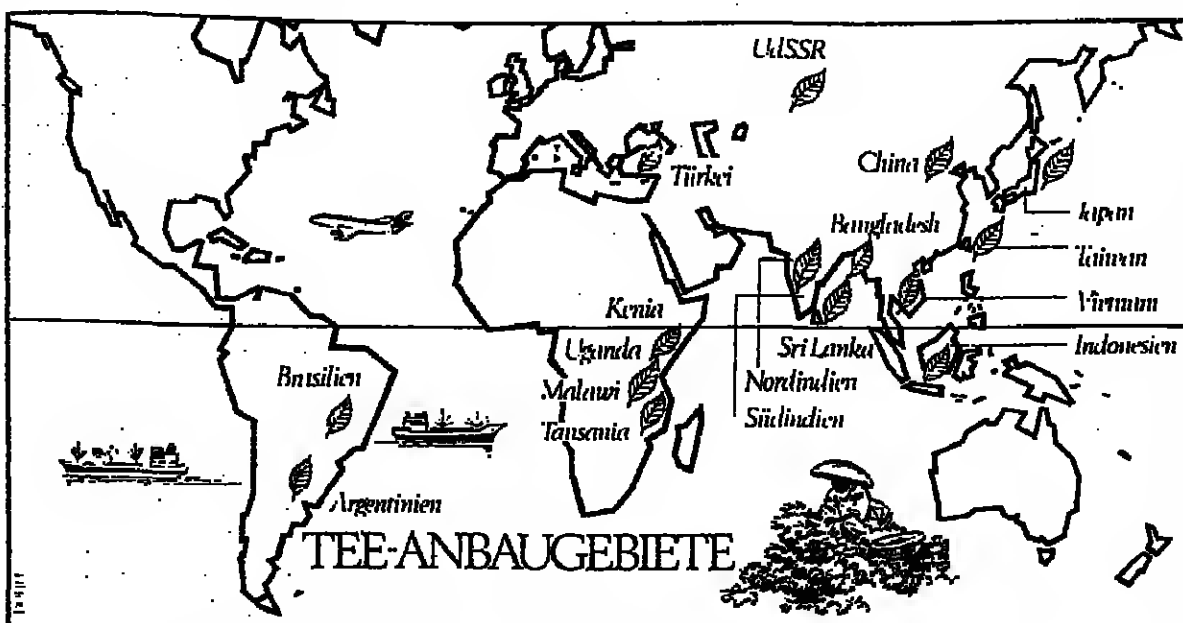
Der Trend zum bewußteren Konsum hat sich durch enorme Steigerung des Welt-Teedarfs auch in den Tee-Ursprungsändern ausgewirkt. Mit dieser Entwicklung konnten die Tee-Plantagen kaum Schritt halten. Trotz unvermeidlicher Preiserhöhungen bleibt Tee aber nach Trinkwasser immer noch das preiswerteste Getränk.

Jeder, der sich für Tee interessiert, kann unseren Informationsdienst in Anspruch nehmen.



30 Jahre: Das Deutsche Teebüro

Steindamm 9 - 2000 Hamburg 1



WELTMARKT / Verbrauch in den Erzeugerländern erheblich gestiegen

Das Angebot kann die Nachfrage bei weitem nicht mehr befriedigen

Die europäische Teewirtschaft ist in heller Aufregung. Preissteigerungen, wie die Branche sie seit über einem Jahr erlebt, gab es noch nie in der Geschichte des Tees. Beinahe täglich klettern die Auktionspreise. In London haben sie mit 375 Pence pro Kilo für hervorragende Qualitäten am 10. Januar einen neuen historischen Höchststand erreicht. Die letzte Hausse von 1976/77 ist damit weit übertroffen. Seit dem letzten Sommer haben sich Steigerungen von rund 150 Prozent ergeben, bei Konsumware und niedrigen Güteklassen sogar etwa 200 Prozent. Das hat zu einer Umkehr der bisher gültigen Relation geführt.

Es scheint, als ob sich das hohe Preisniveau halten wird. Denn die Vorräte sind nach zum Teil schlechten Ernten in den letzten Jahren und einer längeren Phase niedrigerer Preise weltweit stark geschrumpft. Der kontinuierliche Preisanstieg, der bereits im August 1982 eingesetzt hatte, deutete schon auf eine effektive Angebotsverknappung hin. In den letzten Wochen jedoch sind die Preise förmlich explodiert. Die Ursache liegt zweifelsohne im Angebot und in der Nachfrage, nicht im spekulativen Engagement.

MILFORD TEA verschönt mit *Pur* und der Welt.

Auf der Nachfrageseite kämpft der Markt mit zwei Problemen. Erstens ist der Verbrauch im Nahen und Mittleren Osten erheblich gestiegen. Länder wie Iran, Irak, Syrien, Ägypten leisten sich eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Tee. Inzwischen ist er zu einer der Hauptnahrungsmittel avanciert. Diese Länder, in denen das fernöstliche Getränk so an Bedeutung gewonnen hat, zahlen auf den Auktionen jeden Preis – zum großen Leidwesen der europäischen Händler.

Zweitens hat der Eigenkonsum in den Produzentenländern drastisch zugenommen. Daß die Weltproduktion sich 1983 um rund vier Prozent erhöht hat, hilft kaum, diese Schwierigkeiten zu lösen. Allein Indien, weltweit größter Teekonsument und -produzent, wird aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums auch in Zukunft den Verbrauch weiter steigern. Schon jetzt wäre es für Indien ein Leichtes, seinen Tee ausschließlich selbst zu konsumieren und nichts

mehr zu exportieren. 1990 könnte das Land theoretisch bereits Tee einführen. Die Importsperrn für Tee aus Bangladesch und Pakistan wurden kürzlich schon aufgehoben.

Unterstrichen wird die brisante Lage in Indien durch das Ende letzten Jahres ausgesprochene Exportverbot für CTC-Tee (die drei Buchstaben beschreiben das Herstellungsverfahren: cutting, tiring, crushing) aus Assam. Die Maßnahme, so verlautet aus Regierungskreisen, soll den Preis in Kalkutta mit Gewalt senken, damit sich möglichst viele Inder Tee leisten können. Diese Entscheidung dürfte allerdings mit Blick auf die Wahlen im März, also vor allem aus politischen Gründen getroffen worden sein. Die Branche nimmt daher an, daß das Exportverbot zeitlich begrenzt ist und nach den Wahlen wieder aufgehoben wird.

Zudem braucht Indien Fremdwährungen; und Tee steht immer noch an vierter Stelle der Exportgüter. Daß der ehemalige englische Kolonialstaat ganz auf diese Devisenquelle verzichten wird, steht daher nicht zu befürchten. Aber in jedem Fall drückt der steigende Eigenverbrauch auf das Angebot am internationalen Markt. 1982 wurden von den 565 400-Tonnen-Ernte nur noch etwa ein Drittel exportiert, rund 50 000 Tonnen weniger gegenüber dem Vorjahr. Damit rutschte Indiens Anteil am Welt-Export auf 22 Prozent ab. Es wird befürchtet, daß dieser Trend sich fortsetzt.

Die Angebotsverknäpferung wird durch die Situation in den anderen Erzeugerländern noch verstärkt. In Sri Lanka, wo schon 1982 mit 187 800 Tonnen weniger als im Vorjahr geerntet worden war, 1983 die Produktion um rund sieben Prozent gesunken ist, wird damit gerechnet, daß der Rückgang sich möglicherweise auch in diesem Jahr weiter fortsetzt. Da über 90 Prozent in den Export gehen, bedeutet das ein entsprechend niedrigeres Angebot in Colombo. Hinzu kommt: Die ceylonesischen Tees sind die Favoriten der Nah- und Mittelostländer.

Die Volksrepublik China könnte zwar wie Indien ihre gesamte Teeproduktion im eigenen Lande verbrauchen, hat aber in den letzten Jahren immer um 100 000 Tonnen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Naturkatastrophen wie Dürre und Überschwemmungen in den Teeanbaugebieten lassen für 1984 eine geringere Exportmenge sowie steigende Preise erwarten.

Kenia ist eines der ehrgeizigsten Teeanbauländer. In den letzten zehn Jahren ist die Produktion fast verdoppelt worden. 1982 brachte sie schon 96 000 Tonnen hervor. Es wurde aber nicht nur auf die Menge geachtet, sondern auch auf die Qualität. Die Engländer haben dieses Bemühen honoriert. Tee aus Kenia ist inzwischen die Nummer eins in Groß-

britannien. Die Konkurrenz aus Sri Lanka muß sich jetzt mit dem zweiten Platz begnügen. Trotz Ehrgeiz wird Kenia den Mangel am Weltmarkt jedoch nicht ausgleichen können.

Tee aus Mosambik erfreut sich besonders in den USA, aber auch in Europa gewisser Beliebtheit aufgrund seines neutralen Geschmacks. Er wird als Preisreduzierer in den Mischungen eingesetzt. Da aber die 83er Ernte nach Schätzungen um rund 35 Prozent unter dem Vorjahr (1982: 21 000 Tonnen) gelegen haben dürfte, haben sich auch hier die Preise etwa verdoppelt und zeigen eine weiter steigende Tendenz.

Ebenfalls als Preisreduzierer genutzt werden die Provenienzen aus Argentinien. An den rund 30 000 Tonnen Tee aus dem Land der südlichen Hemisphäre sind vorwiegend die Amerikaner interessiert. Die Engländer laufen diesen Tee nach wie vor nicht – Nachwehen der Falkland-Krise.

Indonesien hat 1983 zwar zehn bis zwölf Prozent mehr geerntet (1982: 73 560 Tonnen), die Preise haben aber im Schlepptau von Colombo ebenfalls mächtig angezogen. Indonesische Tees werden im wesentlichen zum Reimischen gesucht. Anders bei dem Tee aus Bangladesch, der auf dem Tee aus Sri Lanka und speziell in Europa eine eher untergeordnete Rolle spielt – trotz einer Erntemenge von etwa 40 000 Tonnen. Seine Preise werden im Vergleich zur Qualität als zu hoch eingestuft. Das macht sie für den europäischen Markt uninteressant. Hauptabnehmer ist inzwischen Pakistan.

Der durch die Weltmarkt-Situation entstandene Preisschub wird in der Bundesrepublik noch durch einen weiteren Umstand unterstützt: Deutsche Packer hatten die Läger aufgrund der hohen Zinsen 1982 und 1983 nur recht spärlich gefüllt und den internen Betriebsablauf an die geschrumpften Bestände angepaßt. Für diese Unternehmensepolitik sprechen freilich auch die hohen Teepreise. Denn die gleiche Menge Tee bindet heute im Vergleich zu 1981 mindestens das doppelte Kapital. Jetzt versuchen die Packer mit äußerst vorsichtigen Von-der-Hand-in-den-Mund-Nachdeckungen die nächsten Monate bis zum Anschluß an die neue Ernte zu überbrücken, in der Hoffnung, daß eine neue Ernte wieder niedrigere Preise bringt.

Die Lage auf dem internationalen und dem deutschen Markt beweist, daß die Verbraucher zwangsläufig spürbar höhere Preise werden hinnehmen müssen. Erste Erhöhungen sind bereits angekündigt. Weitere dürften im Laufe des Jahres folgen – je nach Qualität, Bevorratung und Kalkulation der einzelnen Anbieter.

KATRIN HASELMAYER

Vor 30 Jahren wurde das Deutsche Teebüro gegründet

Eine Branche wirt seit 30 Jahren gemeinsam für den Stoff, der sie verbindet: den Tee. Denn am 25. Januar 1954 wurde die Gesellschaft für Tee-Export – wirtschaftlicher Träger des Deutschen Teebüros – gegründet. Ueber der Gemeinschafts-Institution waren die Tea-Boards der bedeutendsten Erzeugerländer der Welt, Indien und Sri Lanka, sowie Firmen der deutschen Teebranche. 1981 hat sich Kenia als drittes Erzeugerland dem Verbund angeschlossen. Möglicherweise wird sich Indonesien ebenfalls in Kürze hinzugesellen.

Die Mitglieder speisen gemeinsam einen Millionen-Fond, durch den die anfallenden Kosten gedeckt werden. Indien zahlt 700 000 Mark ein, Sri Lanka 290 000, Kenia 35 000 und die etwa 30 deutschen Firmen beteiligen sich mit 300 000 Mark an der Bereitstellung der Mittel. Genutzt wird der Etat für die Bewältigung vielfältiger Aufgaben wie Presse- und Informationsarbeit, Fachpublikationen, Marketing und anderes. Der Qualitätsge-

danke des echten schwarzen Tees steht immer im Vordergrund, während die eigentliche Markenwerbung den Firmen selbst überlassen bleibt.

Daß das Obdach der Branche seine zahlreichen Aufgaben von Hamburg aus wahrnimmt, hat einen einleuchtenden Grund: Die Hansestadt ist Deutschlands Tee-Metropole. Über den Hamburger Hafen gelangen 80 Prozent der gesamten deutschen Tee-Einfuhr in das Inland, 60 Prozent der Importe werden über Hamburger Firmen gehandelt.

Fast mutet es wie ein Faux-pas an, daß kein Hamburger, sondern der Düsseldorfer Teeaufkäufer Ronald Nissle seit mehreren Jahren Präsident der Gesellschaft ist. Welch Berufung, daß wenigstens der Geschäftsführer von der Waterkant kommt – und das schon seit 30 Jahren: Hellmut Grösser feiert morgen ein stolzes Doppeljubiläum. Seine gesammelten Erfahrungen erscheinen im April beim Albrecht-Verlag.

RENÉE PREVE

Nicht nur Kandis und Rum eignen sich als Zutaten

Kultur und Geschmack bestimmen, ob und welche Zutaten dem schwarzen Tee beigelegt werden. So trinken die Polen ihr Lieblingsgetränk zwar besonders stark, aber meist ungesüßt und ohne andere Zusätze. Auch in Rußland wird der Tee pur serviert; dafür aber nimmt der Genießer ein Stüchchen Zucker oder eine der deftig-süßen Leckereien, die zum Tee gereicht werden, in den Mund und läßt den heißen Tee darüber laufen. In England hingegen, dem klassischen Teetrinker-Land Westeuropas, gehört zu einem guten Tee sehr viel fetthaltige Milch. Die Deutschen bevorzugen im allgemeinen Zucker oder Kandis. Das Reizvolle am Kandis: Die Zuckerkrystalle lösen sich unter leisem Knistern in der Tasse und verzaubern die Atmosphäre.

Andere Kombinationen, die an der norddeutschen Küste besonders geschätzt werden, sind allerdings eher dazu angetan, dem Zauben zu entlocken. Beispielsweise bieten Rum und Tee eine hervorragende Variante für

diejenigen, die des Süßen überdrüssig sind. Die Norddeutschen hatten diese Erkenntnis offenbar sehr frühzeitig gewonnen. Insider berichten, daß schon bald nachdem 1755 das erste Schiff mit dem flüssigen Gold aus der Karibik in Flensburg eintraf, der Tee gern mit einem Schuß Rum verfeinert wurde.

Wie die Nordfriesen jedoch bewiesen haben, ist Rum längst nicht die einzige Möglichkeit, Tee mit Alkohol zu mischen. Das Kleinst-Volk im Norden schätzt besonders „De gele Kôm“ – als delikate Anreicherung. Denn die Kräutermischung bietet eine hervorragende Grundlage für folgenden Punsch: etwa zwei Drittel heißen Tee, Kandiszucker nach Geschmack und ein Drittel De gele Kôm. Es wurden aber auch schon sehr individuelle Abwandlungen dieses Rezeptes beobachtet: Ein Drittel Tee und zwei Drittel De gele Kôm. Ob auch drei Drittel De gele Kôm noch als Teepunsch gilt, wagen freilich selbst Teepunsch-Fanatiker zu bezweifeln.

R.KUCHEL

GROSSBRITANNIEN / Größter Konsument Europas

Londoner Auktion hat an Bedeutung verloren

Nichts ist den Briten zu jeder Tages- oder Nachtzeit wichtiger als eine „cuppa“ – ihre Tasse Tee. Fragt man einen Briten, welches „der beste Drink des Tags“ sei, dann wird seine Antwort zweifellos nicht Whisky, sondern Tee lauten. Der Briten Tee-Bessenseheit hat dazu geführt, daß sie inzwischen mehr als 25 Prozent der Welt-Teexporte verfrachten – 173 706 Tonnen im Jahre 1982. Kein anderes Land importiert auch nur annähernd so viel Tee, nicht einmal Europa (ohne Großbritannien) und die USA zusammen. Der pro-Kopf-Verbrauch beträgt gegenwärtig 3,27 Kilo im Jahr oder 4,1 Tassen pro Tag. Im Vergleich dazu liegt Kaffee mit nur 1,7 Tassen auf Platz zwei, gefolgt von alkoholischen Getränken mit durchschnittlich 1,3 und Soft-Drinks mit 0,9 Tassen.

Die Briten wurden über Umwege eine Tee-Nation. Denn am Anfang war der Kaffee. Tee landete erst einige Jahre später in England an. Das neue Getränk wurde zunächst in den englischen Kaffee-Häusern angeboten, in denen nicht nur Geschäfte ausgetauscht wurden. Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Tees in England wurde das Kaffeehaus Tom's.

Dort begann Thomas Twining, Gründer der weltbekannten Teefirma, 1706 mit seinem Tee-Geschäft. Als Tom's für das rasch expandierende Unternehmen zu klein geworden war, öffnete Twining 1717 direkt daneben das erste Geschäft speziell für den Verkauf von Tee per Gewicht. Selbst immer wieder initiierte Diffamierungskampagnen gegen Tee konnten den Siegeszug dieses Getränkes nicht aufhalten.

Bereits 1750 wurde amtlich vermerkt, daß Tee zum „Urgetränk aller Klassen“ in England geworden sei, ohne Rücksicht auf „Rang oder Einkommen“. Ein Facharbeiter hätte damals etwa ein Drittel seines Wochenlohnes für ein Pfund Tee ausgeben müssen. Heute kostet eine Tasse nicht einmal einen Penny.

Nicht unwesentlich für die ungehemmte Ausbreitung der Tee-Liebe über das ganze Land war die Vorkampt-Stellung des Inselreichs auf den Weltmeeren. Die mächtige East

India Company brachte Tee praktisch ohne Unterbrechung von China nach England, und ein ausgeklügeltes Verteilungssystem von den damals in London alle sechs Monate stattfindenden Tee-Auktionen zum Einzelhandel stellte sicher, daß Tee jederzeit und überall erhältlich war.

Zwischen damals und der offiziellen Eröffnung der wöchentlichen Londoner Tee-Auktionen 1839 lagen wechselvolle Tee-Zeiten. Wegen der exorbitant hohen Einfuhrzölle auf Tee – bis zu 50 Prozent des Warenwertes – wurde der Stoff für das Lieblingsgetränk einige Jahre lang in einer kaum vorstellbaren Größenordnung geschmuggelt. Zwei Drittel, so wird berichtet, seien damals „schwarze Ware“ gewesen. Beliebtestes Versteck für geschmuggelten Tee waren die Krypten der Kirchen – mit vollem Wissen der Pastoren wie ihrer Gemeinden. Erst 1784 wurden die hohen Zölle drastisch gesenkt.

Kurz vorher, 1773, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen England und Amerika wegen des Teemonopols der East India Company und damit zu der sogenannten Tee-Party von Boston, auf der Tee im Wert von 10 000 Pfund ins Hafenbecken von Boston geworfen wurde. Krieg war die Folge.

Ein wirklich freier Auktionshandel entstand erst Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals war die Themse-Metropole der größte Umschlagplatz der Welt. Doch mit der rasch wachsenden Bedeutung Indiens – die Anbaugelände weiteten sich von Assam auf Darjeeling, Cachar, Sylhet und andere Distrikte aus – entwickelte sich Kalkutta zum wichtigsten Tee-Handelszentrum. Bereits 1900 exportierte Indien 192 Millionen Pfund Tee, verglichen mit den chinesischen Exporten in Höhe von 185 Millionen Pfund.

Doch trotz der abnehmenden Bedeutung Londons – erkennbar an der anhaltenden Verringerung der Zahl der Tee-Broker und anderer Teefirmen in London – ist die britische Hauptstadt hinter Kalkutta noch immer der zweitbedeutendste Auktionsplatz der Welt. Jeden Montag werden die Tee-Auktionen im Sir John Lion House direkt an der Themse mit Blick auf die St. Paul's Kathedrale abgehalten. WILHELM FURLER

Deutschlands Lieferant für Tee-Fachgeschäfte

Rund um den Tee gibt es nichts, was wir nicht bieten



Überzeugen Sie sich. Wir übersenden Ihnen gern unseren Katalog.

Fast 150 Jahre Tee-Erfahrung – Tradition verpflichtet
TEE-IMPORT-EXPORT
DETHLEFSEN & BALK
G.M.B.H.

Wandelerweg 26 · 2000 Hamburg 1 · Tel.: 040/2323 43/45 · Telex: 0212356

teele das praktische, geschmacksneutrale Tee-Filterssystem.
Kein Reinigen von Kanne oder Ausguß, kein Einsatz verstopft.
teele CLICK und **teele** TEEFILTER gibt es in guten Kaffee- und Tee-Fachgeschäften.



Bringen Sie Ihre Teewünsche unter einen Hut!

Für Fachhandel und Gastronomie

OST-INDIEN TEE COMPAGNIE

Spezialist der Großküche

Goldmännchen-TEE

Aus Ihrer Apotheke

H & S Heilkräuter im Filterbeutel

7703 KRESSBRONN BODENSEE TEL. 07543 6711

Tee aus aller Welt – unter einem Dach!

Die Teepflanzen dieser Welt sind unser Zuhause, kein Anbaugelände ist uns fremd. Ob China, Indien, Ceylon oder Afrika – unsere Tee-Experten kennen sich aus. Genaue Informationen, verbunden mit einer jahrzehntelangen Erfahrung, machen die Stärke unseres Hauses aus. Wir sind stolz darauf, den Teegenuß der Welt in bester Qualität seit 1921 präsentieren zu können.

Probieren Sie: Tee aus aller Welt – unter einem Dach. Sie erhalten acht Packungen mit je 50 g Tee aus verschiedenen Anbauländern in einem massiven Holzhäuschen mit Teemesslöffel, zusammen mit dem Buch „Tee für Genießer“, einem informativen Teebuch, das auf über 60 Seiten mit farbigen Abbildungen viel Wissenswertes rund um den Tee bietet. Lernen Sie die verschiedenen Geschmacksrichtungen kennen, die Ihnen diese Teeländer bieten: „Yellapatty“ GFOP aus Südtindien, „Gulden Assam“ aus Indien, „Mincing Lane“ Ceylon Blend aus Sri Lanka, Batavia Tee von Java, Yunnan-Flower-Orange-Pekoe aus China, Buhea Tee aus China, Darjeeling-Orange-Pekoe aus Indien und Mariny GFOP aus Kenia.

BESTELL-COUPON

Schicken Sie den Coupon noch heute an folgende Adresse:
Paul Schrader & Co., Postfach 10 78 29, 2800 Bremen 1
☐ JA, ich bestelle (bei vollem Rückgaberecht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum) Tee aus aller Welt – unter einem Dach (Best-Nr. 5532, DM 24,80).
☐ JA, senden Sie mir kostenlos und unverbindlich den großen Paul Schrader-Farb-katalog zu.

Name/Vorname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Geburtsdatum



Überseeisches Tee-Contor

Ihr Tee-Fachgeschäft für exklusive Spezialitäten aus aller Welt.

Hier bedient Sie der Direkt-Importeur und ein wahrer Tee-Experte mit erster Qualität.

Qualität aus erster Hand, die Sie genießen können.

Fordern Sie kostenlos und unverbindlich unseren neuen großen Versand-Katalog für Tee, Teezubehör und vieles mehr an. Postkarte oder Anruf genügt.

ÜBERSEEISCHES TEE-CONTOR
TEEIMPORT UND VERSAND GMBH

Neuer Weg 40 - 2980 Norden/Ostfriesland - Telefon (0 49 31) 43 41

Dafür kann er nichts

vi - „Es fehlt ihm an Weisheit, dafür kann er nichts.“ Dieses Gutachten hat Rudolf Augstein verfaßt. Über einen anderen. Über den Bundesverfassungsminister. „Es fehlt ihm jegliches Fingerspitzengefühl.“ Und es fehlt ihm an Intelligenz.“ Auch das stammt von Augstein. Wieder über den anderen. Dafür kann er nichts.

Augstein hat es nicht leicht. Er wollte Wörners Amtsführung in Sachen Kießling kritisieren. Solche Kritik ist legitim; es gibt viele, die dem Amt mehr Fingerspitzengefühl gewünscht hätten. Augstein begreift anfangs immerhin noch, daß die WELT dem Minister den „Kernpunkt“ vorgehalten habe: Wörner hätte besser daran getan, das letzte entscheidende Gespräch mit seinem General der höchsten Rangstufe auf jeden Fall persönlich zu führen.

Aber dann bricht es aus Augsteins gepreßter Brust: „Es kam und kommt nicht darauf an, ob der

General Kießling schwul ist oder nicht. Er bestreitet, schwul zu sein. Es kommt vielmehr darauf an, daß der Minister die Schwulen und damit uns alle um viele Jahre zurückgeworfen hat.“ Mit oder ohne entscheidendes Gespräch?

Keiner frage den Ärmsten, er entschwebt in lichte Höhen: „Er hätte sehr wohl wissen müssen, daß die Armee eine Auseinandersetzung dieser Art nicht vertragen. Man kann nicht Leute mit Arrest bestrafen, die ihrer Natur folgen und die zum Wehrdienst gezwungen sind. In katholischen Ländern passiert so etwas gar nicht, weil jedermann sich bewußt ist, daß die Geistlichen sich zu helfen wissen. Wir hingegen, halbwegs protestantisch, tun etwas, was ein einzelner nicht leisten kann.“

Was ist es denn, was dieser unglickliche Einzelne nicht mehr leisten kann? Sagen wir: eine nützliche Betrachtungsweise? „Es kam und kommt darauf an, ob er noch handlungsfähig ist“, droht Augstein. Wieder über den anderen. Die Frage hallt quer durch den „Spiegel“ wider.

Berlin: Bauhaus-Archiv erinnert an R. Neutra

Luxus des Wohnens

Der Schauplatz „Bauhaus-Archiv“ für die große Neutra-Ausstellung, die das Museum of Modern Art zum 90. Geburtstag des Architekten 1982 zusammenstellte, und die anschließend nach Wien und Barcelona wanderte, hat nicht nur seine inhaltliche, sondern auch eine biographische Berechtigung: Richard Neutra hat am Bauhaus unterrichtet und mit Studenten der Bauabteilung im Winter 1930 einen Entwurf für das Theater Charkov erarbeitet. Mies van der Rohe hatte Neutra bei einem Vortrag in Berlin kennengelernt und ans Bauhaus eingeladen. Eine hübsche Episode berichtet, wie die beiden Architekten, in Ermahnung eines Schülers, Neutras Frau und Kellerfenster des Gastquartiers blickten, um das Haus von innen zu öffnen. Der Versuch mißlang. Frau Neutra sah die ganze Nacht im Keller fest, derweil die Baumeister ums Haus spazierten und die Zukunft der Weltarchitektur diskutierten.



Neutras Entwurf für das National Trade Center, aus der Berliner Ausstellung. FOTO: BINDER/HILKE

Neutra war Wiener. Er hat schon sehr früh Adolf Loos kennengelernt. Er wurde Stadtarchitekt in Luckenwalde und Berlin, Mitarbeiter bei Erich Mendelsohn. Den Plan, in die Vereinigten Staaten zu gehen, faßte Richard Neutra bereits in jungen Jahren; er verwirklichte ihn 1923. Den bewunderten Frank Lloyd Wright lernte er prompt beim Begräbnis von Louis Sullivan kennen - und bekam eine Stellung in seinem Atelier in Taliesin/Wisconsin. 1925 ist er nach Los Angeles übergesiedelt.

Im Bauhaus-Archiv ist permanent ein Modell von Mies van der Rohes „Barcelona-Pavillon“ zu sehen - ein hervorragender Bezugspunkt zu den diversen Modell- und Bildbelegen

zum „Lovell-House“, mit dem Neutra 1932 im Museum of Modern Art auf der „Internationalen Ausstellung Moderner Architektur“ seine herausragende Bedeutung für die „Internationalen Stil“ in den USA öffentlich machte. An diesem Privat-Gebäude (bei dessen Eröffnung es eine Verheerung der Schaulustigen gab) wurden die Verwendung vorgefertigter Teile und die großzügigen Fensterbänder bereits exemplarisch erkennbar.

Neutra war ein genialer Schöpfer überaus luxuriöser Wohnhäuser. Ob in Kalifornien oder in der Schweiz - die kompliziertesten Berghäuser schenken ihm erst zu außerordentlichen Lösungen zu befähigen. Er setzte das Miller House, Palm Springs, mit spiegelndem Wasserbecken und Anklängen an japanische Architektur in die Wüste. Zum Haus Kahn in San Francisco geht der Blick, unglaublich, auf den Passagierhafen und die Bay Bridge. Vom Schweizer Haus Rentsch in Wengen schaut man auf das Panorama des Jungfrau massivs.

Das Innere der Häuser mit verschiedenen Ebenen und funktionalen Unterstellungen, Fatos und Atelierzonen wird noch überboten durch Neutras unerhörte großzügige Integration von Innen und Außen: Mit fall- oder schiebbaren Fensterwänden öffnet er den direkten Zugang zur Landschaft, er bezieht sie unmittelbar in die Wohnräume ein. Diese Affinität zur Natur wurde auch bei späteren Projekten deutlich: In den 60er Jahren bauten Neutra in Waldorf/Hessen und in Quickborn bei Hamburg Gartenstädte mit Einfamilienhäusern. Einmal gelang es, einen alten Kiefernbestand sinnvoll zu integrieren, das andere Mal wurden schnell wachsende Bäume und Sträucher angepflanzt. Bereits 1954 hatte die Berliner TU Neutra mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet, das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik folgte 1959. Neutra ist während einer Vortragsreise durch Europa in Wuppertal 1970 gestorben.

Die Ausstellung vermittelt durch Fotografien, Pläne und Modelle einen faszinierenden Überblick über das Schaffen dieses österreichischen Amerikaners. Vom Internationalen Stil zum „California Modern“. Darüber hinaus sind Zeichnungen und Aquarelle des jungen Künstlers bemerkenswert, Landschaften, Tiere, Häuser, Portraits. Neutra hat Klimt selbst gekannt, und aus dieser Nähe, wie auch von Schiele, mögen die freien künstlerischen Arbeiten einige stilistische Impulse empfangen haben.

Dem Bauhaus-Archiv ist mit seiner Ausstellungsbühnenmaße - Berlin bleibt einzige Station der Schau in Deutschland - ein wichtiges Ereignis gelungen. (Bis 19. 2., Katalog, englisch mit deutschen Supplementen, 30 Mark) PETER HANS GÖPFERT

Bei Kärlich gefunden: Werkzeug des Homo erectus

Urmenschen am Rhein

Bei Kärlich am Mittelrhein haben sich schon vor etwa 600 000 Jahren unsere Ahnen vom Typ Homo erectus aufgehalten. Das belegt ein von einem Urmenschen hergestellter Quarzit-Abschlag aus einer Tongrube, den ein Sammler entdeckt hat. Das Steinwerkzeug gilt zusammen mit dem Unterkiefer des Homo erectus heidelbergerensis von Mauer bei Heidelberg als das älteste Zeugnis des Menschen in Mitteleuropa! Der mehr als eine halbe Million Jahre alte Beleg für die Anwesenheit des Menschen im Mittelrheingebiet lag an der Oberkante von Moseleschott, in dem oberem Teil Hinweise auf einen Dauerfrostboden gefunden wurden.

Das Neuwieder Becken hat sich in den vergangenen Jahren für die Ausgräber der Forschungsstation Altkleinzeit als wahre „Schatzgrube“ erwiesen. Außer dem ca. 600 000 Jahre alten Geröllwerkzeug stießen die Ar-

chäologen auf bis zu 350 000 Jahre alte Siedlungsspuren in Ariendorf und Miesingen, auf 250 000 Jahre als Siedlungsreste in Kärlich sowie auf jüngere nur wenige tausend Jahre alte Fundplätze. Diese Entdeckungen belegen, daß das Neuwieder Becken in klimatisch günstigen Abschnitten des Eiszeitalters immer wieder von Menschen aufgesucht wurde.

Die jüngsten archäologischen Fundstellen stammen aus der Zeit eines Vulkanausbruches um das Jahr 9080 vor Christus, bei dem der Rims in Niederbieber sogar eine Lagerstätte unter sich begrub. Bei diesem verheerenden Naturereignis sind offenbar auch Menschen ums Leben gekommen. Denn 1922 wurden in Weisenthurm unter einer sieben Meter mächtigen Bimschicht Teile eines menschlichen Skeletts gefunden.

DORIS BAUMBAUER

Comeback für das Musiktheater der zwanziger Jahre? - M. Brands „Maschinist Hopkins“ in Bielefeld

Nach dem Mord in die rote Zukunft

Was Fritz Langs „Metropolis“ für die Filmgeschichte wurde, das hätte Max Brands Oper „Maschinist Hopkins“ für das Musiktheater werden können. Fast war es soweit. 1929 in Duisburg uraufgeführt, erlebte das Werk binnen vier Jahren 37 weitere Produktionen, unter anderem in Berlin, an der Dresdner Staatsoper, in Breslau, Prag und Zürich. Die Weimarer Zeit hatte ihre Kultoper, gemischt aus Kolorit und Maschinennmusik, aus Prolo-Kult und roter Zukunftshoffnung. Dennoch waren es nicht Inhalt und Stil, derentwegen der „Maschinist Hopkins“ ab 1933 mit Aufführungsverbot belegt wurde - das Werk wäre fast mühelos auch für die Nazi-Ideologie zu adaptieren gewesen - sondern die Tatsache, daß der Komponist Max Brand Jude war. Bei der Schmähung blieb es auch nach dem Krieg. Lediglich Graz hat vor gut zehn Jahren einmal eine konzertante Aufführung des „Maschinisten Hopkins“ riskiert. Das Bielefelder Theater verspricht, nun endlich ernst zu machen mit dem Versuch der Rehabilitation.

Zur Person: Max Brand wurde 1896 im damals noch österreichischen Lemberg geboren, stieß in Wien zum Kreis um Schönberg und Schreker, mit dem er 1920 nach Berlin ging, zusammen mit Krenek als Drittem im Bunde. Anders als der Lehrer Schreker plädierte Brand für das aktuelle politische Engagement des Künstlers, ähnlich Krenek interessierte ihn der technische Fortschritt aller Maße. Folgerichtig fand Brand später zur elektronischen Musik, vor allem in den Jahren seiner Emigration nach Amerika, wohin er über die Stationen Wien, Prag, die Schweiz und Brasilien in den Kriegsjahren fand. Sein Einstandswork dort, das szenische Oratorium „The Gate“, wurde von der Metropolitan Opera in New York uraufgeführt; ein letztes Mal machte er dort von sich reden, als er nach dem Weltumflug von John Glenn ein elektronisches Opus „Die Astronauten“ schrieb. 1975 kehrte er nach Wien zurück, wo er 1980 starb.

Der Maschinist Bill schleicht sich mit Hilfe von Nell, der Frau des Werkmeisters Jim, zur Nachtzeit in das Maschinensaal der Lixton-Werke, um dort das Geheimnis der Schalltafel auszuspielen. Die beiden werden von Jim überrascht, es kommt zum Handgemenge, in dessen Verlauf Nell durch einen Zufall den Hauptschalter umlegt, damit das große Schwungrad in Bewegung versetzt, von dem Jim zermatzt wird. Die Maschinen, die zu Beginn des Bildes in friedlichem Schlummergeraus vor sich hindrehen, fauchen laut auf. Schnitt. Bill ist durch sein Wissen um die Ge-



Statt der Maschinen wasseln aus Menschen um Arbeit: Szene aus der Bielefelder Aufführung von Max Brands Oper „Maschinist Hopkins“ FOTO: F. STOCHEMER

heimnisse der Produktion zum Generaldirektor aufgestiegen, startet eine Karriere als mondäner Theaterstar. Um die Spuren der Vergangenheit zu löschen, bringt sich Bill in den Besitz der Aktienmehrheit, um dann die Lixton-Werke schließen zu können. Den Maschinisten Hopkins, eine Art Betriebsratsvorsitzenden, feuert er schon vorweg, als dieser für die wild streikenden Arbeiter eintritt.

Hopkins ahnt Zusammenhänge. Mit seinem proletarischen Sexus macht er sich Nell gefügig, erpreßt aus ihr die Wahrheit. Er läßt sie fallen, und auch von Bill verstoßen, verkommt sie erst zur Tinkeltangel-Tänzerin, schließlich zur Hure. Von Bill fordert Hopkins die Übergabe der inzwischen geschlossenen Lixton-Werke. Bill, zum Bettler heruntergekommen, ersticht die Sträbende Nell. Hopkins nimmt die Lixton-Werke wieder in Betrieb.

Da hätten wir also, im vom Komponisten selbst verfaßten Libretto, ein tolles Gemisch aus importiertem Opern-Verismo und deutschem Expressionismus, aus Kriminalkolportage und Liebesroman, aus Agitprop und schicker Revue, denn Brand läßt sich auch nicht die Gelegenheit entgehen, Neils Theaterkarriere mit jazziertem Entertainment auszuwalzen. Verwandtschaften also zu Kreneks „Johnny spielt auf“, inhaltlich auch zu Bergs später entstandener „Lulu“. Über den seinerzeitigen Spontanerfolg dieses Reißers braucht man sich also gar nicht zu wundern.

Verwunderlich ist vielmehr, daß sich das Musiktheater so ausdauernd um die Auseinandersetzung mit dieser Periode herumgedrückt hat, obwohl doch Museen und auch die Sprechbühne dieses Feld seit zwanzig Jahren wieder ausdauernd beackern. Was hat es nicht alles an Ausstellungen über sozialistische Plakatkunst oder den Einbruch der Technik in die Malerei gegeben, was ist nicht alles an expressionistischer Zeitdramatik auf den Prüfstand gestellt worden! Nur in der Oper, wo doch offenbar die kuriosesten Blüten trieben, hat man bisher nicht geschaut.

Trotz der in jedem Moment spannenden und handwerklich meisterlichen Musik: So ganz ernst zu nehmen ist Brands Oper tatsächlich nur im historischen Kontext. Freilich, unter heutigen Stil-Kriterien dürfte sie ins Fach „High-Punk“ fallen, womit sie abermals weidlichen Erfolg erzielen könnte. Die singenden Maschinen, die stillgelegt, um Arbeit beteln, sind doch der tollste Opern-Irrwitz dieses 20. Jahrhunderts oder absurd. Schluß und ohne geschmackliche Rücksicht: Ausgezeichnet mit allen Effekten. Lächerliches so sehr und doch deklamatorisch, daß die Parodie gleich mitgeliefert wird.

Die Bielefelder Aufführung vergibt

alle diese szenischen Chancen des „Maschinisten Hopkins“. Der Regisseur John Dew, schon mehrfach aufgefalle durch die Chuzpe, mit der er an den Inhalten von Opern vorbeizieniert, läßt auch Brands Werk nicht ungeschoren. Aus den singenden Maschinen werden bei ihm singende Arbeiter, das Stück derart zu einem fadenscheinigen Beitrag zur heutigen Diskussion um Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung - dies aber nun wieder im Gewand der zwanziger Jahre. Der Arbeiterführer Hopkins, der den neuen Menschen gut sozialistisch in der Verbrüderung mit der Maschine zeugen will, auf daß man einer morgenroten Proletarier-Gesellschaft entgegengehe, ihn funktioniert Dew zum Tyrannen in Hitlermaske um. Dews Kritik Hopkins bestehe auf Führeranspruch, statt den Arbeitsprozeß zu demokratisieren.

Dabei gelingt die Aufführung musikalisch tadello, unter dem Dirigenten Anton Marik, mit dem kraftvollen Tenor von David Griffith als Bill, dem festen Bariton Richard Malones als Hopkins und Cynthia Maris als Nell im schlanken Format der Verismo-Heldine. Ein Anstoß also durchaus, sich Brands Maschineno-per neu vorzunehmen. Auch wenn dabei herauskommt, daß Honegger, Antheil und Varèse musikalisch Effektivvolles zu diesem Thema gesagt haben. REINHARD BEUTH

München: Maria Wimmer als „Gertrude Stein“

Monologe eines Stars

Vorzeigen aus zweiter Hand ist ein gutes Geschäft. Wer nichts Eigenes zu sagen hat, nimmt sich Gestalten aus der Geschichte vor und schmarrzelt. Eine Masche, die zudem gut ankommt. Der junge texanische Schriftsteller Marty Martin beherrscht sie perfekt. Auf seine dreißig Jahre hat er schon vierzig Stücke verfaßt - etwa über Künstler wie Leonardo da Vinci, Sarah Bernhard oder Dashiell Hammett. Nun brachte er einen Monolog über Gertrude Stein auf die Bühne. Die Uraufführung war 1975 in New York; im Münchner Werkraumtheater fand nun am Wochenende die deutsche Erstaufführung statt.

„A rose is a rose is a rose“, das ist ja der bekannteste Ausspruch jener amerikanischen Schriftstellerin Gertrude Stein (1874-1946), die mit allen großen Künstlern, die das 20. Jahrhundert ernährten, bekannt und vertraut war. Sprache behandelte sie assoziativ statt logisch, verzichtete auf Interpunktion, schuf fließenden Rhythmus durch Wiederholung von Satzteilen.

Martins Literatur-Kolportage in Form eines einseitstündigen Monologs wäre eher unerheblich, wenn ja, wenn er nicht Fülle für eine Prachtrolle in Idealbesetzung gewesen wäre. Denn dieser Abend gehört einzig der Schauspielerin Maria Wimmer, nicht etwa der Überzeugungskraft dieses Stücks. Sie schlägt noch aus den banalsten Sätzen Funken. Im strengen, braunen Nadelstreifenanzug, mit Hemd und Krawatte, die Haare kurz und pomadig nach hinten frisiert, porträtiert sie eine kluge, aber auch überkandidelte Nervensäge.

„Gertrude Stein...“ blinzt es in Blau, Pink und Grün von den Neon-schriften. Ein farbiger Eames-Stuhl ist das einzige Requisit auf der leeren Bühne, auf der Maria Wimmer plaudert. Plaudert oder erzählt, mal verkitscht, dann neurotisch, hin und wieder banal, auch ironisch und oft witzig aus ihrem Leben.

Von ihrem Einzug in Paris, in die Rue de Fleurus No. 27, in der sie mit ihrem Bruder Leo wohnte, wie sie ihren ersten Cézanne kaufte, schließlich Picasso kennenlernte, die sie malt. Wie sie beschloß, den Kubismus auch in Literatur umzusetzen. Sie war ein bißchen großwahninnig und von wildem Lebensbunzer erfüllt.

Nur leise spürt man auch einen Hauch von Kummer über den Bruch mit dem Bruder Leo, der die Arbeiten seiner Schwester als „Mist“ und

„Humbug“ ablehnte. Das Burschikose überwiegt in dieser Causerie. Man vernimmt recht Amüsantes, etwa über das berüchtigte Spinat-Bankett zu Ehren Henri Rousseaus bei Picasso. Der aufregende Alltag jener Jahre wird ausgebreitet, aber ohne psychologische und gedankliche Finessen.

Unvorstellbar sich auszumalen, wie diese Literaturfunktion von einer geringeren Schauspielerin ausgebreitet würde. Maria Wimmer füllt diese Rolle ganz aus, doch liefert sie sich ihr an keinem Punkt aus: Auch in der größten, in der intensiven Wortsammlung bleibt diese Schauspielerin ganz sie selbst und formt Gertrude Stein nach ihrem Bilde. Wie sie geschickt zwischen simplen Konversationsstück und interessanter Biographie hin- und herlaviert, sich über Wort-Kaskaden und Satz-Hürden aus feinem und grobem Gedeck hinweg-schwingt, ist das Wunder des Abends. Sie verkörpert den Prototyp einer emanzipierten Frau und ist dennoch zugleich die Karikatur einer Frau. Sie beherrscht die Szene mit ihrer Stimme, hält in ihrer darstellerischen Intensität Balance zwischen Robustheit und Sensibilität, die sich auf eigenwillige Weise ergänzen. Jubelnder Applaus, von dem auch Regisseur Klaus Emmerich profitierte.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Monolog für einen Star: Maria Wimmer als Gertrude Stein FOTO: RABANUS

JOURNAL

Wechsel beim Stuttgarter und Frankfurter Ballett

dpa, Stuttgart/Frankfurt

Uwe Scholz, der 25jährige Choreograph des Stuttgarter Balletts, ist zum Ballettdirektor und Chefchoreographen des Opernhauses in Zürich berufen worden. Scholz wird zur Spielzeit 1985/86 sein neues Amt antreten. Der Direktor des Frankfurter Opernballetts, Egon Madsen, soll zum Beginn der Spielzeit 1984/85 Leiter des Stockholmer Balletts werden. Madsens Frankfurter Vertrag läuft noch bis zum Ende der kommenden Spielzeit. Da der Künstler nicht vorzeitig aus dieser Bindung entlassen werden kann, wird jetzt eine Zwischenlösung angestrebt.

Dirk Bogarde wird Jury-Präsident in Cannes

dpa, Paris

Der 63jährige englische Schauspieler Dirk Bogarde wird die Jury der 37. Filmfestspiele von Cannes als Präsident leiten. Das gab die Festspielleitung bekannt. Das Festival findet vom 11. bis zum 23. Mai statt.

Eine Million Dollar an ein Photo-Museum

DW, Los Angeles

Dem Los Angeles County Museum of Art wurde eine Million Dollar von der Ralph M. Parsons Foundation für die Photosammlung des Museums und eine ständige Photogalerie gestiftet. Außerdem soll die Stiftung Ausstellungen, Lehrprogrammen und Vorträgen über Photographie zugutekommen. Zuerst wird die Reihe der Einzelausstellungen „Neue amerikanische Photographie“ fortgesetzt werden. Von 1986 an sind dann auch größere Themenausstellungen geplant. Das Museum hat bereits seit fünfzig Jahren Photographien gesammelt. Dazu gehören u. a. bundert Vintage Prints von Edward Weston, das komplette „Camera Work“ und eine Reihe der Ausgaben von „291“. Diese trotz dem noch verhältnismäßig kleine Sammlung soll nun systematisch erweitert werden.

Widerstand gegen die Sowjetisierung wächst

J. G. G. London

Die Versuche, die polnische Kultur und das Erziehungswesen zu sowjetisieren, würden zunehmen, zugleich aber auch der Widerstand dagegen. Das erklärte der Philosoph Leszek Kolakowski auf einem Forum des „Verbandes Polnischer Schriftsteller in der Fremde“, das über die Situation in der Heimat im Londoner „Polnischen Kulturzentrum“ stattfand. Wladyslaw Bartoszewski hob hervor, daß die „Solidarität“ Ära bei den Schriftstellern den „Geschmack an schöpferischer Freiheit“ erweckt habe, deshalb seien „keine Restriktionen in der Kunst, die ersten gewackelten Hoffnungen zu erfüllen.“

Israels Film-Import aus Ägypten steigt

I. Br. Tel Aviv

Israel bezieht mehr Filme aus Ägypten als aus irgend einem anderen Land der Welt, die USA ausgenommen. Der Film-Import aus Ägypten übersteigt sogar die Zahl der in Israel produzierten Filme. Das gab der Vorsitzende des Zensur-Ausschusses im israelischen Innenministerium bekannt.

Kanada feiert seine Entdeckung vor 450 Jahren

AFF, Ottawa

Mit einer großen Ausstellung über die drei großen Reisen des französischen Forschers Jacques Cartier begeht Kanada in diesem Jahr den 450. Jahrestag seiner Entdeckung. Vom 7. Februar bis 31. März werden in Ottawa Zeichnungen, Pläne und Manuskripte über die Suche der französischen Forscher nach der West-Passage im Norden des amerikanischen Kontinents präsentiert. Die Ausstellung wird ab Anfang Mai auch im kanadischen Kulturzentrum in Paris und anschließend in St. Malo, dem Heimatort der Schiffe Cartiers, sowie in Marseille, Bordeaux und Straßburg zu sehen sein.

Plakate von Mihály Biró im Kunstverein Ingolstadt

DW, Ingolstadt

Plakate und Entwürfe von Mihály Biró (1896-1948) zeigt der Kunstverein in Ingolstadt bis zum 12. Februar. Biró, der das Emblem der ungarischen Sozialdemokratischen Partei, den Roten Mann mit dem Hammer schuf, gilt als einer der einflussreichsten Plakatkünstler seines Landes, aus dem er 1919 emigriert war und in das er erst ein Jahr vor seinem Tode wieder zurückkehrte. Neben rund 70 politischen, kulturellen und kommerziellen Plakaten sind in der Ausstellung außerdem auch 35 Originalentwürfe zu sehen, die zwischen 1909 und 1930 entstanden. Der Katalog kostet 5 Mark.

Dioxin: Auch Hamburgs Nachbarn winken ab

Schleswig-Holstein will Flugasche nicht mehr abnehmen

GISELA SCHÜTTE, Hamburg
Die Giftfunde im Hamburger Müllberg von Georgswerder (auf der Elbinsel Wilhelmsburg) haben die Dioxin-Angst weit über die Grenzen der Hansestadt hinaus geschürt. Die Konsequenzen können jetzt die Behörden des Stadtstaates in erhebliche Bedrängnis bringen. Schon will der Nachbar Schleswig-Holstein die Flugasche aus Hamburg Müllverbrennungsanlagen nicht mehr auf seiner Sondermülldeponie in Rendsburg haben. Die Ursache: Auch in der Asche wurde Dioxin festgestellt.

Die unliebsame Diagnose kam ausgerechnet in der heißen Phase des Hamburger Müllskandals ans Licht. Schon 1981 hatte das Umweltbundesamt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, mit der bundesweit die Asche von sechs Müllverbrennungsanlagen und zwei Kraftwerken auf Dioxin untersucht worden war. Seit knapp einem Jahr wissen die Hamburger Behörden Bescheid. In der Flugasche ihrer staatlichen und privaten Verbrennungsanlagen verhielt sich Dioxin (TCDD) in Konzentrationen zwischen 0,5 und 52 Mikrogramm (Millionstelgramm) pro Kilogramm, das ist mehr als das Maximum, was man im Öl auf den Sickergräben des Müllberges gefunden hatte.

Die Information geriet durch Indiskretion ans Licht. Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD) erklärte das Schweigen der Behörden damit, daß die Befunde und Analysen nicht abgelehnt seien. Der Leiter der Kieler Abteilung Umweltschutz im Landwirtschaftsministerium reagierte dennoch prompt: Peter Uwe Conrad schrieb dem Hamburger Entsorgungssenator Jörg Kubbier, der jährlich für die Beseitigung von 13 000 Tonnen Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen zu sorgen hat, daß in Rendsburg die dioxinhaltige Asche nicht mehr willkommen ist.

Seit gestern laufen nun zwischen Hamburg und Kiel Gespräche über eine mögliche Verständigung. Die Baubehörde versteht den Aschen-Protest nicht, da die Verbrennungsanlagen in Schleswig-Holstein und im gesamten Bundesgebiet ihre Asche lagern müssen, und die ist sicher im selben Umfang mit Dioxin versetzt. In Kiel entgegnete eine Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums, das alles müsse erst noch untersucht werden.

Vor dem Hintergrund laufender

und zukünftiger Untersuchungen hoffen die Hamburger nun auf eine Einigung mit dem Nachbarland, um das geltende Deponie-Abkommen zu retten. Nach vorliegenden ersten Erkenntnissen aus dem Umweltbundesamt nämlich hat die Hansestadt zusätzliche Analysen in Auftrag gegeben, unter anderem bei dem Ulmer Dioxin-Experten Professor Karlheinz Ballschmieter. Der soll die Hamburger Verbrennungsanlagen gezielt nochmals unter die Lupe nehmen.

Die Behörden erwarten davon sichere Informationen über den TCDD-Gehalt in Flugasche, Schlacken und Stäuben der Verbrennungsanlagen. Und die Gutachter hoffen auf Hinweise für einen optimalen Betrieb der Verbrennungsanlagen, bei dem die Dioxin-Entstehung vermindert werden kann. Die gesicherten Erkenntnisse aus der Untersuchung des Berliner Umweltbundesamtes werden wohl erst 1986 vorliegen.

In Hamburg steht inzwischen die Sanierung der Verbrennungsanlage an, bei der die höchsten Dioxin-Konzentrationen gemessen worden waren. Die alten Öfen sollen bis zum nächsten Jahr ausgetauscht werden. Die jüngste Anlage der Stadt mit neuester Rauchgasreinigung hingegen kam bei den Messungen des Umweltbundesamtes mit den besten Werten weg.

Der Hamburger Müllskandal zieht unterdessen weitere Kreise. Die Angst hat nicht nur Bürger in den Randgemeinden erfaßt, wo örtliche Giftschutt die Deponien begutachten. Und Entsorgungssenator Kubbier, der den Hanseaten die giftige „Erbslast“ von der Hansestadt schaffen soll, tröstet sich mit dem Gedanken, daß er zwar der erste mit einem derart umfangreichen und brisanten Müllproblem ist, daß die Stadt aber vielleicht die Sünden der Vergangenheit früher als andere aufgearbeitet haben wird, möglichst mit finanzieller Unterstützung des Bundes.

Der Umfang der Entsorgungsprobleme allerdings wird täglich größer. Nicht allein durch fünf weitere dioxinverdächtige Grundstücke in der Hansestadt, auch durch das Asche-Problem. Am vergangenen Freitag konnten die turmschleifigen vier Müllwagen ihre Fahrt nach Ordnungsgemäß in Rendsburg abgeben. Auch gestern früh kam der Asche-Transport bei der Deponie an. Kubbier hatte das vorzeitig angekündigte Beschwerde-Schreiben von Conrad noch nicht auf dem Tisch.



Land über

Der Farrenberg auf der Scheldt. Foto: Manfred Grohe (Freigegeben Reg.-Präs. Tübingen Nr. 42/263)

Ruhige Plätzchen mit Blick auf Notre Dame

Paris bescherte sich einen neuen Jachthafen und einen passenden Slogan: „Direkt von der Jacht ins Moulin Rouge“

JOCHEN LEIBEL, Paris
Paris will in diesem Jahr eine neue Kategorie von Touristen anlocken – Wassersportler. Auf schwankenden Planken sollen die Besucher über romantische Kanäle bis in die Hauptstadt schippern und ihr Boot dann in einem neugeschaffenen Binnenhafen verankern. „Direkt von der Jacht ins Moulin Rouge“, das ist unsere Idee“, erklärte Hafenkapitän Dominique Bouchy, als er seinen „nassen Bahnhof“ jetzt vorstellte.

Gemächliche Trips auf den Kanälen des Landes gehören schon seit einiger Zeit zum galischen Tourismusangebot. In die Hauptstadt allerdings wagen sich Wohnboote und Motorjachten aus England, Holland und der Bundesrepublik Deutschland nur selten. Die raren Liegeplätze

am Seine-Ufer sind meist auf Jahresbasis verpachtet. Die wenigen „freien“ aber gelten als höchst komfortabel. Der starke Verkehr von Ausflugsschiffen und Lastkähnen sorgt ständig für unruhige Wasseroberfläche. „Man schläft wie in einer Brandung“, sagte ein englischer Bootbesitzer, der sofort nach der Eröffnung des neuen Binnenhafens dorthin „flüchtete“.

Dieser neue Hafen, vom aufgewühlten Seinewasser durch eine hochmoderne Schleuse – TV-überwacht – getrennt, liegt mitten im Herzen von Paris, unterhalb der Bastille und in Sichtweite von Notre-Dame. Ein halber Kilometer eines von hohen Steinmauern eingefassten Kanals wurde zu Liegeplätzen für 220 Boote bis zu 25 Metern Länge „umfunktioniert“.

Es gibt Elektrizität und Trinkwasseranschlüsse, dazu Müllabfuhr, ein Hafenrestaurant, ein Zubehörgeschäft und sogar einen Kinderspielplatz.

Die Hälfte der Liegeplätze bleibt ausdrücklich für Kurzbesucher vorbehalten, Bootbesitzern also, die weniger als eine Woche lang anlegen wollen. Für die Sicherheit der Jachten – wenn die „Skipper“ auf Sightseeing-Tour sind – sorgen die Hafenbeamten und ein scharfer Schifferhund.

Zusätzlich soll der neue Binnenhafen aber auch Startpunkt für Touristen werden, die hier auf ein Mietboot umsteigen, um von Paris aus die zahlreichen malerischen Kanäle Frankreichs zu erforschen. Bisher konnten derartige Wohnboote nur sehr viel weiter südlich im Lande gemietet

werden. „Jetzt kann sich der Urlauber erst einmal Paris ansehen“, erläutert Alain Boffart von der Vermietfirma „Europayacht“, „dann klettert er auf sein Boot und erholt sich auf dem Wasser von den Pariser Strapazen.“

Ähnlich wie Mietautos kann der Kunde sein Wohnboot in Paris in Empfang nehmen und es eine oder zwei Wochen später in einem anderen französischen Binnenhafen zurücklassen. Ein „Führerscheln“ ist nur für größere Jachten nötig, die meisten Wohnboote verlangen keine Vorkenntnisse. Die Mietfirma schlägt sogar Strecken vor. Die Auswahl geht von eintägigen Ausflügen auf der Seine oder der Marne bis zu Mammuttrips zum Rhein oder ins Mittelmeer. (SAD)

Starke Westwinde brachten das Chaos

Von Hamburg bis München brach der Berufsverkehr zusammen / Lange Staus

dpa, Hamburg
Die ersten stärkeren Schneefälle im Flachland – einen Monat nach dem kalendenrischen Winterbeginn – legten gestern auch den Berufsverkehr in den meisten Städten der Bundesrepublik Deutschland lahm. Tausende kamen zu spät zur Arbeit. Die Räum- und Streudienste hatten Großschnee. Trotzdem gab es jede Menge schwere Unfälle. Die Meteorologen rechnen für die nächsten Tage mit noch mehr Schnee.

Chaotische Verkehrsverhältnisse wurden in den Morgenstunden vor allem aus Hamburg, München und dem Ruhrgebiet gemeldet. Auf den Einfahrstraßen waren Staus von mehr als zehn Kilometer Länge keine Seltenheit. Viele Autofahrer resignierten nach den ersten Kilometern, kehrten um und steuerten die nächstliegende Bus- oder Bahnstation an. Auch von den Transitautobahnen durch die „DDR“ wurden erhebliche Behinderungen gemeldet.

Im Ruhrgebiet stauten sich die Fahrzeugkolonnen gar bis auf 40 Kilometer Länge. Zwischen Dortmund und Essen war die Autobahn zeitweise total blockiert. Auch im Rheinland

kamen die Autos im Schneematsch nur im Schneckentempo vorwärts. Zwischen Werl und Essen hieß es über Kilometer nur „stop and go“.

In der unterfränkischen Rhön machten Schneeverwehungen Straßen unpassierbar. Auf Steigungsstrecken vieler Straßen in Bayern blieben unzählige Lastwagen liegen.

In den südlichen Landesteilen Schleswig-Holsteins, in Hamburg und im Norden Niedersachsens sorgten starke Ostwinde und Schneeverwehungen für zusätzliche Schwierigkeiten. Auf den Autobahnen nach Hamburg stauten sich die Autos in allen Richtungen bis zu 20 Kilometer. In der Hansestadt geriet ein Wagen ins Schleudern und prallte gegen einen Lichtmast. Der Fahrer starb an der Unfallstelle. An der Autobahnabschlußstelle Kühlenfeld-Bad Nenn-dorf in Niedersachsen durchbrach ein Lastwagen auf eisglatter Straße die Mittelplanke und stürzte auf ein Personenauto. Der Pkw-Fahrer konnte nur noch tot geborgen werden. Schon am Samstag waren zwei Menschen bei witterungsbedingten Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. 208 wurden teilweise schwer verletzt.

Die Straßendienste waren völlig überfordert, obwohl die Behörden sich überall auf Großschneefälle vorbereitet hatten. Für dienstfreie Mitarbeiter war am Wochenende Ruhezeit angeordnet worden. Grundlage dieser Planung waren wie immer die Wetterberichte. Aber dann, so ein Sprecher des Landschaftsverbandes Rheinland, fiel der Schnee schon einige Stunden früher als erwartet.

Das Chaos auf manchen Autobahnen am Sonntagmittag hatten einen in diesem Umfang nicht erwarteten Ansturm von Wintersportlern ausgelöst. Allein 45 000 Kölner Kurzurlauber waren aus dem Sauerland heimgekehrt und hatten die Autobahn nach Köln total verstopft, so daß auch Streu- und Räumfahrzeuge kaum noch vorankamen.

An besonders gefährdeten Stellen, beispielsweise auf großen Talbrücken, hatten die Streudienste schon vorsorglich vor der ersten Flocke Salz gegen die Glätte versprüht. Insgesamt waren an beiden Tagen an die 1000 Männer mit 350 Fahrzeugen im Einsatz.

Kahlschlag auf einem Kontinent

UNO prophezeit für Asien verheerende Folgen der ungezügelter Industrialisierung

dpa, Singapur
Der Raubbau an den Tropenwäldern in Asien ist neben einer Industrialisierung, die an den Bedürfnissen der Natur vorbeizieht, inzwischen zur größten Gefahr für die Umwelt geworden. Nach Feststellung der „UNO-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik“ (Escap) werden die für die Landwirtschaft verheerenden Folgen des Kahlschlags in spätestens einem Jahrzehnt zu spüren sein. Machen die Baumsägen im bisherigen Tempo weiter, verschwinden bis zum Jahr 2000 weitere zwei Drittel aller jetzt noch in Asien vorhandenen Wälder.

Was diese Verwüstung bedeutet, schildert Escap in düsteren Farben: Ohne den hemmenden Schutz des Waldes schwemmt der Monsunregen die Erde in die Flüsse. Die Wasserläufe versanden. Die aus den Flüssen gespeisten Wasserreservoirs und Bewässerungsgräben trocknen aus. Überschwemmungen wechseln mit Wasserknappheit in der Dürrezeit. Flüsse und Küstengewässer verschlammten. Die Felder versterben, Pflanzen sterben aus, Tiere verenden.

Allein in Indien werden schon jetzt etwa sechs Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde jedes Jahr in der Monsunzeit fortgeschwemmt. Die dort durch Überschwemmungen entstehenden Schäden gibt Escap mit jährlich rund 750 Millionen US-Dollar an. In Thailand wurden seit 1960 die Wälder zur Hälfte abgeholzt. In Malaysia, wo wenigstens die riesigen wohlgeordneten Gummibaumpflanzungen des größten Kautschukproduzenten der Welt ein umweltfreundliches Bild vermitteln, sorgt der Zinnabbau für die häßliche Kehrseite. Im Zinngrübel frisst sich die Zerstörung der Natur unaufhaltsam ins Land. Der Tagebau präsentiert eine graublaue Horrorlandschaft, in der nie wieder ein Baum grünen wird.

Vorbei ist es auch mit der Idylle für Bergsteiger und Naturfreunde an den Hängen des 4100 Meter hohen Kinabalu an der Nordostküste Borneos in Sabah. Am Berg, dem höchsten zwischen dem Himalaya und den Schneegebirgen in Neuguinea, hat der Kupferabbau begonnen. Abraum-schutt und Abwässer schwemmen mit dem Monsunregen in die Täler und verwüsten die Felder. Das

einmalige Botanikerparadies am Kinabalu ist damit in Gefahr.

Der Mensch in den Hauptstädten der südostasiatischen Entwicklungsländer ist von der Umweltverschmutzung besonders bedroht. Nur das tüchtige und saubere Singapur bildet eine rühmliche Ausnahme. Metropolen wie Jakarta, Bangkok und Manila aber, die mit der Industrialisierung die arbeitssuchenden Massen aufsaugen, werden mit dem Unrat in den Klänsvierteln nicht mehr fertig.

Vor allem Jakarta, das alte niederländische Batavia, verliert langsam aber sicher den Kampf gegen den „Elendsmüll“. Die Kanäle, von den ehemaligen holländischen Kolonialherren in liebevoller Erinnerung an die heimatischen Grachten gebaut, sind zu Kloaken geworden. Mit heute schon mehr als sieben Millionen Einwohnern hat die Bevölkerung seit 1945 um mehr als das Zehnfache zugenommen. Im Jahre 2000 wird Jakarta vermutlich 15 Millionen Einwohner zählen. Schon jetzt kann täglich nur etwa die Hälfte des Mülls beseitigt werden. Die Halten wachsen. Ausbrüche von Cholera sind oft die Folge. WILDERICH LOCHOW

WETTER: Schneefälle

Wetterlage: Eine Tiefdruckrinne, die sich von Grönland nach Südosteuropa erstreckt, bestimmt das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Berlin: Stark bewölkt und zeitweise Niederschlag, im Flachland teils Schnee teils Regen, im Bergland durchweg als Schnee. Temperaturen um null

Grad, nachts leichter Frost. Mäßiger bis frischer Wind, in Norddeutschland und in Berlin zunächst aus Ost, sonst aus West.

Weitere Aussichten

Im Norden Schauer, sonst kurzzeitige Wetterberuhigung.

Temperaturen am Montag, 13. Uhr:

| | | | |
|-----------|------|------------|-----|
| Berlin | -4° | Kairo | 17° |
| Bonn | 3° | Köpenh. | -3° |
| Dresden | 2° | Las Palmas | 18° |
| Essen | 0° | London | 5° |
| Frankfurt | 2° | Madrid | 10° |
| Hamburg | -2° | Mallorca | 1° |
| List/Sylt | -2° | Mailand | 1° |
| München | -2° | Moskau | -6° |
| Stuttgart | 2° | Nizza | -6° |
| Amsterdam | -3° | Oslo | 4° |
| Athen | 14° | Paris | 4° |
| Barcelona | 14° | Prag | 1° |
| Brüssel | 2° | Rom | 12° |
| Budapest | -1° | Stockholm | -7° |
| Bukarest | -1° | Tel Aviv | 20° |
| Helsinki | -15° | Tunis | 15° |
| Istanbul | 12° | Wien | -3° |
| | | Zürich | 3° |

• Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.11 Uhr, Untergang: 16.58 Uhr, Mondaufgang: 0.56 Uhr, Untergang: 11.33 Uhr. • in MEZ, zentraler Ort: Kassel

Arlene Violet will barmherzige Schwester bleiben

Weil sie im US-Bundesstaat für das Amt des Generalstaatsanwalts kandidiert, muß eine Nonne ihren Orden verlassen



Zum zweiten Mal will Arlene Violet für das Amt des Generalstaatsanwalts kandidieren – der Bischof sagte nein. FOTO: AP

A. v. KRUSENSTERN, New York
„Es ist für mich sehr schmerzhaft“, sagt Arlene Violet. Die 40-jährige Juristin will sich um das Amt des Generalstaatsanwalts im US-Bundesstaat Rhode Island bewerben. Aber um das tun zu können, muß sie etwas aufgeben, woran sie mit ganzem Herzen hängt. Die Anwältin ist Nonne und gehört dem Orden der Barmherzigen Schwestern (Sisters of Mercy) an, der 1831 in Irland gegründet wurde. Sie muß ihren Orden verlassen, weil der Bischof von Providence, Louis E. Gelineau, ihr die Erlaubnis verweigert, für das Amt des Generalstaatsanwalts zu kandidieren.

Der Bischof beruft sich dabei auf den Papst, der verfügt hat, daß Priester und Nonnen keine öffentlichen Ämter bekleiden dürfen.

Schwester Arlene ist damit nicht einverstanden. „Es ist für mich wichtig, in Wirklichkeit eine Schwester der Barmherzigkeit zu sein, auch wenn ich es nicht mehr dem Namen nach sein darf“, sagt sie. Sie ist davon überzeugt, daß sie als Generalstaatsanwältin mehr tun kann. Sie wolle versuchen, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, den Schwachen und Armen zu helfen.

Der Konflikt zwischen der Nonne und dem Bischof bewegt ganz Rhode Island. Dieser kleine Staat hat zwar nur 950 000 Einwohner, aber 65 Prozent davon sind katholisch.

Schwester Arlenes Entscheidung, gegen den Willen des Bischofs für ein Staatsamt zu kandidieren, kann diesen unter Umständen dazu zwingen, auch gegen eine andere Nonne vorzugehen, die in Rhode Island ein öffentliches Amt bekleidet. Elizabeth Morancy, ebenfalls eine Barmherzige Schwester, ist für fünf Jahre Abgeordnete im Parlament des Staates und will sich im kommenden Herbst zur Wiederwahl stellen. Darauf aufmerksam gemacht, daß sie damit rechnen müsse, aus dem Orden ausgeschlossen zu werden, sagt Schwester Elizabeth: „Ich bin bereit, dieses Risiko auf mich zu nehmen.“

Schwester Elizabeth meint, daß der Papst wegen seiner polnischen Herkunft ein Engagement von Priestern und Ordensschwestern im Staatsdienst ablehnt. „Ich glaube, es hat

damit zu tun, daß er aus Polen kommt, wo die Regierung der Felder ist“, sagt sie. „Aber hier in den Vereinigten Staaten ist es anders, hier können wir für den Staat arbeiten.“

Auch Arlene Violet sammelte ihre ersten politischen Erfahrungen als Ordensschwester. Sie kandidierte bereits 1982 gegen den gegenwärtigen Generalstaatsanwalt Dennis J. Roberts und erhielt 43 Prozent der Stimmen. Dieses relativ gute Abschneiden der Ordensschwester erregte Aufsehen, denn die Mehrheit der Wähler von Rhode Island wählt traditionell demokratisch, und Schwester Arlene ist republikanisch.

Ihr politisches Interesse führt Schwester Arlene auf den Einfluß ihres Vaters zurück, der ebenfalls Republikaner war, eine Tankstelle besaß und sich in der Sozialarbeit engagierte. Als Kind besuchte sie eine katholische Privatschule, in der Barmherzige Schwestern lehrten. „Nach der Schule besuchten die Schwestern die Läden in der Nachbarschaft und hatten um Fleisch und Brot und andere Nahrungsmittel für die Armen“, erinnert sie sich. (SAD)

Herstatt-Prozeß: Zeugen fühlen sich „überfahren“

AP, Köln
Mit weiteren Überraschungen ist gestern der Prozeß gegen den der Untreue und des betrügerischen Bankrotts beschuldigten früheren Bankiers Iwan D. Herstatt in Abwesenheit des Angeklagten vor dem Kölner Landgericht fortgesetzt worden. Die drei Internisten, die in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz des Herstatt-Arzt Professor Werner Kaufmann die Notwendigkeit einer stationären Behandlung des 70-jährigen Angeklagten bekräftigt hatten, sagten als Zeugen aus, sie hätten diese Diagnose „ohne eigene Untersuchungen“ und lediglich aufgrund einiger Äußerungen Kaufmanns abgegeben. Kaufmann, der den Angeklagten seit dem 6. Dezember vergangenen Jahres in einem Krankenhaus in Köln-Merheim behandelt, habe ihnen „aus dem Kopf einige Befunde vorgetragen“, erklärte der Bonner Internist Friedrich Krück. Er habe sich „überfahren“ lassen, als er nach einem kurzen Krankenbesuch bei Herstatt in eine Pressekonferenz gebracht worden sei, von der er vorher nichts gewußt habe. Diese Konferenz war von Kaufmann initiiert worden, dem gegenüber das Gericht den Verdacht geäußert hatte, er habe Gefälligkeits-Atteste für Herstatt ausgestellt. Inzwischen hat Kaufmann gegen den Kammervorsitzenden Alois Weiss einen Strafantrag wegen übler Nachrede gestellt. Im Verlauf der Zeugenvernehmung berichtete Weiss gestern, daß Herstatt während seiner stationären Behandlung das Kölner Krankenhaus dreimal – Weihnachten, Silvester und wegen einer Geburtstagsfeier – verlassen habe. Dies gehe aus der beschlagnahmten Krankenakte hervor.

Brandanschlag

AP, München
Auf den amerikanischen PX-Supermarkt im Norden Münchens ist gestern morgen ein Brandanschlag verübt worden. Ob hinter der Tat politische Motive standen, war nach Auskunft der Polizei zunächst nicht klar.

TV-Satellit

dpa, Tokio
Japan hat gestern den ersten Satelliten zur direkten Fernsehübertragung gestartet. Der 350 Kilogramm schwere Flugkörper wurde mit einer dreistufigen japanischen Rakete vom Weltraumzentrum Tanegashima etwa 1000 Kilometer südwestlich von Tokio abgeschossen.

Waldbrand: 9 Tote

AP, Kapstadt
Bei einem Waldbrand in einem Berggebiet östlich von Kapstadt sind neun Forstbeamte ums Leben gekommen, die zusammen mit 17 Kollegen am Sonntag von den Flammen eingeschlossen worden waren. Die 17 überlebenden Forstbeamten wurden von Hubschraubern in Sicherheit gebracht.

Geisel getötet

AFP, Tarragona
Die Leiche der am 9. Januar entführten Frau eines Industriellen ist gestern auf einer Müllhalde der Stadt Reus entdeckt worden. Der Ehemann der Ermordeten ist in den Skandal um das erpöckelte Speiseöl verwickelt und sitzt gegenwärtig in Untersuchungshaft. Die Kidnapper hatten 450 000 Mark verlangt. Die Polizei will nicht ausschließen, daß es sich bei den Tätern um Familienangehörige von Ölopfen handelt.

Busunglück

dpa, Neu-Delhi
Bei einem Autobus-Unfall im westindischen Bundesstaat Maharashtra sind am Sonntag mindestens 37 Menschen ums Leben gekommen. Die Opfer gehörten zu einer Hochzeitsgesellschaft. Der Bus war in gebirgigem Gebiet von der Straße abgekommen und mehr als 60 Meter tief in eine Schlucht gestürzt.

Lernpark

rr, Peking
In der chinesischen Hauptstadt soll ein 178 Hektar großer Lernpark entstehen, in dem sich täglich bis zu 20 000 Kinder beim Spielen Grundkenntnisse der Wissenschaften aneignen können.

Mysteriöse Messerstecher

rr, Bangkok
In der thailändischen Hauptstadt Bangkok sind erneut ausländische Touristen – darunter ein Deutscher – von einem bislang unbekannten Messerstecher angefallen und verletzt worden. Erst vor einigen Tagen war eine Gruppe von sechs Touristen, darunter ebenfalls zwei Deutsche, überfallen worden.

Fledermans-Invasion

AP, Lake City
Eine Fledermausinvasion in der Turnhalle einer Oberschule bedroht zur Zeit die Bekanntheit der Stadt Lake City (US-Bundesstaat Florida), zumal bei einigen der fliegenden Säger Tollwut festgestellt worden ist. Die Turnhalle wurde vorsorglich geschlossen, nachdem mehrere tote Tiere am Boden gefunden worden waren.

ZU GUTER LETZT

„Früher starben 50 Prozent der Patienten mit AV-Block 3. Grades nach Auftreten der ersten Symptome, heute überleben 50 Prozent dieser Patienten.“ Aus „Arzte-Zeitung“